

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich, Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Preisprospekt: Amt 1, Nr. 1506.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Freitag, den 2. März 1900. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Hinter den Coulissen.

Unser Agrarierium drängt mit wachsendem Erfolg auf eine Einfuhrsperre für Lebensmittel, soweit sie auch bei uns produziert werden. In der Fleischschau-Kommission hat man den ungeheuerlichen Beschluß gefaßt, vom Jahre 1903 die Einfuhr von Fleisch überhaupt zu verbieten. Das ist die Liebesgabe an die Agrarier für ihre „patriotische“ Zustimmung zur Flottenvorlage. In demselben Augenblick, in dem die Regierung und die Marine-professoren die Notwendigkeit der Flottenverdoppelung wesentlich mit der Sicherung der Lebensmittel-Einfuhr begründen, beschließt die Reichstags-Kommission das Verbot eines wichtigsten Teils der Lebensmittel. Und offiziöse Reden versichern, die Regierung sei geneigt, sich dem Votum der Kommission zu fügen.

Das scheint wie eine Scene aus dem Tollhaus. Erst schafft man eine Flotte, damit Deutschland sicher Lebensmittel einführen könne, und dann verbietet man die Einfuhr. Der Fall kann den Liberalen zugleich einen Vorgesmack davon geben, wie es bei den Handelsverträgen kommen wird: diese braven Liberalen bewilligen jetzt Milliarden für Panzerschiffe zum angeblichen Schutz des Handels, der alsdann durch die agrarische Handelspolitik unterbunden werden wird.

Die Beschlüsse der Reichstags-Kommission haben auch bereits den von den Junkern beabsichtigten Erfolg gehabt. Wie über London aus Washington gemeldet wird, hat Amerika wegen der Fleischschau-Beschlüsse die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland abgebrochen. Wird man jetzt mit Panzerschiffen die Verhandlungen wieder herstellen?

Das ekelhafte in diesen Treibereien der Agrarier ist ihre Heuchelei. Anstatt zu erklären: wir wollen keine Einfuhr von Fleisch und Vieh, weil wir unsre Produkte auf Kosten des Proletariats wucherpreise erzielen wollen — schämen sie eine rührende Sorge für die Gesundheit des deutschen Volks vor, sprechen von der Gesundheitsgefährlichkeit des ausländischen Fleisches und Viehs, der mangelnden sanitären Kontrolle, sie malen schaurig die Schemen der amerikanischen Trichine und Schildlaus.

Katzenfisch werden die Amerikaner erwidern, daß auch das deutsche Vieh an Seuchen leide, daß auch bei uns die Gesundheitspolizei nicht den Konsumenten vor dem Genuß schädlicher Lebensmittel zu schützen vermöge. Nach der letzten Kriminalstatistik sind in Deutschland 43 Personen wegen Vergehens gegen das Kinderpest-Gesetz, 1149 Personen wegen wissenschaftlicher Verletzung der Absperrungs-maßregeln bei Viehseuchen, 1474 Personen wegen Vergehens gegen die Lebensmittelgesetze bestraft worden. Dabei geben die kriminellen Bestrafungen nur ein blaßes Bild von den wirklichen Zuständen.

Das Bestreben unsrer Agrarier aber geht darauf hinaus, zu beweisen, daß bei uns Vieh und Fleisch von blühender Gesundheit und Zuträglichkeit ist, während man uns von armen versehrten Tieren und vergiftete Lebensmittel einschleppe. Und natürlich sollen vor allem nicht unsre handelspolitischen Gegner, die Amerikaner, wissen, wie die Zustände bei uns seien, ob unsre gesundheitliche Sicherung der Konsummittel denn jenem Ideal entspreche, das unsre Fleischschau-Junker von dem Ausland, namentlich den Vereinigten Staaten fordern.

Es ist ein Verdienst unsres Genossen Kumer, daß er in der Donnerstags-Sitzung des Reichstags einen geheimen Erlaß zur Kenntnis der Öffentlichkeit brachte, der grell in die von unsren Agrariern gespielte „Sanitäts-Komödie“ hineinleuchtet, und zugleich zeigt, wie willkürlich unsre Regierungen den Absichten der Agrarier unterthan ist.

Das Aktienstück lautet:  
 Der Regierungspräsident.  
 C. B. 2323  
 Geheim!

Düsseldorf, 24. Juli 1899.  
 Nach dem Cirkular vom 10. Juni 1894 (Min.-Bl. f. d. inner. Verw. S. 102) können Anfragen und Ersuchen, welche seitens der in Deutschland bestehenden, mit dem Exequatur versehenen Konsuln ausländischer Staaten innerhalb der Grenzen ihrer amtlichen Aufgaben und ihres Amtsbezirks an die diesseitigen Verwaltungsbehörden gerichtet und von diesen unmittelbar beantwortet werden, sofern es sich nicht um Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt. Gegenüber den amerikanischen Konsuln, für welche die vorangeführten Grundsätze gleichfalls Geltung haben, ist indessen von allen zur Vereinträchtigung diesseitiger Interessen geeigneter Mitteilungen abzusehen, gleichgültig, ob deren Auskunftsbegehren Fragen von allgemeiner Bedeutung betreffen oder nicht. In zweifelhaften Fällen ist von einer Antwort zunächst abzusehen und an mich zu berichten.

Als Mitteilungen, die unter keinen Umständen den amerikanischen Konsuln zu machen sind, bezeichne ich z. B. statistische Angaben über Zu- und Abnahmen gegen das Nahrungs-mittel-Gesetz und seine Nebengesetze, insbesondere über die Herstellung und den Vertrieb gesundheits-schädlicher Nahrungs- und Genussmittel und Gebrauchsgegenstände einschließlich Spielwaren, über die Verfälschung und den Vertrieb dergleichen Waren, über Trichinen- und Finnenfunde in einheimischem Fleisch und über den Stand von Menschen- und Tierkrankheiten.

Es besteht jedoch kein Bedenken, wenn bei Anfragen über die letztbezeichneten Punkte die im Auskunfts ersuchten diesseitigen Behörden auf die regelmäßigen statistischen Mitteilungen in den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesund-

heitsamts verweisen; eine Beschaffung weiteren Materials hat indessen zu unterbleiben.

Ich ersuche, diese Angelegenheit als streng vertraulich zu behandeln und die nachgeordneten Behörden mit entsprechender Weisung unter ausdrücklicher Betonung der streng vertraulichen Behandlung zu versehen.

Eine Mitteilung dieser Verfügung an die Bürgermeister durch einfache Kenntnisaufnahme derselben in Abschrift hat zu unterbleiben, es ist vielmehr im Wege besonderer dortheiliger Verfügung zu verfahren.

An die Landräte und Oberbürgermeister.  
 Freiherr v. Rheinbaben.

Der Freiherr von Rheinbaben, der als Regierungspräsident diesen streng vertraulichen Erlaß unterzeichnete, ist jetzt Minister des Innern. Es ist wohl zweifellos, daß diese Verfügung auf einer allgemeinen Anweisung der Central-Regierung beruht. Es ist eine Anweisung zur Verschleierung der Verhältnisse auf dem Gebiet der Konsumartikel-Hygiene gegenüber den Vertretern der Vereinigten Staaten. Amerika soll, abgesehen von dem, was allgemein amtlich veröffentlicht wird, nicht erfahren, wie es bei uns mit der Sicherung der menschlichen Gesundheit vor gefährlichen Gebrauchsmitteln steht. Die Vereinigten Staaten sollen das nicht erfahren, damit sie ihre Kenntnis gegen uns nicht auspielen können, wenn wir heuchlerisch ihre ungenügende Kontrolle zum Vorwand einer Einfuhrsperre nehmen.

Die ganze Komödie aber wird zum Zweck unsrer Agrarier aufgeführt. Das konsumierende Volk soll vor den gesundheitlichen Gefahren der Gebrauchsmittel beschützt werden, indem man sie zu unerschwinglichen Preisen emporreibt.

Wir wissen jetzt rückwärts, wie es hinter den Coulissen der Handelsvertrags-Verhandlungen aussieht, was hinter der Besorgnis und der Schonung der deutschen Gesundheit steht: die agrarische Unerfälllichkeit.

Im Reichstag hat die Regierung keine Antwort auf die Verlesung dieses Aktienstücks gefunden. Man wird sie bei der Verhandlung über das Fleischschau-Gesetz geprüdiger machen.

### Aus England.

London, den 24. Februar.  
 Ein Sturm im Lager der Methodistischen. Ursache und Bedeutung. Die Wesleyaner und die Liberalen. Das Buch von John A. Hobson über die Südafrika-Frage.

Eine der kräftigsten Stützen der liberalen Partei in England sind die religiösen Sekten, das sogenannte Dissidentium oder, wie man es auch nennt, der Konfessionsmännchen, d. h. die Religionsgemeinschaften, die sich zu den Lehren der staatlich eingetragten anglikanischen Kirche im Widerspruch („not conform“) verhalten. Von ihnen sind die stärkste und leidenschaftlichste Verbindung das Wesleyanische Methodikentum. Die von den Brüdern Wesley und John Whitfield im vorigen Jahrhundert gegründete Sekte ist in religiöser Hinsicht demoralisierter als die meisten anderen Dissidenten, die Methodisten sind Minder wie sie im Buch stehen. Aber dafür sind oder waren sie das stärkste Rückgrat des politischen Liberalismus und Radikalismus und mehr als irgend eine andere Sekte die Kirche des kleinen Mannes. Besonders stark sind sie in verschiedenen Bergarbeiterdistrikten und vor allem in Wales, dieser Burgbesitz des englischen Radikalismus. Ein Walliser, der Abendend Hugh Price Hughes, ist zur Zeit der angeheftete ihrer Vertreter auf der Kanzel.

Oder vielmehr er war es. Denn der mörderische Krieg, der in Südafrika tobt, hat kaum in einer zweiten englischen Gemeinschaft so bittere Gegensätze hervorgerufen, wie bei den Wesleyanern. Ihre ganze Tradition wies sie auf die Parteinahme für die Boeren hin, und sicher findet man im britischen Reich nirgends so fanatische Parteigänger der Boeren als bei den Wesleyanern, vor allen den Walliser Wesleyanern. Die Irländer z. B. sind mehr aus politischem Opportunismus als aus wirklicher Sympathie auf Seite der Boeren, sie applaudieren ihnen, und auch das nicht allzu heftig, weil sie England Schwierigkeiten machen. Bei den Wallisern ist, wie bei den sonstigen Wesleyanern, von einer grundsätzlichen Antipathie gegen England nicht die Rede, ihre Parteinahme für die Boeren ist Sache der Ueberzeugung, des Temperaments, der Ueberlieferung. Der Pietismus der Boeren ist ihm ihren durchaus verwandt.

Ihm haben aber eine Anzahl hervorragender Wesleyaner, voran der obenbenannte Rev. Hughes, von Anfang des Krieges an gegen die Boeren Partei ergriffen. Englands Sache in Südafrika für gerechtfertigt erklärt. Das hat viel Unzufriedenheit und Reibung hervorgerufen, und Herr Hughes ist der Vorwurf nicht erspart geblieben, sein Verhalten sei durch den Einfluß eines ihm verhaftigerten Kapitalisten in Südafrika diktiert. Jetzt aber ist der bisher noch leichlich unterdrückte Gegensatz in helle Flamme ausgebrochen. In einer Feierlichkeit, die nächsten Freitag in der Methodistischen City Road in London stattfinden soll, wo noch Wesley selbst gepredigt hat, hat der Vorstand der betreffenden Vertretung, in offener Uebereinstimmung von den leitenden Mitgliedern des Central-Komitees der ganzen Gemeinschaft, Minister Chamberlain den Ehrenvorstoß übertrugen.

Das hat einen wahren Sturm im Lager der Wesleyaner hervorgerufen, den die boerenfreundliche radikale Presse nach Kräften unterstützt. Von Londoner Zeitungen ist es der „Morning Leader“, der Tag für Tag Proteste gegen diese Auszeichnung des Mannes veröffentlicht, dem die Verteidiger der Boeren die Hauptschuld an dem Krieg beimeßen, in der Provinz neben Walliser Zeitungen der „Manchester Guardian“. Selbst Leute, die den Krieg als unvermeidliches Produkt der Gegensätze in Südafrika betrachten, also Herrn Chamberlain nur geringe oder gar keine Verantwortung an ihn beimeßen, tadeln die Einladung als Taktlosigkeit sondergleichen. Die Heißsporne aber sprechen von einer Spaltung bezw. Cession, und viele von ihnen haben ihre Sammlungen für den Jahreshundertfonds der Methodistischen eingestellt oder die von ihnen gereinigten Beiträge andern Zwecken zugewandt. Natürlich fehlt es dafür auf der andern Seite nicht an Stimmen, die den Protestierenden entgegengegriffenen Fanatismus, Intoleranz und dergleichen vorwerfen.

Man hat da ein Bild von der Zerrüttung und Verwirrung, die der Krieg im hiesigen Parteileben, und vor allem im liberalen Lager, hervorgerufen hat. Von Querströmungen aller Art durchwühlt, wird die liberale Partei von diesem Konflikt in empfindlicher Weise getroffen. Wohl begreift man es daher, wenn einer ihrer Führer, Lord Kimberley, letzten Mittwoch im nationalen Klub der Liberalen die Mahnung ergoß, man solle doch die jetzigen Differenzen nicht auf die Spitze treiben. Das Land bedrohe eine starke Oppositionspartei, diese sei aber unmöglich, wenn man über den Punkt, mit Bezug auf die man verächtlicher Meinung sei, diejenigen vergesse, hinsichtlich deren man einig sei. Aber die Kampfpläne haben und drüben lassen sich dadurch wenig beitragen. Die Boerenfreunde werfen ihren Gegnern Ingoisimus, die Verteidiger des Kampfs für Englands Oberhoheit in Südafrika jenen beschränkten Klein-Engländerum vor, und wenn sich die parlamentarischen Führer auch in der Form mehr zu beherrschen wissen, so bricht doch der Gegensatz zwischen ihnen gelegentlich um so schärfer durch.

Im übrigen wird jetzt ruhig debattiert über das, was geschehen soll. Nach allem, was vom Kriegsschauplatz verläuft, ist es wahrscheinlich, daß der Feldzug in absehbarer Zeit vom britischen Kolonialgebiet auf das Gebiet der verbündeten Boerenstaaten verlegt werden wird, d. h. England nicht mehr eigenes Territorium zu verteidigen hat, sondern auf Boerengebiet kämpft. Ungeheuerlich wird von da ab die Friedensbewegung täglich an Stärke gewinnen und der Auf nach Formulierung der Friedensbedingungen immer lauter ertönen.

Vor einigen Tagen hat der bekannte Ethiker und Socialpolitiker John A. Hobson, der als Berichterstatter des „Manchester Guardian“ mehrere Monate in Südafrika verweilt, ein Buch über die Ursachen und Wirkungen des Krieges in Südafrika erscheinen lassen. Hobson geht mit den „Quillandern“ und ihren Bewunderern sehr scharf ins Gericht, ohne darum alles zu beschönigen, was auf Boerenseite geschehen. Geduld und Takt würden nach seiner Ansicht hingereicht haben, die meisten der wirklichen Beschwerden aus der Welt zu schaffen. Aber die Mänke der, meist jüdischen Kapitalisten, das hochschaffende, die Kaphokländer verlegende Auswärtigen Sir Alfred Milners sowie Chamberlains Ungeduld und Taktlosigkeit hätten den Krieg herbeigeführt, der die beiden zur friedlichen Neben-einanderarbeit in Südafrika bestimmten weißen Rassen in bittere Gegner verwandelt, das Resultat von Jahrzehnten unsichtlicher Verschönerungspolitik ungewissen gemacht habe. Wollte England nicht zu ewiger militärischer Besetzung Südafrikas schreiten, die dieses zu einer kassenreichen Wunde an seinem Reichkörper machen und den derzeitigen Grundfragen seiner Kolonialpolitik ins Gesicht schlagen würde, so bleibe ihm nichts übrig, als die Bedingungen so zu stellen, daß die rechtlichen Verhältnisse der einzelnen südafrikanischen Staaten und Kolonien zu einander im wesentlichen die gleichen blieben wie vor dem Kriege. Die Gründung eines Bundes der südafrikanischen Länder würde bei der numerischen Ueberlegenheit des holländisch sprechenden Elements diesem auch die politische Ueberlegenheit in die Hand spielen, was doch die englische Regierung gerade verhindern wollte. Oder aber man müßte Wahlkreis-Geometrie treiben und zweierlei Recht proklamieren, was wieder dem von England verkündeten Ziel seiner Verhandlungen mit dem Transvaal widerspreche.

Ich glaube, daß — immer Englands Sieg vorausgesetzt — in der That die schließliche Regelung der Dinge nicht weit von dem Wilde abweichen wird, das Hobson entwirft. England wird voraussichtlich das Oberhoheitsrecht wieder herstellen, wie die Konvention von 1881 es ihm einräumte, und auf Durchführung beziehungsweise auf vertragsmäßiger Sicherstellung der Reformen bestehen, die es vorigen Sommer in den Verhandlungen mit dem Transvaal gefordert hat. Eine faktische Annexion halte ich für unwahrscheinlich. Sie würde mehr Unstände und Kosten machen, als sie einbrächte und die Quelle ewiger Unruhen werden. Die Engländer wissen ganz gut, daß sie das holländisch-niederdeutsche Element in Südafrika heute weniger als je vergewaltigen können und daß der geschichtliche Rechtsittel ihres Kolonialreiches die Selbstverwaltung der civilisierteren Rassen ist. Schon zu Ausbruch des Krieges lagten einige Regierungsdokumente, das Schlimme sei, daß die Boeren wüßten, ihnen könne nicht viel geschehen. Denn es sei ja doch sicher, daß bei der endgültigen Lösung Englands, ohne formal dazu genötigt zu sein, auf die interessierten Großmächte Rücksicht nehmen werde.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. März.

#### Im Reichstag

sand bei der gestrigen Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes die Haager Friedenskonferenz, ganz besonders aber die Haltung der deutschen Regierung zu und auf derselben eine nachträgliche, wohlverdiente Kritik. Genosse Dr. Gradnauer, der in ausführlicher Rede das Thema, das den größeren Teil der gestrigen Sitzung beherrschte, anschnitt, sprach vor allem sein Bedauern darüber aus, daß der Staatssekretär des Auswärtigen bisher mit keiner Silbe dieser Konferenz Erwähnung gethan habe, was allerdings bei der Ergebnislosigkeit derselben erklärlich sei. Er rügte nicht nur dieses Stillschweigen des Staatssekretärs, sondern die principielle Geheimnisthämerei auf der Konferenz selbst. Bei dem hohen Interesse, das die breiten Schichten der Bevölkerung an den Verhandlungen derselben genommen hätten, sei das Tagen der Konferenz hinter verschlossenen Thüren einer Rücksichtslosigkeit gegen die Öffentlichkeit gleich gekommen, an der sich die deutsche Regierung mitbeteiligt habe. Noch merkwürdiger sei die Regierung bei der Auswahl und Instruktion ihrer Delegierten vorgegangen. Nach außen that die offizielle Welt, als ob sie mit den Zielen des Friedensmanifests des Zaren voll und ganz einverstanden sei, hinter den Coulissen aber instruierte man die deutschen Delegierten zu Vorbehalten und Erklärungen, die von vornherein die ganze Haager Konferenz zu einer Komödie begradierten mußten. Ganz besonders ein-

gehend wies der Redner das Doppelspiel der Regierung bei der Auswahl der Delegierten nach und charakterisierte den einen derselben, Professor Stengel, als den denkbar ungeeignetsten Vertreter für eine Friedenskonferenz. Die angebliche Offenheit und Ehrlichkeit der auswärtigen Politik Deutschlands habe durch dieses Doppelspiel im Haag eine drastische Beleuchtung erfahren. Der Staatssekretär v. Bülow, der auf diesen Angriff nicht gefaßt war, hat, als ob ihm die Gelegenheit doch erwünscht wäre, um dem Reichstag einmal einige Mitteilungen über die Haager Konferenz machen zu können. Es war aber herzlich wenig Neues, was er zu sagen hatte. Daß Deutschland für die Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz eingetreten, war noch die angenehmste Botschaft. Daß die Beschlüsse und Konventionen von Deutschland unterschrieben sind und dem Reichstage sogar nach ihrer Ratifikation noch zugestellt werden sollen, ist deswegen nichts, was der Wert dieser Dokumente für die Annäherung des allgemeinen Friedens unter den Völkern ganz belanglos ist. Zur Verteidigung der Auswahl der deutschen Delegierten wußte Herr von Bülow in der Verlegenheit nichts Weiteres vorzubringen, als daß die beteiligten Staaten ohne Ausnahme gegen das Auftreten der deutschen Delegierten auf der Konferenz nichts zu erinnern gehabt hätten. Vebel war es ein Leichtes, nach dieser Rede des Leiters der auswärtigen Angelegenheiten zu konstatieren, daß die gegen die Stellung der deutschen Regierung zu der Friedenskonferenz gemachten Angriffe vollständig bestehen bleiben. Vebel sieht eine verdeckte Aktion der deutschen Regierung gegen die Absicht der Friedenskonferenz ganz besonders darin, daß man von den vielen deutschen Staatsrechtslehrern just zwei ausgesprochene Gegner der Friedensidee als Vertreter ausgewählt habe; denn auch Prof. Jörn huldige den nämlichen Anschauungen wie sein Kollege Stengel. Indessen einen Erfolg will doch auch Vebel der Haager Friedenskonferenz lassen; sie habe klipp und klar ergeben, daß die heutigen Regierungen weder den Willen noch die Fähigkeit haben, die im Manifeste des Zaren ausgesprochenen Ideen zu verwirklichen. Damit bei dem Ernste aber der Humor doch nicht ganz fehle, gaben zwischendurch Abgeordnete der antisemitischen Partei ihre Tiraden zum besten. Liebermann von Sonnenberg donnerte gegen die Ausnutzung des Wolffschen Depechen-Bureaus durch das Haus Reichröder, während der Abg. Bödel es bitter beklagte, daß man „schmutzige Börzenjobber“, wie Cecil Rhodes, an hoher maßgebender Stelle empfanke. Vebel traf den Nagel auf den Kopf, als er unter schallender Heiterkeit Liebermann v. Sonnenberg zwar nicht mit einem Löwen, aber mit einem bellenden und stehenden Bullenbeißer verglich, der leider keine Zähne mehr habe, um beißen zu können. Der übrige Teil der Beratung verlief ohne stärkere Teilnahme, nur Genosse Abg. Kunert brachte noch eine pikante und eine die Amerikaner ganz besonders interessierende Enthüllung zur Beleuchtung der Einheitlichkeit innerhalb der Regierung. Während man offiziell aus dem Munde des Herrn v. Bülow unsere guten politischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten rühmend hört, ziehen unterdessen sehr hohe Regierungsbehörden unverfroren mit der agrarisch-konservativen Meute an einem Strang, um diese guten Beziehungen um jeden Preis zu stören. Nunert war in der Lage, auch hier wieder das Doppelspiel durch Mitteilung eines Geheimnisses zu enthüllen, den der frühere Oberpräsident der Rheinprovinz, jetziger Minister von Rheinbaben voriges Jahr zu dem Zweck erlassen hat, den amerikanischen Konsuln ihre garantierte Gleichberechtigung mit den Konsuln anderer Staaten zu nehmen. Diese Enthüllung machte die Herren am Regierungstische gänzlich sprachlos. Keine Erwiderung, nicht einmal ein Wort der Verteidigung zu Gunsten des jetzigen Polizeiministers erfolgte. Das letzte Wort über diesen Erlaß wurde gestern jedoch sicherlich noch nicht gesprochen. — Morgen steht die zweite Lesung des Marine-Etats auf der Tagesordnung.

### Die Beratung des Eisenbahn-Etats.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann Donnerstag die zweite Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung mit einer Art Generaldebatte, zu der ein Antrag Dr. Diemer (fr. Sp.) vorlag, die Regierung zu ermahnen, bei der in Aussicht genommenen Reform der Personentaxen nicht bloß eine Vereinfachung des Tarifwesens, sondern auch eine Ermäßigung der Tarifätze unter Ausschluss der Erhöhung bestehender Fahrpreise einzutreten zu lassen.

Wie vorauszu sehen, wandte sich der Minister v. Thielen gegen den Antrag. In demselben hob er zum höheren Lob und Preis seiner Thätigkeit rühmend hervor, daß die Eisenbahn-Verwaltung unter glänzenden Auspizien ins neue Jahrhundert trete und daß der Verkehr sich in ungezügelter Weise weiter entwickele, aber diesem erweiterten Verkehrsbedürfnis durch vernünftige Reformen, vor allem durch Tarifermäßigungen, gerecht zu werden, danach trägt er kein Verlangen. Im Gegenteil, Herr v. Thielen widerlegt sich von Jahr zu Jahr mehr allen Reformvorschlägen. Sing er doch heute sogar so weit, den jetzigen Gepäcksatz als verfehlt zu bezeichnen, weil derselbe — freigegeben! — Rechtsondere Anschauungen hat der Minister über die Arbeiterverhältnisse in seiner Verwaltung, er wiegt sich in dem holden Wahn, daß es unter den Eisenbahnarbeitern so gut wie keine Socialdemokraten giebt. Natürlich, offen dürfen sich die Arbeiter, denen die Verwaltung sogar ihr verfassungsgemäß ihnen gewährte Mitspracherecht nimmt, sich nicht zur Socialdemokratie bekennen. Ins Innere ihrer Seele aber kann ihnen selbst ein so schmerzlicher Mann wie der Minister v. Thielen nicht blicken.

Die Gründe, die gegen die Herabsetzung der Tarife angeführt wurden, waren die allbekanntesten. Graf Limburg-Sturum (L.) kürzt davon ein Erwachen der Wanderlust; natürlich seitens der Arbeiter, denen es nach Ansicht dieses Agrarsiers verwehrt sein soll, sich da Arbeit zu suchen, wo es ihnen gefällt. Graf Wolke (fr.) glaubte den Antrag Diemer durch einige billige Wibe abhän zu können, und Abg. v. Jechhof (C.) brachte finanzielle Bedenken dagegen vor. Für den Antrag Diemer sprach außer dem Antragsteller nur Abg. Saenger (Hsp. der fr. Sp.).

Die Beratung wird Freitag fortgesetzt.

## Deutsches Reich.

### Von den Berufsgenossenschaften.

Ein bemerkenswerter Bericht ist jetzt vor über eine Beratung über die weitere Ausgestaltung der Unfallversicherung und der Ueberwachung der Betriebe, welche vom Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts einkommen worden sind und am 15. Dezember 1897 stattfand. In dieser Versammlung, die zusammengesetzt war aus 7 Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts und 30 der hervorragendsten Vertreter der Berufsgenossenschaften, wurde u. a. eingehend verhandelt über das, was bisher in der Ueberwachung der Betriebe von den Berufsgenossenschaften geleistet worden sei.

Prof. Hartmann, Vize-Regierungsrat im Reichs-Versicherungsamt, also gewiß ein unerbittlicher Zeuge, wies hierbei nach, daß im Jahre 1895 die 212 Beauftragten der Berufsgenossenschaften nur während eines Teils ihrer Zeit die Betriebe kontrolliert und deshalb hierin nicht mehr geleistet haben, als 50 vollbeschäftigte Beamte. Diese Beamten haben 13 000 Betriebe revidiert. Man kann sich

denken, wie gründlich bei einer solchen Massenleistung die einzelne Revision geübt sein muß. Trotzdem bilden die revidierten Betriebe nur eine ganz verschwindende Minderheit, da nicht weniger als 456 386 Betriebe versichert waren.

Sein allgemeines Urteil gipfelte darin, daß bei der Mehrzahl der Berufsgenossenschaften die Ueberwachungsleistung durch Ausnützung der Beamten sei. In etwa 20 Berufsgenossenschaften, also in fast 1/3 der Gesamtzahl, haben anscheinend gar keine Revisionen stattgefunden. In den anderen komme es häufig vor, daß einzelne Revisionen bei der Kontrolle vollständig versagen. Es sei ferner nicht ausgeschlossen, daß die Beauftragten nur auf kurze Zeit, tags- oder wochenweise angestellt werden. Diese Beamten könnten unmöglich mit Lust und Liebe ihr Amt ausüben, noch sich fortlaufend über die Fortschritte der Unfallversicherung informieren.

Ueberhaupt sei es mit der Förderung der Unfallversicherungsdienste bei den Berufsgenossenschaften im allgemeinen schlecht bestellt. Um die neueren Schutzkonstruktionen kümmern sich die meisten Berufsgenossenschaften wenig oder gar nicht. Es sei nicht selten, daß Erfinder von anscheinend ganz brauchbaren Sicherheitsvorrichtungen bei den Berufsgenossenschaften nicht das geringste Entgegenkommen finden. Die Erfinder, welche oft nicht unerhebliche Kosten bei dem Ausprobieren ihrer Konstruktionen aufgewendet haben, erkennen nach langen, fruchtlosen Bemühungen, daß sie auf keine Seite Gegenliebe finden und lassen dann ihre Konstruktionen wieder fallen. So sind manche anscheinend gute Sicherheitseinrichtungen wieder verschwunden.

Diese Mängel konnten von den Vertretern der Berufsgenossenschaften nicht im geringsten widerlegt werden. Der Vorsitzende, der Präsident des Reichs-Versicherungsamts Gabel, sagte daher das Ergebnis der Verhandlungen dahin zusammen, daß über wesentliche Punkte ein Einverständnis erzielt worden sei. Der erste dieser Punkte ist:

„Es wird als dringend notwendig anerkannt, daß die Berufsgenossenschaften die Unfallversicherung noch in größerem Umfange und in weit ausgiebigerer Weise als bisher ausüben und überwachen.“

Zum Schluß heißt es: „Der Vorsitzende erklärte sich schließlich bereit, von vorstehendem Ergebnis der Beratungen, gegen dessen Wichtigkeit von keiner Seite Bedenken erhoben wurden, dem Herrn Staatssekretär des Innern Mitteilung zu machen.“

Trotz dieser Feststellungen hat der Direktor im Reichsamt des Innern, Dr. v. Wodtke, in der Unfallversicherungs-Kommission des Reichstags es fertig gebracht, ein Loblied anzustimmen auf die gewissenhafte Kontrolle der versicherungspflichtigen Betriebe durch die Berufsgenossenschaften!

### Im Fall Kronz.

Die Aktenstücke des Disziplinarverfahrens gegen den Privatdocenten Dr. Kronz sind jetzt bei Georg Reimer-Berlin in einer Broschüre veröffentlicht worden.

Das Heft enthält außer dem Vorwort: den Beschluß betreffend Eröffnung des Verfahrens und Verfügung der Suspension; die Anschuldigungsschrift des Staatsanwalts; das Urteil der philosophischen Fakultät als erster Instanz, mit dem Anhang: die Verurteilung vom Jahre 1895; die Berufungs-Rechtfertigungsschrift des Staatsanwalts; die Verantwortung der Berufungs-Rechtfertigungsschrift seitens des Angeeschuldigten; das Urteil des Staatsministeriums als letzter Instanz.

Wir werden auf die Broschüre zurückkommen. Für heute sei nur aus dem Urteil der letzten Instanz der Satz erwähnt, „daß die Beschränkung auf eine Ordnungsstrafe nach der ganzen Lage der Sache um so weniger angezeigt ist, als der Angeeschuldigte bei der mündlichen Verhandlung vor dem Disziplinarhofe selbst erklärt hat, daß er auch durch eine erneute Verurteilung sich von der öffentlichen Vertretung der Grundzüge der Socialdemokratie nicht abhalten lassen werde.“

Der „Hamburgische Korrespondent“ schreibt:

„Die Entscheidung des preussischen Ministeriums, die den bisherigen Privatdocenten Dr. Kronz aus dem Reichen der Berliner Universitätslehre entfernt hat, ist, wie wir zutreffend hören, einstimmig im Ministerrat beschlossen. In einem früheren Stadium der Angelegenheit bestand allerdings bei einem Teile der Minister — wir vermeiden absichtlich, Namen zu nennen, obwohl sie uns bekannt sind, um jeder persönlichen Auseinandersetzung vorzubeugen — Neigung und Absicht, der Ansetzung die Zustimmung nicht zu geben, sondern es angesichts des Fakultätsgutachtens bei einem Verweise bewenden zu lassen. Ein von Dr. Kronz selbst herbeigeführter Zwischenfall hat indessen hier eine Wendung herbeigeführt. Nach der Verhandlung vor dem Disziplinarhofe hat nämlich Kronz in einer Versammlung seine Rede ausdrücklich mit einem Hoch auf die rote, revolutionäre, internationale Socialdemokratie geschlossen. Darin mag für ihn ein Bekenntnis seiner Ueberzeugungsdirekte gelegen haben, die früher einer milden Auffassung zuneigenden Mitglieder des Staatsministeriums aber erblickten darin eine Provokation, auf die als Antwort nur die Ansetzung erfolgen konnte.“

Der „Hamb. Korresp.“ hat offenbar das Bewußtsein, daß die Regierung durch diese ihre rettende That den Rest von Ansehen einbüßen muß, den sie vielleicht noch besessen hat. Und das offiziöse Blatt erfindet darum das Märchen, die Regierung hätte teilweise früher eine liberalere Haltung eingenommen, sei aber dann durch eine Provokation des Genossen Kronz zu dem „harten“ Verdict veranlaßt worden.

Abgesehen davon, daß das Urteil auch dann nicht gerechtfertigt wäre, wenn sich Genosse Kronz wirklich, auch nach Einleitung des Disziplinarverfahrens seiner Ueberzeugung gemäß politisch betätigt hätte, so ist die Behauptung des offiziösen Blattes völlig erfunden: Genosse Kronz hat sich seit der Einleitung des Verfahrens jedes politischen Hervortretens enthalten, hat also auch nicht jenes „provokatorische Verbrechen“ verübt.

Der Reinigungsversuch des „Hamb. Korresp.“ ist also mißglückt. Der Rahn, die Gelehrtenrepublik in eine Wissenschaftsbeamten-Kaserne umgebaut zu haben, hattet unauflöslich auf dem ganzen Ministerium Hohenlohe. Und die in Berlin garnisonierten Universitätslehrer tragen schweigend mit an dem Rahn, diemselben den Schlag wider ihr freisprechendes Urteil demütigvoll auf sich nehmen.

**Flottenbedeutung.** In Centrumskreisen soll neuerdings, so will die „Deutsche Tageszeitung“ wissen, zur Deckung der Flottenkosten für den Fall, daß die bisherigen Reichseinnahmen nicht zureichen, eine Erhöhung der Wertssteuer und eine Reichsteuer auf Surrogate, insbesondere Sacharin, ins Auge gefaßt worden sein.

**Eine brüderliche Rede.** Prinz Heinrich, der Bruder des Kaisers, der einen Gesundheitsurlaub von sechs Monaten erhalten hat, antwortete in Hamburg auf eine Ansprache Wörmanns wie folgt:

„Ich bin seiner Zeit auf Befehl unsres Kaisers mit Freude hinausgezogen, um auch die Interessen der deutschen Kaufmannschaft wahrzunehmen. Es war mir ein Leichtes, in Ihren Kreisen zu verkehren; ich habe es gern gethan und feld Freude dabei empfunden. Aber, meine Herren, ich war nicht, als das Werkzeug Ihres Kaisers, meines Kaisers, jenes Mannes, der an der Spitze des Reiches steht und sich alle Zeit identifiziert mit den Interessen des Reiches. Ihm danken wir am heutigen Tage, und ich bitte Sie, mit mir Ihre Wäde zu richten nach dem ehrwürdigen alten Kaiserschloß an der Spree und unserm Kaiser einen Guldigungsguß darzubringen, indem Sie mit mir

rufen: Gott erhalte und schütze den Kaiser! Es. Majestät des deutschen Kaiser: Hurra! Hurra! Hurra!“

**Lax Heize.** Endlich regen sich die Künstler und Dichter gegen die schweren Gefahren, die ihrem Schaffen aus dem Dunkelmannergesetz, das eine Reichstagsmajorität aus Centrum und Konservativen verhängt, erwachen. Am Sonntag wollen verschiedene Berliner Künstlervereine eine Protestversammlung veranstalten. Auch der Verein „Deutscher Presse“ hat bereits eine Protestresolution beschlossen.

Spät kommt Ihr! Wir fürchten, zu spät.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß zu berichten: „Aus sicherer Quelle können wir mitteilen, daß eine Einigung der Mehrheitsparteien über den Theaterparagrafen erfolgt ist, daß der Wortlaut feststeht, daß der entsprechende Antrag für die dritte Lesung von der Mehrheit des Reichstags unterschrieben ist, und daß begründete Aussicht auf die Verabschiedung des ganzen Gesetzes — abzüglich des Arbeitgeberparagrafen und der Heranziehung des Schutzalters für Mädchen — vorhanden ist, da anzunehmen ist, daß die verbündeten Regierungen der neuen Formulierung ihre Zustimmung nicht verweigern werden.“

Der Arbeitgeberparagraf, der einzige Paragraf, der ernstlich eine Abwehr unethischer Zustände bedeuten könnte, wird gestrichen und die übrigen Bestimmungen, die nicht die Unethik treffen, wohl aber die wahrheitsgemäße und ungeschminkte Gehelung des Unethischen behindern werden, sie sollen Gesetz werden.

**Der gesunde Hunger.** Wir haben im heutigen Leitartikel die Komödie von den „sanitären“ Rücksichten beleuchtet. Herr Schweinburg führt in den „Berl. Vol. Nachr.“ soeben wieder dieses Argument vor, indem er behauptet:

„Um irrtümlichen Auffassungen bei Beurteilung der von der Reichstags-Kommission in Sachen des Fleischgesetzes eingenommenen Stellung vorzubeugen, kann kaum nachdrucksvoll genug betont werden, daß das geplante Fleischgesetz nicht etwa darauf hinauskommt, die Einfuhr ausländischen Fleisches irgendwie zu unterbinden, sondern daß der Schwerpunkt der ganzen Maßregel auf dem Gebiete der Volkshygiene zu suchen und zu finden ist.“

Man muß nicht vergessen, daß die Kommission vom Jahre 1903 ab die Einfuhr völlig gesperrt wissen will. Damit das Volk keine schädliche Nahrung zu sich nehmen kann, wird es überhaupt davor bewahrt, Fleisch zu essen.

Am Schluß deutet übrigens der Offiziosus an, daß die Beschlüsse der Kommission für die Regierung doch nicht so ganz annehmbar seien:

„Der Reichstag aber würde sich ein desto größeres Verdienst um die Lösung des in Rede stehenden Problems erwerben, je eher er endgültige Beschlüsse faßt, welche für die verbündeten Regierungen annehmbar sind.“

Der Abbruch der Handelsverträge-Verhandlungen seitens Amerikas scheint die agrarische Willfährigkeit der Regierung ein wenig gegügelt zu haben. Freilich, wie weit die Regierung den Agrariern „auf dem Gebiete der Volkshygiene“ entgegenkommen wird, verriet die offiziöse Auslassung einstuellen nicht.

**Maschinengewehre.** Wie die „Schl. Volkstz.“ vernimmt, ist eine Anzahl von Offizieren und Oberjägern des Oester Jäger-Bataillons vom Schlesischen Feldartillerie-Regiment Nr. 6 nach Dresden kommandiert worden, um dort im Reiten und Fahren ausgebildet zu werden. Dieselben sollen zur Führung der mit vier Pferden bespannten sechs Maschinengewehre bestimmt sein. Die bei den Jägern schon zum diesjährigen Manöver zur Einführung gelangten sollen. Ein Ausbildungskursus im Schießen mit den Maschinengewehren wird sich auf der Spandauer Schießschule dem Reit- und Fahrkursus anschließen.

Gerichtliche Kulturereignisse!

**Wahlprotest.** Das socialdemokratische Central-Wahlkomitee von Calbe-Aischersleben beabsichtigt, einen Wahlprotest gegen die Wahl des Herrn Blode einzureichen. Die bisher bekannt gewordenen Ungeheuerlichkeiten und Beeinträchtigungen seien so zahlreich, daß sie voraussichtlich zu einer Korrumpierung der Wahl Blodes führen würden. Kennentlich sollen in den Ausrufvereinen Drohungen und Beeinträchtigungen ganz krafter Art vorgekommen sein.

**Bei der Reichstags-Erwahl im Wahlkreise 2. Oberpfalz (Amberg)** wurde der bisherige Abgeordnete Lerno (C.) wiedergewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

**Der polnische Hochverrat.** Dem „Drendownit“ wird in der Ostrover Hochverrats-Angelegenheit berichtet, daß der verhaftete Oberprimaner Rowinski auf freien Fuß gesetzt worden sei. Es hätten sich aber zwei Beamte nach Greifswald begeben, um bei dem Studenten der Medizin Madzianski Polewski Hausdurchsuchung abzuhalten und ihn zu verhaften.

### Ein Mittel gegen Zwischenrufe.

Neue Anwendungsformen des Groben-Insug-Paragrafen aufzuführen, ist gewiß nicht leicht; die Ehre, diese um eine verneuert zu haben, hat sich der Herr Bürgermeister Olfe in Güssen verdient. Um bei seinen Reden nicht durch Zwischenrufe unterbrochen zu werden, schied er denen, die es doch wagen, ein Strafmandat. Herr Stadtverordneter Woss hatte in einer Sitzung des Kollegiums beim Verlesen eines Schriftstücks seitens des Bürgermeisters einen Zwischenruf gemacht; dafür erhielt er eine Strafverfügung, die wert ist, der Nachwelt überliefert zu werden:

„Der Stadtverordnete und Kaufmann C. F. Woss, hier, hat in den Gemeinberatsitzungen vom 9. und 16. November v. J. den Vorliegenden während des Vortrags durch störende Zwischenrufe unterbrochen und sich dadurch des groben Insugs schuldig gemacht. Beweis: durch die amtlichen Verhandlungen. Es wird deshalb hiermit gegen den v. Woss auf Grund des § 360 11 R.-St.G. eine bei der höchsten Polizeistufe zu erlegenden Geldstrafe von 15 M., an deren Stelle, wenn sie nicht beigutreiben ist, eine dreitägige Haft tritt, festgesetzt. Findet der v. Woss sich durch diese Straffestsetzung bedauert, so kann derselbe binnen einer Woche vom Tage der Zustellung der Strafverfügung an bei der Polizeibehörde, welche dieselbe erlassen hat, oder bei dem zuständigen Einzelrichter auf gerichtliche Entscheidung antragen. Erfolgt binnen dieser Frist ein solcher Antrag nicht, so wird die festgesetzte Strafe vollstreckt. Güssen, den 8. Februar 1900. Die Polizeiverwaltung, gez. Olfe.“

Diese Ausdehnung des Groben-Insug-Paragrafen entbehrt jedenfalls nicht der Originalität. Das Königreich Sachsen wird mit Reid auf dieses in Güssen entdeckte Mittel gegen Zwischenrufe blicken.

**Der Bundesrat** erteilte in seiner Donnerstags-Sitzung dem Ausschussbericht über den Entwurf einer kaiserlichen Verordnung wegen weiterer Inkraftsetzung des Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom 26. Juli 1897 die Zustimmung.

### Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Ein Majestätsbeleidigungs-Prozess wurde am Donnerstag ohne Ausschluß der Öffentlichkeit vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II verhandelt. Angeklagt war der Militärinvalide Johann Ernst Krndt, ohne Dentsch. Er ist schon dreimal wegen Bettelns — daneben auch vielfach wegen Gewaltthatigkeiten — vorbestraft und seit einer langen Reihe von Jahren fast ununterbrochen im Korrektilionshause gewesen. Erst am 2. September v. J. war er nach zweijähriger Detention aus dem Arbeitshause in Strausberg entlassen worden. Am 11. November betrat er in angetrunkenem Zustande das Beherrschende Restaurant in Schönfeld bei Bernau und begann, anknüpfend an seine Invaldität, Vergleiche zwischen Kaiser Wilhelm I. und dessen Enkel, dem jetzigen Kaiser, zu ziehen, die für ersteren sehr günstig, für letzteren überaus abfällig ausfielen. Die anwesenden Bauern warnten den Angeklagten, er möge den Mund

halten und sich keiner Majestätsbeleidigung schuldig machen, aber er fuhr unbeirrt in seinen Schimpfereien fort, bis er aus dem Lokal hinausgeworfen wurde. Vor Gericht gab er an, er müsse sinnlos betrauert gewesen sein, denn er wisse von dem Vorhalte gar nichts und sei im übrigen königstreuen bis auf die Knochen, wenn er auch das Unglück habe, nicht arbeiten zu können. Die Zeugen bestritten die sinnlose Trunkenheit und deshalb erkannte der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis.

Im vorigen Sommer bei der Anwesenheit der Kaiserin in Hamburg unterhielt sich die Logiswirthin des Monteurs Johannes v. Lawski mit einer Nachbarin über den Besuch der Kaiserin im Kranzenhause. v. Lawski soll sich in diese Unterhaltung gemischt und höchst unehrerbietige Aeußerungen mit Bezug auf die Person der Kaiserin gemacht haben. Der Schwager der Logiswirthin, zu dessen Raubteil v. L. sich des Betrugs schuldig gemacht hat, denunzierte ihn. Der Angeklagte will schuldlos sein und behauptet, die Denunziation sei auf einen Rauecht seiner Logiswirthin zurückzuführen. Er sei ein Verehrer des kaiserlichen Hauses. Er sei nicht Socialdemokrat und gehöre auch keinem politischen Verein an. Der Staatsanwalt erachtete den Angeklagten durch die Zeugnisaussagen für völlig überführt und beantragte zugleich der gegen den Angeklagten kürzlich wegen Betrugs erkannte Strafe von fünf Wochen eine Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu dieser Strafe und beschloß die sofortige Verhaftung.

## Ausland.

### Die Konferenz für Arbeitervertretung in England.

London, 27. Februar.

Heute trat in der Memorial-Hall die vom letzten Trades-Union-Kongress beschlossene Konferenz von Vertretern der verschiedenen Arbeiterverbände zusammen, um über die Mittel und Wege zur Erzielung einer stärkeren und wirksameren Vertretung der Arbeiter im Parlament zu beraten. Die Konferenz ist von 130 Delegierten besucht. Davon vertreten 117 Delegierte 68 Gewerkschaften oder Gewerkschaftsaktionen mit zusammen 545 316 Mitgliedern. Die unabhängige Arbeiterpartei (13 000 Mitglieder) sandte sieben, die Socialdemokratische Föderation (9000 Mitglieder) vier Delegierte, der Verein der Fabrier (861 Mitglieder) einen Delegierten. Zum Vorsitzenden machte die Konferenz den Arbeiter Will. Steadman (Vorsitzender der Woolbauer-Gewerkschaft und Vertreter von Baylar-St. London im Parlament), zum stellvertretenden Vorsitzenden W. J. Davies, Generalsekretär der Messingarbeiter-Gewerkschaft. Das übrige Personal des Bureaus stellten Mitglieder des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees.

Nach einer kurzen, aber eindrucksvollen Ansprache des Vorsitzenden, der auf den geringen Einfluß hinwies, den die Arbeitervertreter derzeit im Parlament ausüben, und die Schwierigkeiten schilderte, welche die derzeitige Geschäftsordnung und Arbeitsmethode des Parlaments ihrem Wirken entgegensteht, ging die Versammlung zur Beratung der Tagesordnung über, die sieben Punkte umfaßt: 1. Zweck der Konferenz; 2. Stellung der Arbeitervertreter im Parlament; 3. Zusammensetzung des Komitees der neuen Verbindung; 4. Pflichten des Komitees bei Wahlen; 5. allgemeine Pflichten des Komitees; 6. finanzielle Verpflichtungen; 7. Berichtstattung des Komitees an den Gewerkschaftskongress und die Specialorganisationen.

Nach einer ziemlich regen Debatte, an der sich u. a. George Barnes, Joseph Burgess, John Burns, James Macdonald, J. Keir Hardie, Henry Duchs, J. Sexton, Paul Vogel und Alex. Wilkie beteiligten, wurden die von dem parlamentarischen Gewerkschaftskomitee vorgeschlagenen Resolutionen zu Punkt 1 und 2 mit kleinen Veränderungen angenommen.

Sie lauten:

1. Die Versammlung erklärt sich für die Vertretung der Ansicherungen der Arbeiter im Parlament durch Personen, die mit den Forderungen und Zielen der Arbeiterbewegungen sympathisieren, und deren Kandidaturen von irgend einer der Verbindungen ausgeben und unterstützt werden, die in der von dieser Konferenz geschaffenen Organisation vertreten sind.

2. Die Konferenz erklärt sich für die Bildung einer speziellen Arbeitergruppe im Parlament, die ihre eigenen Einzeiler (eine Art Sekretäre) haben und eine Politik vereinbaren soll, kraft deren sie sich unter anderem bereit hält, mit jeder Partei zu kooperieren, die zur Zeit für Gesetze wirft, welche im direkten Arbeiterinteresse liegen, und in gleicher Weise bereit ist, sich jeder Partei im Widerstand gegen Gesetze entgegenzusetzen, welche anganzulieben.

Aus der Debatte über diese Resolutionen ist hervorzuheben, daß zur zweiten Resolution die Genossen Macdonald und Duchs von der socialdemokratischen Föderation eine Resolution beantragten und mit Wärme vertraten, die ausdrücklich das Prinzip des Klassenkampfes und die Forderung der Nationalisierung der Produktion, Austausch- und Verteilungsmittel als schließliches — ultimates — Ziel der Arbeiterbewegung betonte. Gegen sie sprachen u. a. von der unabhängigen Arbeiterpartei Jos. Burgess und John Sexton, die es für unklug erklärten, der neuen Bewegung einen Charakter zu geben, der ihr viele zu gewinnende Arbeiter entfremden würde. Man solle Vertrauen in die natürliche Entwicklung der Dinge haben und das Programm so fassen, daß es von der Masse der Arbeiter heute schon acceptiert werden könne. Zu einer speziellen Abstimmung über den Antrag Macdonald-Duchs kam es nicht, da ein ihm entgegenstehender Antrag des Schiffszimmerer-Vertreters Wilkie, der ein kurzes Programm praktischer Reformen verlangte, mit 39 gegen 35 Stimmen angenommen wurde. Man kann aber annehmen, daß diese 35 Stimmen gegebenenfalls dem Antrag Duchs zugefallen wären. Der Antrag Wilkie wurde in weiterer Folge durch die einstimmige Annahme der von Keir Hardie beschriebenen Resolution Nr. 2 erledigt.

Sobald über den ersten Tag. Noch sei bemerkt, daß von Gewerkschaften fast nur solche vertreten sind, die dem neuen Gewerkschaftsbund angehören. Die Bergarbeiter, die Hessefchmiede, die großen Bauarbeiterverbände sind der Konferenz ferngeblieben. Vertreten sind dagegen auf ihr die Maschinenbauer, Eisenbahner, Schriftsetzer, Textilarbeiter, Gasarbeiter, Doder.

Lord Rosebery, der noch jüngst im Parlament so unzugewidertig für den englischen Imperialismus eintrat, will sich von der Führung der liberalen Partei zurückziehen. In der Jahresversammlung der „Midlothian Liberal Association“, die gestern in Edinburgh stattfand, teilte der Leiter der Versammlung mit, daß Lord Rosebery den Vorsitz niedergelegt habe, und fügte hinzu, Rosebery sei im Begriff, seine Beziehungen zu andern schottischen liberalen Vereinigungen zu lösen. Verschiedene Londoner Morgenblätter sagen, der Vorgang bedeute, daß sich Rosebery von der aktiven Politik zurückziehe.

### Kolonisierende Verbrecher.

Von einem niederrächigen Verbrecher macht der französische radical-socialistische Abgeordnete Vignat d'Octon in der „Revue des Revues“ Mitteilung, der 1895 als Schiffarzt den Kriegszug der Franzosen zur Wiederoberung Madagaskars mitmachte. Er beschuldigt den französischen Truppenführer Gérard, die ganze Bevölkerung eines friedlich gelassenen Dorfes niedergemacht zu haben, lediglich, um mit seinem Kriegszug zu paradien zu können.

Unter friedlichen Ansichten, so heißt es in dem Bericht, setzte die Expedition ihren Marsch fort von Station zu Station und sie nahie sich bereits dem Meer von Mozambique, wo das Kanonenboot „La Surprise“ ihre Ankunft erwartete. Die ganze Bevölkerung bereite sich zum fröhlichen Empfang der Expedition. Gérard's Vor. Alle Häuptlinge der Umgegend strömten herbei: man tanzte, sang und musizierte nach landesüblicher Art. Am 29. August kam die Nachricht, daß Gérard nur noch wenige Stunden entfernt sei. Samat, ein auf Madagaskar aufgewachsener Franzose, der mit der Bevölkerung des Bezirks Ambike befreundet ist, und der Schiffsjährling Blot gingen ihm entgegen, ihre Diener und ihr Gepäck zu-

berücksichtigt in Ambise zurücklassend. Sie beeilten sich, den Major Gérard über die friedliche Stimmung des Landes zu belehren. Der Major hat, als ob er nicht verstanden habe; er bedeutete dem Schiffsführer, daß er am nächsten Morgen am Angriff teilzunehmen habe. Der General Gallieni hatte in Inzerna mit einem Hauptschlag begonnen; der Major Gérard wollte seine Besitzergreifung ebenfalls durch einen Hauptschlag bekräftigen. Blot und Samat protestierten; sie glaubten an ein Mißverständnis. Aber der Major wiederholte seinen Befehl in einem Tone, der jede Widerrede ausschloß. Außerdem ließ er die beiden bewachen, um zu verhindern, daß sie in die Stadt zurückkehren und die Bevölkerung warnen. Einen Augenblick später traf der König Loure selbst ein, um den Major zu begrüßen. Gérard lehnte es ab, ihn zu empfangen; er ließ dem armen Teufel antworten: „Ich werde meine Befehle selbst nach Eurer Hauptstadt tragen.“ Mitten in der Nacht erhielten die französischen Truppen Marschbefehl. Sie schlugen sich unter großer Stille durch das Gehölz, das Ambise umgibt; die Artillerie besetzte einen Hügel, von wo sie im Notfall das ganze Dorf zusammenschleichen konnte. Des Morgens drang man von sechs Seiten gleichzeitig in die schlafende Stadt; die Senegalischen stürzten sich auf die Häuser. Das Morden (massacre) beginnt. Ohne Mißtrauen überfallen, ohne die Möglichkeit eines Widerstands ist die ganze Bevölkerung der Reihen der französischen Bannoneite preisgegeben; was in der ersten Stunde nicht getötet ist, versucht zu fliehen; von untern schwarzen Compagnien umzingelt, rennen sie wie wahnsinnig, von Blut triefend aus frischen Wunden, immer wieder gegen die waffenstarrten, unbarmherzigen Reihen, von neuem getroffen und über ihre toten Kameraden hinstürzend. Der König Loure, alle Honoratioren, alle Einwohner fielen an diesem Morgen unter den Schüssen untrer Soldaten. Diese hatten Befehl, nur die Männer zu töten, aber niemand hielt sie zurück, und beraubt vom Blut schonten sie keine Frau und kein Kind. Selbst die Träger und Diener des Herrn Samat teilten das Schicksal aller Einwohner. Als es heller Tag geworden war, glich die Stadt nur noch einem säkralen Blutgebilde, in dem Franzosen herumirrten, müde vom Uebermaß der Schieberei. Eine gewisse Zahl unter ihnen fühlte Scham und Widerwillen. Beim Appell fehlte keiner der untrigen. Man ruhete sich aus, man ob; kein Jubelgeschrei feierte den Sieg. Den Boden bedeckte eine rote, feuchte Masse und am Nachmittag entstieg ihm leichter Nebel: das war der Dampf des Blutes von 5000 Opfern.

Die „Gazette officielle“ meldet aber nur: „Der König Loure, sein Minister und zwei Hauptlinge sind in dem Kampf gefallen; 500 Gefangene gerieten in untre Hände.“ In Wahrheit ist kein einziger Eingeborener lebend entkommen. Die Greuelthat Gérard exportierte natürlich die ganze Umgegend und führte eine Reihe Feindseligkeiten seitens der Eingeborenen herbei, die bisher keinerlei Anhalt eines Widerstandes gegen die französische Macht geäußert hatten. In Frankreich verurtheilte man die Schandthat zu verurtheilen durch Ordensverleihungen und Avancements an die Augenzeugen. Der Major Gérard wurde zum Oberstleutnant befördert.

Das sind Früchte von Baume der Weltpolitik! Ganz gleich, ob nun, nachdem das Verbrechen rückbar geworden ist, Unternehmung und Strafe erfolgen. Solche Greuel werden sich so lange wiederholen, als die „civilisierten“ Staaten unter dem Vorgeben, die Kultur auszubreiten, ihre Flotten und Truppen hinauszuweisen, um „uncivilisierte“ Völker zu vergewaltigen und auszubeuten.

## Cefireich-Ungarn.

Verbot deutscher Vieheinfuhr. Das östreichische Ministerium des Innern hat, wie die „Wiener Zeitung“ meldet, auf Grund des Viehseuchen-Übereinkommens mit dem Deutschen Reich die Einfuhr von Rindvieh aus den von der Yugoslawische Reichthenern Spargelgebieten, Madeburg, Juidau und Verbura verboten. Dieses Verbot tritt an die Stelle des am 10. Februar verfügten.

## Italien.

Rom, 1. März. Deputiertenkammer. Das Haus setzt die Generaldebatte über das „Decreto Legge“ fort. Es herrscht allgemeine Ungebuld und namentlich von der äußersten Linken ertönen Rufe: „Abstimmung!“ Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses spricht sodann Sonnino für die Vorlage und wendet sich unter Beifall der Ministerellen und Lärm der äußersten Linken gegen die Obstruktion, welche er als einen traurigen Einflußartikel aus Wien bezeichet. Durch die Obstruktion eigne sich die Mehrheit des Reichs gegenüber allen Gesetzen an, welche ihr nicht zusagten, die Geschichte Polens zeige, welche vernichtende Wirkung das Liborato veto ausübe; das Decreto Legge habe keine Berechtigung als Widerstandsmittel gegen die Obstruktion. Nachdem sodann der Richterlatler gesprochen, wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Der Papst beehrt am 2. März seinen neunzigsten Geburtstag, welcher Tag von den Katholiken der ganzen Welt gefeiert wird.

## Frankreich.

Paris, 1. März. Senat. Auf eine Anfrage erklärt Waldeck-Rousseau, trotzdem die Kammer sich dafür ausgesprochen habe, in diesem Jahre von den Einberufungen zu den 28. und 13. tagigen militärischen Übungen abzusehen, sei es doch unmöglich, zu unterlassen, was das Gesetz vorschreibe. Jedoch werde er, so weit dies irgend möglich, Befreiungen von den Übungen eintreten lassen.

## Türkei.

Verbannt. Philippopol, 28. Februar. Nach Berichten aus Konstantinopel verlautet, Abdullah Effendi, der Indikator der J. J. voransichteten Sympathie-Adresse für England, ist nach C-Ais (Arabien) verbannt worden.

Russische Bahnanforderungen. Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Konstantinopel, die Pforte finde die russische Forderung betreffend die Eisenbahnen in den türkischen Grenz-Visajets zu weitgehend; deshalb sei noch keine Verständigung erzielt worden. Die andern lautenden Nachrichten seien vollständig verfrüht. Auch russischerseits werde erklärt, daß die Vorstudien für die beabsichtigten Schienenwege überhaupt noch nicht so weit gediehen seien, um heute ein bestimmtes Programm vorzuschlagen. Von keinem einzigen der andern Vorschläger in Konstantinopel sei in die Angelegenheit eingegriffen worden; die Pforte habe auch den andern Mächten bisher keinen Anlaß gegeben, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Insbesondere sei das Gerücht, der deutsche Botschafter Freiherr v. Marschall habe dem Sultan gegenüber die russische Forderung zur Sprache gebracht, durchaus unbegründet.

## Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Eine Versammlung des Socialdemokratischen Vereins in Essen beschloß einstimmig, das Vertrauensmänner-System aufzugeben und sämtliche Parteigeschäfte dem Socialdemokratischen Verein zur Ueberweisung zu überweisen. In den Landorten sollten Zweigvereine, die zwar selbständig arbeiten, aber doch dem Hauptverein in Essen angegliedert sein sollen, gegründet werden.

## Der Streik der Bergarbeiter.

Die Lage des Streiks im Bezirk Halle ist noch unbedeutend, jedoch sind einige Belegschaften geneigt, mit den Grubenverwaltungen in Unterhandlungen zu treten, da die Grubenbesitzer bereit sind, einige Forderungen zu bewilligen. Die Zahl der Streikenden ist zurückgegangen, indem die Vergleute im Schacht Stupferhammer und im Crednerhammer die Arbeit auf Grund von Versprechungen wieder aufgenommen haben. Im Neufelwiger Revier scheint man in ähnlicher Weise wie in Juidau vorgehen zu wollen und hat man bezüglich Abhaltung von Versammlungen die ersten

Schwierigkeiten bereitet. Die Vergleute werden durch den Streik etwas erreicht, aber ihre Forderungen selber nicht ganz durchsetzen.

Zeitz, 28. Februar. Der Bergarbeiter-Ausschuss in diesem Revier geht seinem Ende entgegen. Die Zahl der Streikenden hat abgenommen, nur auf der Grube „Neue Sorge“ bei Zeitz ist noch die alte Zahl ausständig. Auf einer Grube bei Brödig sind allerdings am Dienstagabend 20 Mann in Streik getreten, doch dürften diese wohl bald wieder die Arbeit aufnehmen. Es fehlt hier an einer einheitlichen bestimmten Leitung, dadurch sind in den Revieren die verschiedensten Beschlüsse gefaßt worden. Eine Versammlung der Streikenden in Zeitz am Mittwochabend beschloß, noch bis Sonntag im Ausstand zu verharren; ist bis dahin in den übrigen Bezirken nicht der Streik verallgemeinert worden, dann soll er auch hier aufgehoben werden. Eine Versammlung der Streikenden in Brödig am Mittwochabend faßte denselben Beschluß. In der Versammlung war wieder der Obersteiger Zimmermann von Grube „Gottlob“ anwesend, der diesmal zugestehen mußte, daß die Verwaltungen so viel wie nichts bewilligt haben. Vor 14 Tagen erklärte der Herr noch, daß die Verwaltungen den Forderungen schmachlos gegenüberstünden. Nun, die Bergarbeiter werden förmlich hieraus die richtige Lehre zu ziehen wissen.

Auch aus dem Neufelwiger Revier wird eine Abnahme der Streikenden gemeldet, so daß auch hier wohl mit Ende der Woche der Ausstand beendet sein wird.

In Sachsen rächen sich die Besitzer der Bergwerke an den zur Arbeit zurückkehrenden Arbeitern. Aus allen Orten werden Verfügungen gemeldet. Dabei sucht man sich mit Vorliebe ältere Arbeiter mit starker Familie aus, die um so schwerer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Bei der Rückständigkeitsliste, mit der die Arbeiter in den sächsischen Betrieben behandelt werden, war die vom Hof eingegebene Gewaltmaßregel der Unternehmer voranzuziehen, ohne Organisation können sich die Arbeiter aus diesem Joch nicht befreien, der Hochmut der Unternehmer kann sich unbegrenzt ausstrecken. Zur Unterstützung der Ausgesperrten ist folgender Aufruf erlassen:

Aufseht! Der Bergarbeiterstreik in den Revieren Zugau und Oelsnitz ist unglücklich für die Arbeiter verlaufen. Entlassen wurden bis jetzt etwa 90, meistens ältere Männer und Ernährer zahlreicher Familien. Genossen aller Branchen, bewahrt Eure Solidarität in jeder Beziehung! Alle Anfragen, Briefe etc. nimmt entgegen Emil Hübnert, Gerzdorf, Bezirk Juidau, Nr. 128.

Troppau, 1. März. Der Ausstand im Ostrau-Karwiner Kohlenreviere hält unverändert an; die Zahl der Ausständigen beträgt 23 000. — Der Ausstand der Waschinwärter und Heizer nimmt bedeutend ab. Es herrscht Ruhe.

## Der Streik der Berliner Möbeltischler.

Die Tischlermeister haben sich in ihrer Versammlung gestern nachmittag wieder einmal gegenseitig Mut zugesprochen. Tischlermeister Kümmele erklärte, die in der Presse enthaltene Mitteilung, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts sich an sie gewandt habe zwecks Einleitung einer Einigung, sei unrichtig. Sie wollten auch von einer Einmischung des Gewerbegerichts nichts wissen. In der nächsten Woche, so meinte der Redner siegestriumphierend, würden die Tischlergehilfen schon gefügiger werden. Lieber den Umsang des Ausstands selbst gaben sich die Herren noch immer den sonderbarsten Aufzählungen hin. Herr Kümmele behauptete auch wieder, daß gegen 12 000 Mann ausständig seien. Die Zahl der Streikenden könne man zwar nicht feststellen, denn die zu dem Zweck ausgefandenen Fragebogen liefen nicht pünktlich ein, aber es müßten bestimmt viel mehr ausständig sein, als der „Vorwärts“ angebe. Wenn es zur Beruhigung des Herrn beitragen sollte, mag er ruhig bei dem Glauben bleiben. Tischlermeister Berndt stellt sich als einer vor, der es vom kleinsten nun schon zum großen Fabrikanten gebracht habe. Er wundert sich, daß der „Vorwärts“ zwischen beiden Kategorien einen Interessengegenhalt konstruieren will. Sie, die Meister, wollten dafür sorgen, daß auch die kleinen Meister Gesellen bekommen. (O, diese Uneigennützigkeit!) Mit der Adresse der Gesellen, so versicherte Herr Berndt seinen Kollegen, sei es „bunte“. Die Gesellen wollten nur einen solchen Eindruck erwecken. Schließlich schwärzte auch noch ein Redner für christliche Arbeiterorganisation, damit die willigen Arbeiter aus der Provinz gleich in sicheren Schut und nötige Forderung christlicher Meister gewonnen werden. Mit den christlichen Meisterwörtern es wohl trübseligen, aber zu einer Organisation für gefügige „Arbeitswillige“ machen die Herren auch ein bißchen in christlicher Erbauung mit und damit die Arbeiter gleich den richtigen Begriff bekommen von ihrer Grobheit, haben sie folgenden Beschluß gefaßt:

a) Im Interesse der schnellen Beendigung des Streiks sind sämtliche Arbeiter nach Fertigstellung ihrer jeweiligen Arbeit sofort zu entlassen, gleichviel ob Lohn- oder Accordarbeiter.

b) Neue Arbeiten dürfen keinesfalls, ehe der Streik nicht auf der ganzen Linie beendet ist, vorgegeben werden.

Den Beschluß mögen die Herren nur ansahieren, sie schädigen sich selbst am meisten. Ihr Vorgehen wird in der gesamten Arbeiterschaft einmütig bekämpft werden, denn jeder wird empfinden, daß der Sieg mit solchen niederwärtigen Mitteln eine Niederlage der gesamten Berliner Gewerkschaften bedeuten würde, hier heißt es mit allen Nachtmitteln gegen diese Willkür Front zu machen.

Eine gemeinsame Versammlung von Meistern und Gesellen hatte die Streikleitung am Donnerstagnachmittag einberufen. Wie der Referent Glöde ansaherte, sollte die Versammlung den Zweck haben, eine Verständigung mit denjenigen Meistern anzubahnen, die nicht unter dem Einfluß der Freien Vereinigung der Holzindustriellen stehen. Daß die Freie Vereinigung jede Verhandlung über die aufgestellten Forderungen abgelehnt habe, und auch den Vertretern der Streikenden der Zutritt zu den von derselben einberufenen Meister-Versammlungen verweigert worden ist, so sollte diese Versammlung den Meistern, welche geneigt sind, sich mit den Gesellen zu einigen, Gelegenheit zu einer Verständigung bieten. Nachdem Glöde die Forderungen der Streikenden begründet hatte, wurde auf Antrag des Tischlermeisters Raab festgestellt, daß nur etwa 25 Meister in der Versammlung anwesend waren. Hierauf erklärte Herr Raab namens der Freien Vereinigung, daß die Meister unter diesen Umständen von jeder Beteiligung an der Diskussion absehen, und daß sich die Kleinmeister in vollem Umfang mit den Großindustriellen solidarisch fühlen. Einige der anwesenden Meister nahmen, unbeirrt um diese Erklärung des Redners das Wort. Es waren dies solche, die nicht hinter der Freien Vereinigung herlaufen, weil sie erkannt haben, daß ihr Interesse nicht mit dem der Großindustriellen zusammenfällt. Was es doch bisher der einzige Erfolg der Großindustriellen, daß das hiesige antisemitische Schmutzblatt für den Juden Str argen die Arbeiter Partei ergriß. Diese Redner erklärten die Forderungen der Gesellen für so minimal, daß sie dieselben schon längst bewilligt hätten. Tischlermeister Kibel vertrat dagegen die Ansicht, daß die Forderungen sowohl für die Großunternehmer, als auch besonders für die Kleinmeister mannehmbar seien. Eine Verständigung liege sich allenfalls auf der Basis erzielen, daß eine Lohnherabsetzung nur in den Bestellen gefordert werde, wo der Durchschnittslohn weniger als 24 M. beträgt. Die Maschinenarbeit könne wohl vom Meister bezahlt werden, aber die Garantie für rechtzeitige Lieferung derselben könne der Meister nicht übernehmen, darum müßten sich auch in Zukunft die Gesellen kammern. Der Redner stellte zum Zweck der Verständigung eine Meisterversammlung in Aussicht, die nicht von der Freien Vereinigung einberufen werden soll und wo auch die Gesellen zum Wort kommen sollen, denn es wünsch, daß der Streik so bald als möglich beendet werde. In seinem Schlußwort bemerkte Glöde, die Einigkeit zwischen Groß- und Kleinunternehmern sei keineswegs so groß, wie es auch hier wieder hingestellt wurde. Wenn auch die Versammlungen der Freien Vereinigung gut besucht werden, so seien doch viele darunter, die nicht auf der Seite der Holzindustriellen stehen. Was die Vorschläge des Herrn Kibel betreffe, so seien die Streikenden natürlich zu einer Verständigung jederzeit bereit, aber nicht auf der Basis eines Durchschnittslohns.

Die Tischlerinnung in Rixdorf hat jetzt auch zur Lohnbewegung Stellung genommen. In der fraglichen Versammlung, an der die Brüder Meister ebenfalls teilnahmen, wurde gegen drei Stimmen beschlossen, die Forderungen der Gesellen abzulehnen. Ferner setzte man zwei Kommissionen ein und beauftragte sie, darauf hinzuwirken, daß die beteiligten Meister in allen Angelegenheiten nach einheitlichen Grundsätzen handelten. Wegen des Streiks will die Innung mit Berlin in Fühlung bleiben. Der Obermeister ermahnte noch die Versammelten, human und christlich zu verfahren, sich aber nicht in ihrer Werkstatt terrorisieren zu lassen. Die Arbeitswilligen seien in Zukunft zu schätzen.

In Schöneberg hat die Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbands den Beschluß gefaßt, gleichfalls pro Mitglied 1 M. zu dem Streikfonds beizutragen.

Auch die Charlottenburger Zahlstelle hat den Beschluß gefaßt, pro Mitglied jede Woche 1 M. Streikbeitrag zu leisten. Es wurde bekannt gegeben, daß die Inhaber von einigen Bauschreibern, dem Wunsch der Schornsteine entsprechend, 20 Proz. ihrer Arbeiter ausgespart haben. Die Streikmarken sind Freitagabend von 7 Uhr an beim Vorliegenden Karl Vansched, Pestalozzistraße 88, vorn III, in Empfang zu nehmen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Berliner Straßenbahner!** Wir warnen dringend davor, auf einzelnen Bahnhöfen, wie in Moabit gefeschen, in den Ausstanz zu treten, da ein derartiges Vorgehen von vornherein aussichtslos ist. Bei vorkommenden Differenzen wende man sich in erster Linie, bevor irgend welche Schritte gethan werden, an unser Verbandsbureau, Bischoffstraße 13, I., Telefon Amt V 3001. Unbefohlene Ausstanz auf einzelnen Bahnhöfen sind der Direktion sehr willkommen, weil durch solche die Ausstanz einer allgemeinen Bewegung bedeutend verschleiert werden.

Die Vertrauensleute der Berliner Straßenbahner.

J. A.: Otto Martini.

In der Fabrik wasserdichter Zelte und Pläne von Oskar Edert, Berlin, Straßauer-Weide 3, haben die dort beschäftigten 18 Sattler die Arbeit niedergelegt, da ihre Forderungen: neunständige Arbeitszeit, Abschaffung der Recordarbeit, Minimallohn für Neueingestellte 21 M., für Maschinenmacher 24 M., Zuschlag für auswärtige Arbeiten, höhere Bezahlung der Ueberstunden und Freigabe des 1. Mai abgelehnt wurden. In den Fabriken von Reichelt, Straßauerstr. 58 und von Meister u. Dube, Alexanderstraße, sind dieselben Forderungen unterbreitet worden, doch steht die Antwort noch aus. Der Zugang nach diesen Werkstätten ist streng fern zu halten.

Die Berliner Malermeister haben in Anlehnung an den Verband der Baugeschäfte einen Verein gegründet, dem 256 Meister beigetreten sind.

### Deutsches Reich.

In der Schuhwaren-Fabrik von Max Lad in Strausberg ist sämtlichen Händlern gekündigt. Infolgedessen dürfte es zum Ausstand kommen, da auch die übrigen Arbeiter die Kündigung eingereicht haben.

Die Maler der Schiffswerft Howaldtswerke in Dietrichsdorf bei Kiel haben wegen fortgesetzter entwürdigender Behandlung durch den Meister die Arbeit niedergelegt. Schon vor der Arbeitsniederlegung hatten die Maler von der Direktion die Entlassung des Meisters verlangt und bis zum 1. März Antwort erbeten. Der Meister suchte nun vier seiner Arbeiter zu mahdregeln, worauf sämtliche Maler sich mit diesen solidarisch erklärten. Demonstrationen wie Spiritusbagage, Saufbunde, faule Gesellschaft, waren durch den Meister besonders beliebt. Es stehen im Ausstand 48 Mann; weiter arbeiten 3.

Der Ausstand der Bauarbeiter in Halle nimmt an Umfang zu. Die Maurer haben, nachdem über zwei größere Bauten der Streik verhängt wurde, auf einem dritten die Arbeit eingestellt. Man beansprucht die Jumeckhaltung des vereinbarten Tarifs.

Der Streik im Düsseldorf-Emaillierwerk von Bortmann u. Elbers dauert unverändert fort. Das sei namentlich deshalb betont, weil das Gerücht verbreitet wird, der Streik sei zu Ende und zu Ungunsten der Streikenden ausgefallen. Es sei festgesetzt, daß die Streikenden nun schon seit einem Vierteljahr einmütig und zähe auf ihren bekannten Forderungen bestehen und Arbeitswillige an masse fern bleiben. Die Unterstützungsgelder werden an die Streikenden prompt ausbezahlt. Die auswärtigen Klempner, Emailliermeister, Planierer etc., wollen ihren streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen und Zugang nach Düsseldorf streng fernhalten!

Die Karlsruher Schneidergehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen wurden im Laufe dieser Woche der Zwangsinnung unterbreitet, die sich bereit erklärte, die kaufmännischen Geschäfte zur Unterhandlung einzuladen.

## Gerichts-Beitrag.

**Polizeikampf gegen Streikposten.** Welche Schwierigkeiten die Polizei den Arbeitern bereitet, wenn diese ihre Koalitionspflicht gewissenhaft ausüben, ist bekannt. Wir haben in letzter Zeit wiederholt über ungerechtfertigte, den gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise entsprechende polizeiliche Strafverfügungen gegen Streikposten berichtet. Die Statistik wird bereichert durch eine am 1. d. M. gegen den Metallschleifer Jgel vor dem Schöffengericht I hier verhandelte Strafsache. Die Verhandlung ergab folgendes: Bei J h a b i d t u. Co. war vor kurzem Streik. Die Polizei scheint in diesem Fall recht streng gegen die Streikposten vorgegangen zu sein. Denn eine Reihe dieser Streikverfügungen ist bereits von den Gerichten aufgehoben. Jgel hielt sich vor dem Streiklokal auf. Der Schupmann verbot ihm dies. In diesem Augenblick aber trat bereits der Jobrikant Habildt hinzu und machte den Schupmann auf Jgels früheres Verhalten aufmerksam, worauf Jgel sofort flüchtete wurde, ohne daß ihm Zeit gelassen wurde, der Aufforderung des Schupmanns, sich zu entfernen, nachzukommen. Trotzdem erhielt Jgel ein polizeiliches Strafmandat wegen Verletzung der §§ 117, 118 des Straßen-Polizeireglementes, die denjenigen bestrafen, der der Aufforderung eines Beamten nicht Folge leistet. In Uebereinstimmung mit dem Urtheile des Amtsanwalts selbst und des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Heinemann, gelangte das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten, da der Angeklagte festgestellt worden sei, bevor er überhaupt der Aufforderung des Beamten, sich zu entfernen, folgen konnte. Welche Strafe wird nunmehr den Schupmann wegen seines geschwichtigen Handelns treffen?

## Versammlungen.

Die Nordmacher nahmen in ihrer Versammlung am 26. Februar den Bericht über die Lohnbewegung entgegen. Es wurde mitgeteilt, daß gegenwärtig 5 Arbeitgeber die Forderungen bewilligt haben. 55 Nordmacher befinden sich im Ausstand, es ist aber auch begründete Hoffnung vorhanden, daß der Streik bald beendet wird. Im Verschiedenen wurde das Verhalten der Arbeiter bei der Firma Fehner getadelt, da hier fortgesetzt Ueberstunden gemacht werden, während Arbeitslose recht zahlreich vorhanden sind. Man beschloß, die Ueberstunden gänzlich zu vermeiden.

Die Lohnbewegung der Einseher war in einer Versammlung am Mittwoch Gegenstand längerer Verhandlungen. Kurlovsky schilderte zunächst den Verlauf des Holzarbeiter-Ausstands, der auch von den Bauunternehmern benutzt wird, den von den Einsehern aufgestellten und auch anerkannten Tarif zu verweigern. Um aber die Ansprüche der Unternehmern zu vereiteln, sei die Einigkeit unter den Einsehern, ob central, lokal oder gar nicht organisiert, unbedingt erforderlich. Im übrigen wurde der Beschluß der vorigen Versammlung aufrecht erhalten. Arbeitsberechtigungskarten, Listen, Marken etc. sind nach wie vor nur im Bureau bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75, zu entnehmen.

Einstimmig gelangte ein Antrag zur Annahme, daß vom Sonnabend, den 3. März, jeder arbeitende Einseher außer der bisherigen wöchentlichen Unterfertigung von 1 M. während der Dauer des Streiks noch 50 Pf. auf Listen zu zeichnen hat, die von den Vertrauensleuten auf allen Bauten etc. ausgegeben bzw. eingesammelt werden und unverzüglich an die Streikkommission abzuliefern sind.

In eine Lohnbewegung treten nunmehr auch die Rixdorfer Müllkutscher ein. Die Erfolge, welche ihre Kollegen in der Berliner Wirtschaftsgenossenschaft errungen haben, haben auch sie ermutigt, bei ihren Prinzipalen um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorläufig zu werden. Aus diesem Grunde fand am Mittwochabend im Apollo-Theater zu Rixdorf eine öffentliche Versammlung der Kutscher und Mitfahrer der Müllabfuhr statt. In der Versammlung, die sehr gut besucht war, referierte kein Redner, sondern, daß die Kutscher verpflichtet seien, morgens um 4 Uhr anzufahren und abends bis 9 Uhr zu arbeiten. Das geht tagaus tagaus, Jahr für Jahr, und wenn der Arbeiter nach 10 Jahren krank und abgehindert ist, dann werde er entlassen und dem Feind preisgegeben. Redner weist darauf hin, daß in Rixdorf die Kutscher Sonntags bis nach 12 bzw. 1 Uhr arbeiten müssen. Redner kommt nun zu den Forderungen, die die Kutscher und Mitfahrer zu stellen haben, und schlägt er folgende vor: 1. Ein Wochenlohn für Kutscher und Mitfahrer von 30 M., für Anhilfsarbeiter ein Tageslohn von 5 M. 2. Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends. 3. Für Sonntagsarbeit für die Kutscher eine Mark extra und um 10 Uhr Feierabend. 4. Die Lohnzahlungen haben am Freitag oder Sonnabend stattzufinden. 5. In jedem größeren Betriebe muß ein Vertrauensmann der Arbeiter sein. Redner fordert zum Schluß die Anwesenden auf, sich zum Kampf zu rüsten. In der hierauf stattfindenden Diskussion stellt Ullrich noch folgende Forderung auf: In jedem Betriebe muß ein Wasch- und Ankleide-raum sein. Diese Forderung sei schon aus hygienischen Gründen geboten. Große Erregung riefen die Verhältnisse, die bei der Winde Schläch, Stralau, herrschen, hervor. Dort sind die Kutscher in Kost und Logis. Die Schlafstelle befindet sich im Stall und ist nur durch eine Bretterwand von den Pferden getrennt. Die Betten, die nur aus Feldmattagen bestehen, werden jährlich und jahraus nicht gemacht. Die Kutscher sind gezwungen, am Tage nicht nur zwei, sondern drei Touren zu machen. In des Sonntags müssen sie sogar anspannen und dann erhalten sie den Lohn von 30 M. per Monat. Nachdem die Versammlung sodann eine Resolution annahm, in welcher sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten und in welcher die Forderungen festgesetzt sind, schreitet man zur Wahl einer Lohnkommission, welche mit den Prinzipalen unterhandeln soll.

## Die Engländer in Ladysmith.

Nachdem sich die Engländer durch die Ueberwältigung Cronjes den Einzug in den Oranje-Freistaat von Westen her erzwungen haben, mußte Ladysmith preisgegeben und die Boerentruppen zurückgezogen werden, da sie einem Frontangriff durch Buller und einem Rückenangriff durch Roberts nicht ausgesetzt werden konnten.

So sind denn Bullers Truppen in dem so lange von den Boeren eingeschlossen gewesenen Ladysmith eingezogen. Die Depesche Bullers lautet: Dundonald ist mit den Natalcarabiniers und einem kombinierten Regiment in der vergangenen Nacht in Ladysmith eingerückt. Das Gelände zwischen mir und Ladysmith soll vom Feinde geäubert sein. Ich rüde auf Relishorpe vor.

Diese Abwicklung der Dinge, wie sie jetzt erfolgt, ist für jeden, der sich einmal die Karte des Kriegsschauplatzes angesehen hat, selbstverständlich. Man kann hinzufügen, daß es auch mit der Preisgabe von Ladysmith noch nicht sein Bewenden haben wird, sondern daß auch die Position im Norden der Kapkolonie für die Boeren unhaltbar geworden ist, daß sie auch die dort stehenden Truppen zurückziehen müssen und werden. Bereits ist denn auch Rensburg und Colesberg von den Engländern wieder besetzt worden. Von großen Wassergängen bei diesem Ereignis wird nichts gemeldet, was darauf schließen läßt, daß sich auch hier die Boeren bereits zurückgezogen haben. Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts, datiert Paardeberg, 28. Februar, meldet hierüber: Auf die Nachricht, daß die Boeren Colesberg geräumt hätten, entsandte General Clements Truppen zur Befreiung von Colesberg. Funktion und ritt dann selbst in Colesberg ein, wo er mit Jubel begrüßt wurde. Er erbeutete in Colesberg Munition, ließ mehrere Rebellen verhaften und kehrte dann nach Rensburg zurück. Aus der Wendung von den „Rebellen“ zu schließen, scheint man gegen die Kap-Boeren, die sich gegen die Engländer erhoben hatten, scharf vorgehen zu wollen.

Alles das sind leichte Siege für die Engländer. Größere Schwierigkeiten aber dürften ihrer barren, wenn es den Boeren gelingt, ihre Truppen im nördlichen Teil des Oranje-Freistaats oder hinter dem Vaalfluß, der die Grenze des letzteren und Transvaals bildet, zum Widerstand gegen das weitere Vordringen der Engländer nach Norden hin zu sammeln.

### Der Jubel in London.

London, 1. März. Der Jubel auf den Straßen über den Entzug von Ladysmith ist ganz beispiellos. Die Nachricht von der Kapitulation Cronjes wurde, verglichen mit der heutigen Vegetierung, ruhig aufgenommen; Union Jacks (die englische Flagge) wehen vor den öffentlichen und privaten Gebäuden. Auch das auswärtige Amt hat einen großen Union Jack gehißt. Auf den Straßen steht man viele Leute mit Flaggen, die sie jubelnd schwenken, und kräftig ruft man sich Hurra zu.

Die Abendblätter verzeichnen die Meldung, daß die englische Kavallerie Bloemfontein erreicht habe; dem auswärtigen Amt liegt jedoch keine Bestätigung vor.

Vom General Buller ist gefolgt noch folgende Depesche in London eingetroffen: Relishorpe, 1. März, 5 Uhr nachm. Ich komme eben von Ladysmith zurück. Von einer kleinen Nacht nach nördlich der Surprise-Hill abgesehen, haben sich die Belagerer sämtlich in höchster Eile zurückgezogen und das Land südlich der Stadt ist völlig frei von ihnen. Die Garnison wird einiger Pflege bedürfen, ehe sie wieder selbstthätig ist.

Eine amtliche Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Paardeberg vom 28. Februar besagt: General Cronje und seine Familie sind gestern in Begleitung des Generals Pretmann und einer militärischen Eskorte abgereist. Später folgten die andern Gefangenen ebenfalls unter Eskorte. Die Frauen und Kinder wurden nach ihrer Heimart gefandt. Ich erfahre, daß man bei den Boeren sehr ungehalten darüber ist, daß Cronje sich geweiigert hatte, freies Geleit für die Frauen, Kinder und Verwundeten anzunehmen. 170 der letzteren bleiben hier im Hospital. Ein großer Teil derselben befinden sich in einem schrecklichen Zustand. Ich habe gestern das Lager der Boeren aufgesucht und war erstaunt darüber, mit welchem Geschick und mit welcher Energie sie ihre Stellung zu einer fast uneinnehmbaren gemacht hatten.

Ueber die Kämpfe um Ladysmith vor dem Abzuge der Boeren wird noch gemeldet:

London, 1. März. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus dem Hauptquartier der Boeren bei Ladysmith vom 24. Februar: Durch Verwundete vom Zugela gebrachten Meldungen zufolge wurde dort bis spät in die Nacht hinein eine furchtbare Schlacht gefochten. Die Engländer versuchten viermal die Position bei Relishorpe zu stürmen und wurden jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. Augenzeugen behaupten, daß die englischen Verluste enorm sind. Die Engländer wurden auf 70 Bards aus den Positionen der Boeren beschossen und geradezu niedergemäht. Die Engländer hatten 80 Kanonen dießseits des

Zugela aufgefahren, jedoch in solcher Nähe, daß dieselben nicht mit Erfolg gebraucht werden konnten. Die Boeren hatten 9 Tote und 14 Verwundete.

London, 1. März. Aus dem Hauptlager der Boeren bei Ladysmith wird dem „Reuterschen Bureau“ unterm 26. Februar gemeldet: Die Belagerer machen an verschiedenen Punkten fortgesetzt nächtliche Angriffe, um sich über die Stärke der Belagerer zu vergewissern. In der letzten Nacht versuchte eine Reiterabteilung, aus der Stadt den Ausgang nach Westen zu gewinnen, wurde aber von den Burghers so heiß empfangen, daß sie umkehren mußten. Dann versuchten sie es mit den südöstlichen Zugängen nächst der Etrede nach Colenso, mit dem Resultat jedoch, daß Ladysmith fast eine Stunde lang fest im Mannefeuer eingehüllt erschien. Gestern trugten die Engländer einen Woffenstillstand zur Beerdigung ihrer Toten nach und erhielten denselben bewilligt. Die Gesechte am Freitag und Sonnabend waren sehr blutig. Die Inniesilling-Regimenter und die Regimenter Dublin, Dorset und Comaught hatten ungeheure Verluste.

### Beunruhigung der Engländer im Norden.

London, 1. März. Die Boeren machten am Sonnabend einen heftigen Angriff auf Majeking (unweit der Westgrenze der südafrikanischen Republik), wurden aber auf allen Punkten zurückgeschlagen. Ein weiterer Angriff am Sonntag wurde ebenfalls zurückgeschlagen; hierbei hatten die Boeren einen Verlust von 40 Toten und Verwundeten, während die Engländer nur 2 Tote und 3 Verwundete hatten.

London, 1. März. „Daily Chronicle“ meldet aus Kapstadt, daß der Lieutenant Harrison vor das Kriegsgericht gestellt sei, weil er den Korrespondenten des „Daily Chronicle“ ermordet hat. Es war zwischen beiden ein Streit ausgebrochen, bei welchem der Offizier den Journalisten durch einen Revolverstoß niederstreckte.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Beerdigungen in Frankreich.

Paris, 1. März. (B. Z. B.) Deputiertenkammer. Bei der Beratung des Marinebudgets spricht sich Admiral Rieunier für den Bau starker Geschwader-Kanonen aus und weist auf das Beispiel Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten hin. Lothron hält es für notwendig, bedeutende Geldopfer für die Marine zu bringen, die auswärtige Politik Frankreichs hänge von seiner Macht zur See ab. Redner bedauert, daß man vom Budget die Forderung für den Bau von 8 Unterseebooten vom Typ „Arval“ gestrichen habe, und verlangt, daß in Bizerta sofort alle notwendigen Arbeiten ausgeführt werden. (Lebhafter Beifall.) Hierauf spricht Marineminister Lanessan und begründet die Forderung einer gewissen Anzahl von großen Panzerschiffen. Der Bau von „Arvals“ sei verboten worden, weil der Erfinder derselben um die Erlaubnis bat, seine Versuche zu machen, welche von ausgezeichnetem Erfolge gekrönt waren. Lanessan fügt hinzu, die Verteidigung von Bizerta müsse durch die Errichtung von einem Damm und von Forts sichergestellt werden.

### Der Boerenkrieg im italienischen Parlament.

Rom, 1. März. Bossari und 7 andre republikanische Deputierte haben in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in welcher der Minister des Aeußeren Visconti-Venosta um eine Erklärung darüber ersucht wird, ob er beabsichtige, mit Rücksicht auf die zwischen Italien und der großen britischen Nation bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und in Bewunderung der heldenmüthigen Tapferkeit der für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Boeren ein Wort für den Frieden zwischen den kriegführenden Parteien zu sprechen.

### Der Krieg im Oberhause.

London, 1. März. (B. Z. B.) Oberhaus. Lord Blythwood hebt die Notwendigkeit hervor, 10 000 weitere Freiwillige baldigt aufzurufen, welche als Ergänzungsmannschaften der Regimenter in Südafrika dienen, und betont, daß alle Kosten hierfür durch die Regierung und nicht durch private Zeichnungen aufgebracht werden sollten. Kriegsminister Lord Lansdowne erwidert, die Furcht vor einem drohenden Unheil sei jetzt behoben, und fährt fort: Wir haben vom Entzuge Ladysmith mit Gefühlen der Bewunderung darüber gehört, daß wir einem Unheil entronnen sind, und mit Gefühlen der Bewunderung für die Männer, welche solche Thaten für uns vollbracht haben. Ja, weiß nicht, ob wir eine größere Bewunderung dem General Buller und seinen Truppen zollen sollen, welche so tapferen Widerstand geleistet haben, oder den Männern unter Buller oder nicht an letzter Stelle dem Oberkommandierenden in Südafrika.

Es ist der energischen und erfolgreichen Offensivbewegung im Oranje-Freistaat zu verdanken, daß der Druck in Natal behoben ist. Diese beiden Erfolge werden nicht den Vorwand dazu bieten, daß wir in unsern Anstrengungen nachlassen, wir werden in diesen Anstrengungen nicht ermatten. In der mit dem 4. März endenden Woche werden 8 Schiffe mit 4700 Mann abgehen, am 11. März 5 Schiffe mit 11 800 Mann, am 18. d. M. 11 Schiffe mit 9800, am 25. 9 Schiffe mit 8000 und am 1. April 6 Schiffe mit 3200 Mann, zusammen rund 38 800 Mann. Weitere 17 800 werden bald darauf folgen, für welche die Schiffe noch nicht bestimmt sind, der Strom der Verstärkungen wird nicht verlegen.

Der Finanzsekretär des Kriegsamt, Powell-Williams, erklärt, eine Depesche des Feldmarschalls Roberts vom 24. Februar habe die erste Mitteilung enthalten, daß bei den Boeren Mannepatronen mit hohler Spitze gebraucht worden seien. Ob Gefangene hierüber befragt worden seien, wurde nicht mitgeteilt. Es sei keine Verhandlung mit den beiden Republiken über den Gebrauch solcher Mangeln erfolgt, und er könne gegenwärtig nichts sagen, ob ein Vorgehen in der Angelegenheit möglich sei.

### Explosion auf einem Schiffe.

Dieppe, 1. März. (B. Z. B.) Auf einem nach London bestimmten französischen Postdampfer fand eine Kohrexplosion statt. Sechs Frizer wurden getödtet, vier schwer verletzt.

Frankfurt a. M., 1. März. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zig.“ meldet aus Konstantinopel: Von besonderer Seite wird dem Korrespondenten mitgeteilt, Anstand erstrebe mit seinen erweiterten Forderungen wegen der Eisenbahnen nichts Geringeres, als ein Protektorat über das ganze nordöstliche Kleinasien. Als der Sultan dem russischen Votschafter bei der letzten Audienz erklärte, daß die Türkei überhaupt keine Wabundankonzessionen mehr fremden Gesellschaften erteile und ein tretenden Falls selbst bauen würde, antwortete der Votschafter, daß seine Regierung diesem Plane mit Bezug auf das nordöstliche Kleinasien entgegensetze und auf seinem ihm ausschließlich bewilligtem Vaurecht bestehen werde.

Dresden, 1. März. (B. Z. B.) Amtlich wird gemeldet: Der Verkehr auf dem Neustädter und Altstädter Elbquai in Dresden ist wegen Hochwassers eingestellt.

Wrag, 1. März. (B. Z. B.) Kaiser Franz Joseph bestatigte die Wahl des Dr. Erb zum Bürgermeister von Wrag.

Budapest, 1. März. (B. Z. B.) Aus unbekannter Ursache erschloß sich der Chef des parlamentarischen Stenographenbureaus, Janosviki.

Budapest, 1. März. (B. Z. B.) Nach einer Zeitungsmeldung beabsichtigt Oestreich-Ungarn die Errichtung von Handelsstationen in Founting und Konstantinopel, sowie den Bau einer Eisenbahn durch die chinesische Provinz Kiangsi und die Erwerbung eines Teils der flammeschen Halbinsel Malaga behufs Kolonisation.

London, 1. März. (B. Z. B.) Das Armeebudget für 1900/1901 beläuft sich insgesamt auf 61 409 400 Pfd. Sterl. bei einem Mannschafbestand von 430 000 Mann gegen 20 617 200 Pfd. Sterl. bei einem Mannschafbestand von 184 853 im vorhergehenden Jahre.

Berlin, 1. März. (B. Z. B.) Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

157. Sitzung vom 1. März 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Bälou. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats für das Auswärtige Amt. (Berichterstatter Prinz von Arenberg.) Die Beratung beginnt mit den „fortdauernden Ausgaben“, Titel „Staatssekretär“.

Hr. Dr. Gradnauer (Soz.):

Ich möchte mir gestatten, eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, von der ich allerdings geglaubt hätte, daß der Herr Staatssekretär selbst bei einer geeigneten Gelegenheit zu ihr Stellung nehmen würde, eine Angelegenheit, in der die Reichsregierung eine eigenartige Rolle gespielt hat. Ich meine die Stellungnahme der Regierung zu der sogenannten internationalen Friedenskonferenz, welche im Haag im vorigen Jahre stattgefunden hat. Sie werden sich vielleicht wundern, daß meine Partei bei dieser Gelegenheit, wenn ich so sagen soll, etwas verpatet die Angelegenheit zur Sprache bringt, aber der Reichstag war im vorigen Jahre bereits geschlossen, als die Resultate beziehungsweise die Resultatlosigkeit der Friedenskonferenz zu ersehen war und bei der ersten Lesung des Etats beherzigte die Flottenvorlage derart die Debatte, daß es nicht möglich war, auf andere Dinge einzugehen. Als der Herr Staatssekretär im vorigen Jahre in seiner großen Rede für die Flottenvorlage die internationalen Beziehungen der europäischen und außer-europäischen Staatenswelt schilderte, hat er auch in sehr düstern Farben uns ein Bild entworfen von den ungeheurer gewordenen Konfliktmöglichkeiten, von der Vermehrung der Rüstungsstätten und meinte, daß dadurch die Kunst der Diplomaten in höherem Grade in Anspruch genommen werde denn je zuvor. Werthvoll war aber doch, daß er jene internationale Friedenskonferenz mit seinem einzigen Wort zu erwähnen für nötig hielt, obwohl viele der Meinung gewesen waren, daß gerade jene Konferenz die Staatskunst der Herren Diplomaten etwas erleichtern sollte, daß durch sie eine Milderung der Gegensätze zu ermöglichen sei. Der Staatssekretär ist aber überhaupt nicht auf diese Konferenz zu sprechen gekommen, er hat sie **totgeschwiegen**. Darüber muß man sich im höchsten Grade wundern, denn diese Konferenz ist zweifellos ein Novum in der Geschichte. Es waren nicht nur aus Europa, sondern aus Amerika und Asien Delegierte der Mächte zusammen gekommen. Niemand war ein so großer äußerlicher Aufwand gemacht worden als hier. Ich weiß nicht, warum der Staatssekretär niemals auf diese Angelegenheit zu sprechen gekommen ist. Sollte es etwa deswegen sein, weil diese Konferenz so sehr **schlecht zu den Flottenplänen paßt**, oder meinte er, daß sie eine völlig bedeutungslose Angelegenheit gewesen ist, war er endlich derselben Meinung, die ich noch des näheren darlegen werde, daß das Verhalten der deutschen Regierung gegenüber jener Konferenz so **befremdlich** war, daß allerdings die deutsche Regierung nicht gern daran erinnert sein möchte? Ich will Sie nun keineswegs ermüden mit einer detaillierten Darstellung über den gesamten Verlauf der Konferenz, sondern will mich darauf beschränken, das den eigentlichen Zielen der Konferenz durchaus abträgliche Verhalten der deutschen Regierung ein wenig zu beleuchten. Zunächst muß ich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß man bei dieser Konferenz die **Öffentlichkeit völlig ausgeschlossen** hat. Das mag ja den Lehungen der Diplomatie entsprechen, aber gerade eine Konferenz, die ihren Ausgang von einem Manifest nahm, welches die gesamte europäische Öffentlichkeit aufgeregt hatte, hätte ohne Zweifel der Öffentlichkeit zugänglich sein müssen. Die Erwartungen, die man auf diese Konferenz setzte, waren immerhin ziemlich große. Es gab Leute, die mit sehr starker Zuversicht auf die Konferenz blickten. Andre hatten ja von vornherein große Zweifel, noch andre, und dazu gehört meine Partei, meinten, daß diese Konferenz einen sehr starken Stich ins **Stoßes**, Komödiantenhafte haben würde. Jedenfalls hätte uns die Möglichkeit gegeben werden müssen, die Resultate der Konferenz zu prüfen. Aber sie verhandelte hinter verschlossenen Türen. Was bekannt wurde, waren die denkbare dürftigen Depeschen, aus denen man sich kein Bild über die Stellungnahme der einzelnen Regierungen machen konnte. Dieses Verfahren war um so merkwürdiger, als es sich ja auf der Konferenz nicht um Fragen der aktuellen Politik, etwa um die orientalische oder etwa lothringische Frage handelte, sondern ausschließlich um allgemeine Fragen des Völkerrechts, die Ausgestaltung des Kriegsrechts, die Frage des Schiedsgerichtsweins und um die Möglichkeit, kriegerischen Konflikten überhaupt vorzubeugen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine, die Völker haben einen Anspruch darauf, daß sie in dieser Beziehung richtigerweise behandelt werden. Mit der ganzen Entwicklung des modernen Völkerrechts und des Völkerrechts ist auch das Interesse der Bevölkerung gewachsen, von den auswärtigen Angelegenheiten der Staaten Kenntnis zu erlangen. Aber die auswärtigen Angelegenheiten sind ja auch hier im Reichstag eine Sache, über die man möglichst kurz hinwegzugehen versucht. Man führt an diese Dinge nicht gern. Aber das Volk hat doch ein Interesse daran, denn unter Umständen ist es verpflichtet, **sein Blut herzugeben** für die etwaigen Fehler der auswärtigen Politik. Aber man hat nicht einmal die Ergebnisse der Konferenz der Öffentlichkeit mitgeteilt, obgleich hierzu wenigstens eine moralische Verpflichtung vorgelegen hätte. Graf Münster hat bereits Ende vorigen Jahres die Beschlüsse unterzeichnet, und doch haben wir bis heute noch nicht den Wortlaut derselben erfahren. Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte die Konvention betreffend die Schiedsgerichte und unser Regierungsorgan hat sich erst auf dieser Zeitung belehren müssen. Allerdings sind ja die Ergebnisse der Konferenz derart, daß man sich vielleicht auf Seiten des Auswärtigen Amtes gesammelt hat, sie der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Ich komme nun mit einigen Bemerkungen auf den eigentlichen Inhalt der Vorschläge der Konferenz. Es handelt sich einmal um die sogenannte Humanisierung des Kriegsrechts, die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg. Eine zweite Gruppe behandelt das Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren. Den Hauptpunkt des Ganzen bildete die Frage der Abrüstung, ob Kriege überhaupt vermieden werden können und wie sich die Kriegskosten vermeiden ließen. Diese Frage ist ja der Ausgangspunkt der ganzen Aktion gewesen, wegen der andern Fragen hätte eine beratende internationale Konferenz nicht abgehalten zu werden brauchen. Das wichtigste, worüber beraten wurde, war eben das Problem, das bisher die künftigen Diplomaten und Militärs mit Hohn und Spott angesehen hatten, bis endlich der russische Zar die Sache in seinem Manifest klarstellte. Es handelte sich darum, ob nicht durch internationale Vereinbarungen die Kriege vermindert und schließlich überhaupt aus der Welt geschafft werden könnten. Was die ersten beiden Punkte der Konferenz betrifft, so ist eine Konvention zu Stande gekommen, die das Kriegsrecht behandelt. Aber die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat selbst erklärt, daß alles, was in dieser Konvention steht, bereits bisher seitens des Deutschen Reichs in Anwendung gekommen ist. Andererseits bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine“, daß Oberst v. Schwarzhoff mehr als einmal durch Anregung oder Widerspruch nützliche Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt hat und unpraktischen oder zu weitgehenden Forderungen entgegen getreten ist. Es wäre doch sehr interessant zu erfahren, worin diese Anregungen bestanden haben und welchen zu weit gehenden Vorschlägen der Herr entgegengetreten ist. Man spricht soviel von der Humanisierung des Kriegsrechts. Das ist aber nur ein geringer Ausweg. Die Entwicklung der Technik hat dazu geführt, daß die Verwundungen im Kriege viel bössartiger sein müssen, als früher. Nicht viel besser steht es mit der Konvention, die die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg betrifft.

Es ist ja sehr wünschenswert, daß der Schutz der Sanitätspersonen und die schonendere Behandlung der Verwundeten durch internationale Vereinbarungen geregelt wird. Aber auch hier wieder hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitgeteilt, daß die deutsche Regierung alle diesbezüglichen Konventionen zwar unterzeichnet hat, aber den **Artikel 10** der Konvention über die Anwendung der Genfer Konvention einem ähnlichen Vorbehalt unterworfen hat, wie ein solcher auch von England gestellt worden sei. Da müssen wir doch erfahren, was denn der Artikel 10 eigentlich besagt. Wenn die Frage des **Schiedsgerichtsweins** gut zur Lösung gebracht wäre, dann hätte tatsächlich im Sinne des Manifests des Zaren gewirkt werden können. Aber auch diese Konvention ist ihrem sachlichen Inhalt nach bedeutungslos und das bedeutet ein völliges Mißlingen der Haager Konferenz. Durch diese Konvention ist allerdings ein Fortschritt erzielt worden, indem ein geordnetes Verfahren eingeführt ist. Es ist ein permanentes Bureau geschaffen und eine Liste angefertigt worden von Schiedsrichtern, die sofort in Funktion treten können. Aber diese Konvention ist mit einer Klausel versehen, die den betreffenden Paragrafen im Fall der Anwendung wieder aufheben kann. Überall soll nach dieser Klausel das Schiedsgerichtsverfahren nur dann eintreten, wenn der betreffende Staat es mit seiner Ehre und seinen Interessen für vereinbar hält. Von einer Verbesserung kann man also nicht reden. Von irgend welchen Erfolgen in Bezug auf Verlegung von Streitigkeiten kann keine Rede sein.

Ich möchte Sie noch daran erinnern, wie sich die Sache entwickelt hat. Im Januar vorigen Jahres hat der russische Minister des Auswärtigen das Programm des Kongresses aufgestellt, in dem **der Gedanke der Abrüstung** eine Hauptrolle spielte. Im Eingang schildert er, daß sich die internationale Lage verschlechtert hat, und fährt dann fort:

„In der Hoffnung, daß die Elemente der Vernichtung bald mehr ruhigen Zuständen Platz machen werden, ist die kaiserliche Regierung der Meinung, daß es schon jetzt möglich sei, an einen Ideen-austausch heranzugehen, um Mittel zu finden, den fühlbar zunehmenden Rüstungen zu Wasser und zu Lande ein Ziel zu setzen, eine Frage, deren Lösung mehr und mehr dringlich wird.“ Erster Punkt des Programms war, ein Übereinkommen zu suchen, um die gegenwärtigen See- und Landkräfte nicht zu erhöhen, und eine vorläufige Unternehmung anzustellen über die Wege, auf denen sich sogar eine Verminderung der Streitkräfte erreichen läßt. Das war der ursprüngliche Gedanke des Manifests. Vergleichen wir dieses Programm mit dem Ergebnis der Konferenz, so müssen wir sagen, die Konferenz hat vollkommen Mißlingen gemacht. Meine Partei hat freilich zu ihr niemals Vertrauen gehabt. Wir sind der Meinung gewesen, daß die **heutigen Regierungen**, die ja nur die herrschenden Klassen vertreten, die sich voller Vorurteile, voller Chauvinismus gegenüberstehen, das **Wort des Friedens nicht fördern können**. Aber wie hat sich unsere Regierung noch dazu dieser Konferenz gegenüber verhalten! Sie hat eine Deputation entsandt, die in keiner Weise geeignet war, die Ideen, um die es sich handelte, zu fördern. Seiner Zeit hat die deutsche Regierung die Aktion des russischen Kaisers begrüßt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte im Ende August vorigen Jahres einen Artikel unter der Überschrift: **„Weltfrieden“**. In diesem Artikel, der die Ansicht des Auswärtigen Amtes wieder gegeben hat, hieß es:

Wenn jetzt aus dem Munde des russischen Kaisers der Ruf ertönt, dem Frieden neue, Sicherheit verbürgende Grundlagen zu geben, so wird das friedliebende Deutsche Reich die Hand, die ihm entgegengehalten wird, gern ergreifen, und sollten sich Schwierigkeiten ergeben, so wird es sich umsonst bemühen, das hochherzige Programm des Zaren Nikolaus durchzuführen.

Nachher hat man noch nicht einmal geeignete Delegierte nach der Haager Konferenz geschickt. In den Militärischen hat man Vertreter der Wissenschaft hingeschickt, die aber noch militärischer gestimmt waren als die Militärs. Der eine der Herren, Prof. v. Stengel, hat sein Befähigungsgewissen für die Forderung des Friedensworts mit einer Schrift erbracht, die sich **aufschärft gegen die Haager Konferenz ausdrückt**. (Hört! hört! links.) Herr v. Stengel weist in seiner Proklama darauf hin, daß schon in der Bibel der Krieg als Bestandteil der göttlichen Bestimmung steht. Darüber will ich aber gar nicht weiter reden. Sehr charakteristisch für die Denkweise dieses Herrn ist es jedenfalls, wenn er bei der Besprechung des russischen Worts über den ewigen Frieden meint, Kant habe sein Buch gar nicht ernst gemeint, es sei nur eine ironische Arbeit. Das zeigt doch, daß Herr v. Stengel die philosophischen Gedanken eines Kant nicht im entferntesten begriffen hat. Er beknüpft sich in seiner Schrift über Mitglieder der Friedensgesellschaft, über dieselben Personen, aus deren Werken der russische Zar die Anregungen zu seinem Manifest geschöpft hat: es seien phantastische Personen. Da muß man sich nur wundern, daß er sich über den russischen Kaiser nicht ein ähnliches Urteil erlaubt. (Sehr richtig! links.) Herr v. Stengel kommt zu dem Resultat, daß **alle solche Friedensbewegungen zwecklos, wenn nicht kindisch seien**, weil das angestrebte Ziel niemals erreicht werden könne. Schließend spricht er sich über das **Natienmanifest** sehr deutlich aus: **„Man weiß nicht, ob es mehr Wahnsinn oder Verbrechen ist, wenn bei solcher Lage der Dinge dem deutschen Volk der ewige Friede gepredigt wird.“** (Hört! hört! links.) Auf Grund einer derartigen Schrift ist Prof. v. Stengel zum Delegierten der Haager Konferenz gewählt worden. Man könnte seine Wahl noch begreifen, wenn er vielleicht meinte, mit einem Schlag e könne das Ideal des Weltfriedens nicht erreicht werden. Aber eine Verleumdung dorthin zu schicken, der die feste Ansicht hat, die Friedensbestrebungen zu durchkreuzen, das ist doch ein empörender Vorfall. Da ist es kein Wunder, wenn die Konferenz Gegenstand des Spotts geworden ist. Herr v. Stengel geht ja in seiner Militärfreundlichkeit so weit, daß er dem deutschen Reichstag Vorwürfe macht, weil er nicht jede Militärvorlage unbedenken willig, sondern weil er sie jedesmal erst auf ihre finanzielle Tragweite prüft. Herr v. Stengel sagt auch, hoffentlich werde die Friedensbewegung für die Haltung der Reichsregierung nicht maßgebend sein. Die Regierung teilt also die Theaterbühne in zwei Abteilungen. Auf der einen Seite macht sie Komplimente gegenüber dem Manifest des Zaren, auf der andern Seite hören wir von ihr das **Evangelium der unerlösten Sünde**.

Auch der **deutsche Kaiser** hat zunächst zu den Friedensgedanken des russischen Herrschers keine Zustimmung ausgesprochen, aber schon am 3. Februar vor J. beim Diner des brandenburgischen Städtetags erwärmt er sich für den Frieden, der hinter dem Schild und unter dem Schwert des deutschen Reichs steht.

Wir kommen zu dem Ergebnis, was innerhalb eines Staates möglich ist, soll in den Beziehungen der Völker unmöglich sein. Während der barbarische Krieg eines Menschen mit dem andern innerhalb unserer einzelnen Staaten beschränkt ist, bleibt der Krieg in der Staatenwelt vollständig erhalten. Aber wenn man an das Ideal des dauernden Völkerfriedens nicht glaubt, dann spreche man es wenigstens aus, damit Wahrheit herrscht. Für blugig hielt ich auch die sogenannte **Kriegspartei** nicht. Die Frage ist aber, ob das System, das bei uns herrscht, nicht notwendig zum Kriege führen muß. Jedenfalls treibe man nicht eine Politik, wie ich sie eben gekennzeichnet habe, wo man auf der einen Seite von **Frieden spricht** und auf der andern Seite die **Kriegsbedingungen verhärtet** und die Gegenparte verhärtet. Ehrlich ist eine solche Politik nicht. (Sehr richtig! links.)

Und wie sich die deutsche Regierung verhalten hat, so haben sich wenigstens ähnlich, auch andre Regierungen verhalten; kein Wunder, wenn die Konferenz resultatlos verlaufen ist. Es ist ein charakteristisches Zeichen, daß sich im Jahre der Friedenskonferenz die Kriegsrüstungen mehr wie sonst gesteigert haben. Gerade die

civilisiertesten Nationen rüsten am meisten. Alle Regierungen, die sich bemüht haben, eine Konferenz zu Stande zu bringen, haben ruhig zu, wie der Krieg gegen die Voeren mitwilling vom Jaun gebrochen wurde. Das ist geradezu ein **skandalöses Verhalten der Regierungen**. Zu derselben Zeit, wo im Haag die Konferenz tagte, ist bei uns der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes zu den Großindustriellen geeilt, um zu fragen, ob genügend Material vorhanden sei, damit die Regierung neue Rüstungen vornehmen könne.

Ich glaube, dieses seltsame Gebahren hier einmal kritisieren zu sollen. Ich hoffe nicht, daß, wenn in Zukunft weitere internationale Konferenzen abgehalten werden sollten, die deutsche Regierung wie die andern Regierungen den Friedensgedanken fördern werden. Der militaristische Zustand kann nicht durch die heutigen Regierungen beseitigt werden. So lange das kapitalistische System im Innern unseres Reichs und zwischen den Völkern besteht und so lange man diesem System nicht zu Leibe geht, ist es nicht möglich, die Friedensbestrebungen zu realisieren. Was ich aber hoffe und wünsche, ist, daß die Regierung in Zukunft mit **offenen Karten spielen** möge. Dann werden wenigstens die Völker wissen, von den heutigen Regierungen haben wir nicht zu hoffen und zu erwarten, daß die Kriege je beseitigt werden. Sie werden wissen, die heutigen Regierungen können nichts Besseres schaffen, es wird bleiben bei dem heutigen System der Rüstungen und Verwüstungen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Bälou:

Ich gestehe, daß ich nicht erwartet hatte, daß die Haager Konferenz hier so eingehend zur Sprache gebracht werden würde. Ich bin dem Herrn Vorredner aber dankbar, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, die Stellung der Deutschen Reichsregierung in dieser Frage klar zu legen. Unsere allgemeine Stellung ging hervor aus unserer ganzen bisherigen Politik, die immer und zumeist gerichtet ist auf die Erhaltung des Friedens. Wir haben unsere Rüstungen zu Lande und zu Wasser immer nur zu dem Zweck vervollständigt, um unser Territorium und unsere wohlverworbenen Rechte gegen feindliche Angriffe zu schützen; von unserer Seite ist der Frieden nicht gestört worden. Für das Gegenteil können wir aber keine Garantie übernehmen und gegen eine nicht abgeschlossene Möglichkeit müssen rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden. — Also bei den friedlichen Tendenzen unserer Politik haben wir dem Vorschlag Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, der dem Frieden dienen will und davon ausgeht, daß jeder die Rechte des andern zu achten habe, selbstverständlich nicht nur keinen Augenblick irgend welche Schwierigkeiten in den Weg gelegt, sondern wir haben diesen Vorschlag bereitwillig angenommen, nachdem festgestellt war, daß durch die Konferenzverhandlungen der territoriale status quo (bis herige Bestand) der beteiligten Mächte nicht tangiert werden sollte. Wir haben uns an den Verhandlungen eifrig und, wie ich wohl sagen kann, mit gutem Erfolge beteiligt. Ueber unsere Haltung zu den verschiedenen auf der Konferenz behandelten Fragen möchte ich aus dem Circular, das ich an meine Missionen im Auslande gerichtet habe, das folgende verlesen. Vorher will ich nur noch erwähnen, daß die Konventionen und Deklarationen der Konferenz von unserer Seite nur deshalb nicht sofort unterzeichnet worden sind, weil sie zunächst einer eingehenden Prüfung durch die beteiligten Centralbehörden im Reich und im preussischen Staatsministerium unterzogen worden sind. Nachdem diese Prüfungen keine Bedenken ergeben hatten, sind die Beschlüsse von deutscher Seite unterzeichnet worden. Es werden auch veröffentlicht werden und wir werden die Ehre haben, sie dem hohen Hause zu unterbreiten, sobald die Ratifikation derselben stattgefunden haben wird. Wir hatten unsere Teilnahme zugesagt, wenn und solange alle übrigen Großmächte dabei wären, zugleich hatten wir die ausdrückliche Voraussetzung gemacht, daß eine Minorität auf der Konferenz nicht verabschiedet sein könnte, sich einem Votum der Majorität zu unterwerfen. Die deutschen Delegierten waren ferner angewiesen, an allen Beratungen teilzunehmen, und ferner, nicht nur mit ihren österreichischen und italienischen Kollegen Fühlung zu halten, sondern auch den russischen Delegierten, soweit angänglich, entgegenzukommen zu zeigen. (Sehr gut! rechts.)

Was nun also unsere Stellung zu den einzelnen Fragen angeht, so waren wir gerne bereit, alle Anträge zu fördern, welche wirklich geeignet erschienen, der Humanität und dem Frieden zu dienen, es gab aber auch solche, welche eher geeignet waren, einen Krieg zu erleichtern. Auf dem Gebiet der Beschränkung der Rüstungen konnten wir im Bewußtsein der Verantwortung für das deutsche Volk keine Konzessionen machen, welche die Wehrfähigkeit der Nation beeinträchtigen hätten. Das verstand sich für uns von selbst. Dieser Standpunkt ist von uns auch ungeachtet zum Ausdruck gebracht worden und hat auch allgemeine Zustimmung gefunden. Dagegen haben die deutschen Delegierten sich den Vorschlägen der ersten Kommission rückhaltlos angeschlossen und auch an den Beratungen über die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seekrieg haben sich die deutschen Delegierten in hervorragender Weise beteiligt. Ich möchte auch erwähnen, daß wir im Hinblick auf die Inzuchtigkeiten, die sich aus den anfänglichen unbedachten Veröffentlichungen ergaben, Veranlassung genommen haben, durch unsere ersten Delegierten den Antrag auf Veröffentlichung der Protokolle einzubringen. Dieser Antrag ist aber von den andern Mächten nicht angenommen worden.

Was die Frage der Schiedsgerichte anlangt, so haben wir einer obligatorischen Arbitrage nicht zustimmen können aus der Ueberzeugung heraus, daß ein unabhängiger Staat für sich selbstzweck ist. Wir müßten die salus publica des deutschen Volkes vor allem berücksichtigen, und konnten uns deshalb einen Schiedsgerichts nicht in Fragen unterwerfen, die unsere staatliche Existenz berühren, sondern höchstens in untergeordneten Fällen und wir müßten uns allein die Entscheidung darüber vorbehalten, ob in concreto das erstere oder letztere der Fall sei. Dagegen haben wir den Vorschlag auf Errichtung eines permanenten internationalen Schiedsgerichts unter der Bedingung der Befreiung jeder obligatorischen Arbitrage und der Bedingung der Erhöhung der Zahl der Schiedsrichter angenommen. Eine Befreiung vitaler deutscher Interessen ist nunmehr von dieser Einrichtung nicht mehr zu befürchten. — Unsere Gesamthaltung kann ich dahin zusammenfassen, daß wir, soviel an uns lag, für die großen Ziele der Konferenz eingetreten sind unter voller Wahrung der Interessen des deutschen Volkes. Eingedenk, daß die Wohlthat des deutschen Volkes unser oberstes Gesetz ist und bleibt, haben wir unser Verhalten dort so eingerichtet, daß unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten durch die Friedenskonferenz nicht nur nicht geschädigt, sondern gekräftigt sind. Das ist ein Beweis, daß Deutschland nicht fehlt, wo es sich um humanitäre Interessen handelt.

Was unsere Delegierten anlangt, so ist es keiner fremden Regierung beigemessen, in dieser Beziehung an unserer Wahl irgend welche Kritik zu üben. Der Umstand, daß der eine der Delegierten in einer inneren deutschen Frage sich auf die Seite seiner Regierung gestellt hatte, konnte ihn in den Augen der übrigen Regierungen durchaus nichts schaden. Uebrigens freut es mich, mitteilen zu können, daß der betreffende Delegierte sich im Haag durch sein tatvolles Auftreten die allgemeinen Sympathien erworben. Die deutsche Stimme ist stets von unseren ersten Delegierten abgegeben worden auf Grund der Instruktionen, welche er von mir erhielt.

Hr. Liebermann von Sonnenberg (Antif.):

fragt an, wie weit die Verhandlungen über die Entschädigungen der auf Samoa geschädigten Deutschen gediehen sind und ob die Entschädigung, zu der sich England wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe verpflichtet hat, bereits erfolgt ist. Redner erbittet Auskunft über das Verhalten des Konsuls Drey in Chicago, er soll einen Herrn Halle eine Ordensauszeichnung verweigert haben, der in der „Chicagoer Tribune“ die schmachvollsten Majestätsbeleidigungen veranlaßt hat. Der Gesandte von Holsten habe sich bei dieser Angelegenheit seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. In dem Prozeß Wolff contra Birch sei es zur Sprache gebracht worden, daß wichtige

politische Nachrichten, die auf die Worte von Gungl sein können, dem Hause Reichsbesitzer zur Kenntnis vorgelegt werden müssen, ehe sie des Reichs Bureau veröffentlicht. Das Haus Reichsbesitzer als Compagnon des Deutschen Reichs ist ein unerwünschter Zustand. Merkwürdig sind auch die Beziehungen des auswärtigen Amtes. Mit an Degerer grenzender Gleichgültigkeit werden die Auslandsstimmen über Reden bei uns veröffentlicht, die Herr v. Bülow zu halten geruht. Man kann das belästigende Gefühl nicht los werden, daß es schmerzhaft wäre, wenn einmal Graf Bülow verhindert sein sollte, eine vorbereitete Rede hier zu halten. Es könnte sonst dasselbe passieren, was der Nordd. Allg. Ztg. einmal passiert ist, als sie über eine Debatte vorstellend berichtete, die im letzten Augenblick abgesetzt war. (Große Heiterkeit.) Ich habe neulich unter englisch-englischen Bekanntschaften Ausdruck gegeben, Herr Bebel hat das als lächerlich bezeichnet. Ich habe aber das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Freunde des Herrn Bebel hinter mir. (Lachen links.) Abg. Fürst v. Bismarck hat zwar auch Herrn von Bülow gelobt, aber er wird es begreiflich finden, daß ich zwischen seinem großen Votum und Herrn von Bülow noch einen Unterschied finde. Herr Bebel meinte, ein Krieg mit England wäre für uns das größte Unglück und Herr Tirpitz trat ihm darin bei. Ich kann das nur eingeschränkt zugeben. Schlimmer als ein solcher Krieg wäre es, wenn wir unsse nationale Ehre ruhig von England beschimpfen lassen müßten. (Sehr richtig, rechts.) Im übrigen beanstande ich das Gehalt des Staatssekretärs nicht.

**Unterstaatssekretär Hr. v. Nischhofen:**  
In der Samen-Angelegenheit hat der König von Schweden das Schiedsrichteramt übernommen. Seinem Schiedspruch werden wir uns unterwerfen. England hat wegen der Entschädigung der Reichsflaggen die Schiffe sich noch nicht anerkennen lassen, weil ihm von uns die Ansprüche noch nicht zugegangen sind. Diese sind noch nicht festgestellt. Ueber den Inhalt amerikanischer Zeitungen brauchen wir uns nicht aufregen. Herr Halle ist der einflussreichste Deutsch-Amerikaner des Westens, er war Präsident des Deutschen Vereins während der Ausstellung in Chicago. Daher die Lebens-Verordnung. Das Auswärtige Amt hat mit dem Bureau Wolff die besten Erfahrungen gemacht. Die Vermuthungen des Vorredners sind ganz unbegründet.

**Abg. Dr. Böckel (Antik.):**  
Der Friedenskontract war nichts weiter als eine Komödie. Wäre er das nicht gewesen, so wäre der Krieg in Südafrika nicht möglich gewesen. Die Engländer haben ganz brutal gehandelt, sie haben sich Verhandlungen zu Stande kommen lassen und die Kriegsgefangenen ins Gefängnis geschickt. Warum hat Deutschland nicht interveniert? Der Krieg hätte vielleicht verhindert werden können, dieser Krieg, der aus Selbstinteresse begonnen worden ist. Die Seele des Kriegs ist Cecil Rhodes, auf sein Haupt fällt das Vial des Kriegs, auf ihn und Herrn Chamberlain. Wie war es möglich, daß dieser Cecil Rhodes vom Auswärtigen Amt empfangen werden konnte. Diese schamlosen Börsen-Jobber werden vom Auswärtigen Amt empfangen. Stuß das deutsche Volk nicht glauben, wie sehr es eine Börsenliste verlangt? Cecil Rhodes ist nicht nur Börsenjobber, sondern auch englischer Imperialist. Er will Afrika englisch machen, vom Kap bis Kairo. Solchen Leuten gehört bei uns der Stuhl vor die Thür. Die Boeren sind uns haamverwandt, wir haben an ihrer Unabhängigkeit das größte Interesse. Ich frage die Regierung, bestehen Beziehungen zwischen ihr und Cecil Rhodes und welcher Art sind diese Beziehungen? (Berechtigter Beifall rechts und bei den Antikisten.)

**Abg. Bebel (Soe.):**  
Herr Liebermann v. Sonnenberg hat davon gesprochen, daß ich als wütender Bär gegen Afrika rede, aber bei näherem Zusehen befindet sich unter der Löwenhaut kein Bär. Wenn ich ihm auf das Gebiet der Vergleiche aus der Tierwelt folgen wollte, so würde ich ihn nicht mit einem Löwen sondern lieber mit einem zahlosen Fuchs vergleichen. (Große Heiterkeit.) Ich befinde mich mit ihm in Uebereinstimmung, sowohl die Sympathie für die Boeren in Frage kommt, doch kann ich aber an seiner Engländer-Feindschaft auch heute keinen Grund finden und mit mir glaube ich ein großer Teil des deutschen Volkes. Herr Liebermann meinte, seine Engländerfeindschaft werde vom Droschkenführer bis zum Minister, vom Kladderadatsch bis zur Arzney-Zeitung geteilt. Darin irrte er sich. Die Stimmung in Droschkenführerkreisen ist mir nicht genau bekannt, über die Stimmung in Ministerkreisen ist ich anders unterrichtet und auch die „Arzney-Zeitung“ hat mit mir gerade in dieser Frage die gleiche Ansicht. Bei aller Sympathie für die Boeren legt sie doch stets Gewicht darauf, die Freundschaft mit England nicht in die Brüche gehen zu lassen. Wenn Herr Liebermann uns schon mit England in einen Krieg verwickelt sieht, so hat er wohl eine Ueberzeugung ausgesprochen, an die er selbst nicht glaubt.

**Vizepräsident v. Frege:** Herr Abg. Bebel, Sie dürfen einem Mitgliede des Hauses nicht unterlegen, daß er an eine von ihm ausgesprochene Ueberzeugung selbst nicht glaube. (Große Heiterkeit.)

**Abg. Bebel (fortfahrend):** Nun noch einige Worte über die Friedenskonferenz, die mein Freund Gradnauer schon behandelt hat. Der Staatssekretär meinte, den deutschen Delegierten sei von allen Vertretern fremder Nationen die allergütigste Rücksicht zu Teil geworden. Das glaube ich schon. In der Konferenz haben wohl nur so wohlgezogene Leute teilgenommen, daß sie, auch wenn sie böse Gemüthungen gegen die deutschen Delegierten gehabt haben, dies nicht haben merken lassen. Gerade bei den Diplomaten ist ja auch die Sprache dazu da, die Gedanken zu verbergen. (Heiterkeit.) Der Staatssekretär hat dann gemeint, die abweichende Meinung des Herrn v. Stengel in einer inneren deutschen Frage hätte seinen Grund für die Nichtentbindung zur Haager Konferenz gegeben können; aber auch der zweite Delegierte, Herr Professor Jörn ist ein Mann, der sich gegen den Grundgedanken des russischen Manifestes in scharfer Weise erklärt hatte, und es ist merkwürdig, daß unter all den deutschen Staatsrechtsgelahrten gerade diese beiden Herren ausgewählt worden sind. (Wied. es doch darunter sehr viele, die auf dem entgegengelegten Standpunkt stehen. Bismarck, Holtyendorff, Obering haben das Ziel, das der Zar sich in seinem Manifest gesetzt hatte, für sehr wohl möglich erklärt. Herr Staatssekretär Graf Bülow hat wieder den alten Standpunkt vertreten: si vis pacem, para bellum. Aufgabe der deutschen Regierung wäre es aber gerade gewesen, den guten Willen zu zeigen, den Gedanken des Manifestes zur That werden zu lassen. Ich habe bei der Lektüre der Berichte über die Konferenz mir immer gefragt, da sind wieder einmal die Argumente beibringen, die den Antikisten erweisen wollten, als handle es sich bei den Verhandlungen um die höchsten Güter der Menschheit, aber in Wahrheit nur den Herrschaftsgelüsten ihrer Regierung Vorschub leisten. Graf Bülow sagte: „Wir konnten die Weisheit Deutschlands nicht in Frage stellen.“ Nur unter dieser Voraussetzung hätte man an den Verhandlungen teilnehmen können. Ich gebe zu, daß die Frage der Abklärung eine sehr schwierige ist, aber sie ist nicht unmöglich, und gerade wir hätten doch einmal den ernsthaften Versuch wachen müssen, ob mit den Klüngen eingehalten werden könnte. Darauf hat man sich aber abgesetzt nicht eingelassen, denn in diesem Verhalten erblickte man von vornherein Eingriffe in die Selbständigkeit der einzelnen Staaten. Die Verhandlungen waren weiter nichts als eine Spielerei, sie waren nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben worden sind. Dabei hätte ich auch die Errichtung von internationalen Schiedsgerichten für durchaus möglich. Solch ein Schiedsgericht, das von allen Kulturnationen gebildet würde, wäre ein großer moralischer Faktor. Ein Staat, der einem Schiedspruch entgegen doch einen Krieg provoziert, würde sich von vornherein ins Unrecht setzen, und schon diese Voraussetzung wird ihn schwer veranlassen können, zum Krieg zu führen. Herr Abg. Böckel hat ganz recht, wenn er die Haager Konferenz eine Komödie nannte, er mag sich nur hinzusetzen, daß die deutsche Regierung eine Hauptrolle bei dieser Komödie gespielt hat. Auch ich glaube, es wäre möglich gewesen, den Boerenrecht zu verhindern, wenn man im Haag ernstlich gewillt gewesen wäre, den Frieden zu fördern. Andererseits muß ich sagen, nach dem Verlauf der Konferenz müßte jede Vermuthung von vornherein als ansichtslos erscheinen. Aus der ganzen Konferenz ist nichts weiter heraus-

gekommen, als eine Art Humanisierung des Krieges. Die aber hätte auch ohne so großen Apparat erreicht werden können. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

**Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antik.):**

Ich danke der Regierung für die Auskünfte auf meine Anfragen. Die Nachrichten, die ich über Herrn Halle bekommen habe, widersprechen denen des Herrn v. Nischhofen. Die Angelegenheit des Volksschen Bureaus halte ich noch nicht für erledigt. Der Fall eignet sich zu weiterer Untersuchung. Herr Bebel hat mich mit einem zahlosen Fuchs vergleichen. Ich acceptiere den Vergleich mit einem so treuen, tapferen Tier gerne (Große Heiterkeit), im übrigen aber hoffe ich, Herrn Bebel noch oft den Beweis zu liefern, daß ich noch beizugehen kann. (Erneute Heiterkeit.) Aber auch ein zahloser Fuchs würde immer noch mit einem Vogel fertig werden, der sich fortwährend mausert. (Große Heiterkeit.) In der Boeren-Sympathie ist ja Herr Bebel mit mir einig, England nimmt aber diese Boerenfreundlichkeit sehr übel. In gewisser Beziehung könnte ich also meinerseits Herrn Bebel einen „John-Bullenbeißer“ nennen. (Heiterkeit.) Daß Herr Bebel die englischen Verhältnisse besser kennt, als ich, gebe ich zu, er korrespondiert ja sogar mit englischen Bischöfen, nur findet er im geeigneten Augenblick die Weiche nicht. (Sehr gut! rechts.) Er möge mir aber glauben, daß die Stimmung im deutschen Volk so ist, wie ich sie geschildert habe. Gegen diese Stimmung wird Herr Bebel mit all seiner Beredsamkeit nicht ankommen, zumal er wirklich schon etwas passé oder nun deutlich zu reden, eine vorübergehende Erscheinung ist. (Große Heiterkeit.)

**Abg. Kirch (C.):** fragt an, ob der Vertrag, den Preußen mit Oesterreich im vorigen Jahre über die Grenzveränderung an der Preuss. abgegeschlossen hat, dem Reichstag nicht vorgelegt werde. Der Reichstag müßte seine Zustimmung dazu geben, da es sich um eine Veränderung des Reichsgebietes handele.

**Unterstaatssekretär Hr. v. Nischhofen:** Die Genehmigung des Reichstags wird seiner Zeit eingeholt werden. Besondere Beschleunigung war nicht nötig, da der Vertrag seitens Oesterreichs noch nicht genehmigt ist.

**Abg. Anwert (Soe.):**  
Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Angelegenheit lenken, die in engster Beziehung mit der amerikanischen Zoll-Politik steht und leicht zu Erörterungen im Repräsentantenhaus führen kann. Von deutscher und amerikanischer Seite sind wiederholt dänische Versicherungen gegeben worden, unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen seien besser Natur. Die härtesten Ausdrücke sind da von beiden Seiten geäußert worden. Die guten Früchte dieser gegenseitigen Beteuerungen sind auch in gewisser Beziehung nicht ausgeblieben. Im April 1899 bekamen wir den Vertrag über die Stabellung, im September 1899 einen besseren Postpaket-Vertrag, zuletzt die Erlaubnis der Gründung von amerikanischen Versicherungsgesellschaften auf deutschem Gebiet. So sehen die Dinge aus vor den Consulen. Dieser freundschaftlichen Politik steht die konservativ-agrarische Partei energisch entgegen, fortwährend sieht sie einen Kleinrieg gegen die Einfuhrung amerikanischer Erzeugnisse. Das letzte Zeugnis dafür sind die Verträge, das Fleischschau-Gesetz so umzuwandeln, wie es den Agraristen gefällt. Nun ist es merkwürdig, daß seitens der Beamten-Gewerkschaft diese Behauptungen der rechten Seite ausgiebig unterstützt werden, offiziell und geheim. Es thut das Beamte, die Schulter an Schulter mit dem Grafen Bülow hier stehen als Vertreter der Regierung. Ich habe hier ein Schreiben vor mir, welches folgendermaßen lautet: (Den Wortlaut finden die Leser im politischen Teil des Blattes.)

Kas der Zeitung, die Angelegenheit streng vertraulich zu behandeln, spricht wohl das höchste Gewissen. Was hat das ganze Ding aber für einen Zweck? Derselbe Freiherr von Rheinbaben, der am 23. Januar 1900 im Abgeordnetenhaus sagte, daß die Regierung über den Paricira zu stehen habe, stellt sich hier einfach in den Dienst einer Partei. Ich frage den Grafen Bülow, wie diese Art Politik übereinstimmt mit seiner Versprechung vom 12. Dezember 1899: „Unsre auswärtige Politik ist aufrichtig, wir treiben lediglich deutsche Politik.“ Ich frage, ist das eine Politik der Aufrichtigkeit? Wenn die Nordamerikaner uns gegenüber so handelten, würden wir da kaltblütig und ruhig zusehen? Dann liegt die Frage nahe, ob es noch mehr dergleichen Geheimnisse giebt. Und weiter: Ist der Unterzeichner ons eigen Initiative gehandelt. Die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu Nordamerika kann gar nicht bestritten werden. Zwei groß angelegte Kulturkriege, die auf einander angewiesen sind, sollte man nicht durch solche Handlungen in Gegensatz bringen? Herr v. Rheinbaben hat der Socialdemokratie den Hebelhandlung hingeworfen, er mag nur so fortfahren, er agitiert für uns; des halb habe ich die Sache nicht zur Sprache gebracht, ich will mir, daß etwas, was im geheimen geschieht, geteilt werde. Dieser Geheimvertrug erschreit mir wie ein Produkt einer zweideutigen und in der That treulosen Politik.

Was wäre Neutralität im Südamerikanischen Krieg betrifft, so finde ich es sonderbar, daß deutsche Offiziere zwar attackiert sind bei der englischen Armee, aber nicht bei den Boeren. Einen schamlosen Handel mit der Krupp-Fabrik hätten wir zu hande kommen sehen, wenn nicht das kleine socialdemokratische Blatt in Offen rechtzeitig Alarm geschlagen hätte. Und scheint es nicht dem Staatssekretär als moralische Unterstützung eines übermächtigen Gegners, daß er seiner Zeit die Englandfahrt unternommen hat? Gewiß wollte er neutral bleiben, aber Chamberlain hat diese Absicht verhindert. Nicht bloß für eine moralische Unterstützung, sondern für eine direkt materielle Unterstützung halte ich es, wenn Großwürdenträger des Reichs direkt zu dem Haupte der Engländer für die Kriegsführung beigezeichnet haben; das hat der reuhsche und der nachdenkungs-streuliche Monarch gethan.

Im Schluß spreche ich die Hoffnung aus, daß unser Auswärtiges Amt stets ehrlich und nüchtern sein möge im Gegenich zu aller Weltmacht und Ideen-mensch. Wenn wir feuern, sehen wir am Flottengesetz, die weiteren Folgen können keine andern sein, als der Konflikt nach innen und nach außen. In diesem Konflikt wird der Bundesrat auf Seiten der Dynastien stehen, der Reichstag aber möge sich dorthin stellen, wohin er gehört, auf Seiten des Volks und insbesondere des arbeitenden Volks. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Der Titel „Staatssekretär“ wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel **Gesandtschaften und Konsulate**, Titel **Konstantinopel**, kommt

**Abg. Haffe (nat.)** auf die Bogadbadan zu sprechen und warnt, allen große Erwartungen und Hoffnungen an die Konzession zu knüpfen. Es handelt sich dort durchaus nicht nur um deutsche, sondern auch um französische Interessen. Man hätte daher dafür sorgen müssen, daß bei dem Betriebs- und Beamtenpersonal das französische Element nicht überwiegt. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel **„Entsendung Land- und forstwirtschaftlicher Sachverständiger ins Ausland“** weist

**Abg. Dr. Paasche (nat.)** darauf hin, daß man mehr Sorgfalt auf Auswahl geeigneter Personen legen möge. Die Berichte, die von diesen Sachverständigen eingehen, sind durchaus nicht alle gleichwertig. Es wäre erwünscht, wenn eine Centrale im Reichsamte des Innern geschaffen werden könnte, an welche diese Berichte eingehen und die sich überaupt für alle landwirtschaftlichen Fragen interessieren müßte.

**Abg. Hr. v. Wangenheim (L.)** wünscht, daß recht bald eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Sachverständigen eintrete.

Unterstaatssekretär **Hr. v. Nischhofen** erklärt das Bedürfnis nach Vermehrung von Kräften an und will bestrebt sein, ihm Rechnung zu tragen.

Damit schließt die Diskussion, der Titel wird bewilligt.

Beim Titel **„Konsulat in Neapel“** beantragt

**Abg. Dr. Haffe (nat.)** die Kürzung des Zuspruchs für das Konsulat in Neapel. Der Titel wird bewilligt.

Der Rest des Ordinariums wird ohne wesentliche Debatte erledigt, ebenso das Extra-Ordinarium und die Einnahmen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Marine-Etat in zweiter Lesung) Schluß 5/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Unfallversicherungs-Kommission.

Die Sitzung am Donnerstag wird eröffnet durch eine Erklärung des Staatssekretärs des Innern gegen eine Zeitungsnote, die behauptet, daß der Bericht der badischen Gewerbe-Inspektion nicht mehr selbständig, sondern nur noch als Anhang zu den preussischen Berichten und unter preussischer Censur erscheinen soll. In dieser Meldung, so versicherte Graf v. Posadowski, sei nichts Wahres. Veranlassung zu dieser Erfindung habe wohl ein Rundschreiben gegeben, dessen Wortlaut der Minister verliest. In demselben werden die Landesregierungen auf die im Reichstage ausgesprochenen Wünsche, daß die Berichte der Gewerbe-Inspektionen vom Reich im Wortlaut herausgegeben werden, aufmerksam gemacht und ersucht, mit dem Druck der Berichte nicht schon jetzt zu beginnen, um vorher eine Verständigung über die zu wählende gemeinsame Form der Berichte herbeizuführen zu können.

Hierauf wird in die Beratung eines Antrags Köstle (Dessau) eingetreten, durch den die Genossenschaften verpflichtet werden sollen, über die Ueberwachungsstätigkeit der Beauftragten und deren Ergebnisse dem Reichs-Versicherungsamt Bericht zu erstatten. Die Socialdemokraten erklären, daß auch sie für diesen Antrag stimmen werden, da er ja nichts schaden könne. In sächsischen sei jedoch, daß er jetzt, nachdem die Arbeiter von der Mitwirkung bei der Ueberwachung der Betriebe vollständig ausgeschlossen seien, auch nichts nützen werde. Er diene nicht nur hinter dem entsprechenden Antrage der Socialdemokraten, sondern auch hinter dem zurück, was zum Beispiel von den sachkundigen Vertretern des Reichs-Versicherungsamts gefordert worden war. Auch die Regierung giebt zu, daß der Antrag recht bedeutungslos sei. Graf v. Posadowski verspricht jedoch, sich dafür zu verwenden, daß die Berufs-genossenschaften möglichst gute Berichte herausgeben und dann das Reichs-Versicherungsamt alles brauchbare Material daraus veröffentlichen. Schließlich wird der Antrag Köstle einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag des Abg. Köstle (Dessau) will den Genossenschaften ein gewisses Einspruchsrecht gegen solche Anordnungen der Gewerbe-Inspektoren, welche sich nicht mit den Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufs-genossenschaften decken. Die Socialdemokraten erklären sich gegen diesen Antrag, der nur die Wirkung haben könnte, die Autorität der Gewerbe-Inspektoren den Berufs-genossenschaften gegenüber noch mehr herabzudrücken. Kommen Konflikte zwischen den Unfallverhütungs-Vorschriften und den Anordnungen der Gewerbe-Inspektoren vor, so hat schon nach den bestehenden Gesetzen jeder Interessent die Möglichkeit, Beschwerde dagegen einzulegen. Trotzdem wird auch dieser Antrag angenommen.

Ein dritter Antrag des Abg. Köstle fordert sogar ein Erklärungsrecht für die Berufs-genossenschaften gegen die zur Verhütung von Unfällen erlassenen Polizei-Verordnungen, und zwar in allen Fällen, also auch dann, wenn die Interessen der Berufs-genossenschaften gar nicht berührt sind. Dies geht denn doch den Regierungsvertretern zu weit, sie raten dringend von der Annahme des Antrags ab, der hierauf zurückgezogen wird.

Die Socialdemokraten beantragen im weiteren Verlauf der Verhandlungen die Aufhebung der Landesversicherungs-Kemter, da kein Grund vorliegt, auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungen einen Gegensatz zwischen den einzelnen Bundesstaaten zuzulassen. Das Reichs-Versicherungsamt solle seine Thätigkeit auf das ganze Reichsgebiet ausdehnen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

In dem Abschnitt über „Arbeits- und Staatsbetriebe“ liegt ein socialdemokratischer Antrag vor, nach dem die Feststellung der Entscheidung für die in diesen Betrieben vermittelten Personen, unter Hinzuziehung von Arbeitervertretern erfolgen soll. Der Antrag wird ohne weiteres niedergelegt.

Nächste Sitzung Freitag.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Kerzinnenfrage

wurde am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung behandelt, die der Verein Frauenstudium im Anschluß des Vorgehens des Geschäftsausschusses der ärztlichen Landesvereine gegen Massenärztinnen veranstaltet hatte. Bekanntlich hat das Polizeipräsidium infolge einer Denunziation des genannten Geschäftsausschusses verfügt, daß die Krankenkasse des kaufmännischen Hilfsvereins für weibliche Angestellte drei Kerzinnen, welche seither eine Praxis in dieser Kasse hatten, von der Liste streiche. Die Angelegenheit schwebt gegenwärtig noch beim Ministerium als Rekursinstanz.

Hr. Dr. jur. Anita Kugspurg, die als erste Referentin in der Versammlung auftrat, betonte, daß die Zulassung von Kerzinnen zur Massenpraxis nicht im Interesse der Kerzinnen, die ja eine mehr als ausreichende Privatpraxis haben, sondern im Interesse der weiblichen Massenmitglieder gefordert werde. Dann führte der zweite Referent, Dr. Babel, aus: Das Vorgehen der ärztlichen Landesvereine gegen die weiblichen Kollegen sei, wenn auch jenseitig zulässig, doch sachlich ungerichtet, weil die Kerzine sehr wohl wissen, daß die in der Schweiz ausgebildeten und geprüften Kerzinnen hinsichtlich ihres medizinischen Wissens den in Deutschland approbierten Kerzinnen vollkommen gleichstehen. Das Vorgehen sei aber auch moralisch verwerflich, denn es sei ja den Kerzinnen bekannt, daß es den Frauen seither nicht möglich war, in Deutschland Medizin zu studieren und die Prüfung abzulegen. Im übrigen sei das Verhalten der ärztlichen Landesvereine eine Dummheit, denn es verhehle den betreffenden Damen zu einem billigen Wartorium und schädige das Ansehen und die Sympathie der Kerzine beim Publikum. Die künstlerischen Bestrebungen der Landesvereine würden dem Kerzinnenstand nicht zum Segen gereichen. — Reichstags-Abgeordneter Müller-Sagan schloß sich dem Urteil der Vorredner an. Er verwies darauf, daß wohl ein Ueberfluß an Civilärzten herrsche, daß dagegen in der Arme 600 Arztstellen unbesetzt seien, weil man keine finden als Militärärzte zölsie. Die ärztlichen Landesvereine thäten besser, gegen diesen Ausschluß von Kerzinnen eines bestimmten Glaubens zu wirken, als sich gegen ihre wenigen weiblichen Konkurrentinnen zu wenden. — Die Notwendigkeit des Vorhandenseins weiblicher Massenärzine wurde durch Hr. Hermann, einem Vorstandsmitgliede der Krankenkasse des kaufmännischen Hilfsvereins begründet. Die Rednerin führte weiter aus, daß 1/7 aller Patientinnen ihrer Kasse die drei Kerzinnen in Anspruch genommen haben, obgleich die letzteren in einer für die Massenmitglieder nicht leicht zu erreichenden Stadtgegend wohnen. Viele Mitglieder seien gerade deshalb der Kasse beigetreten, weil sie hier Gelegenheit hätten, weibliche Kerzine zu konsultieren. — In der weiteren Debatte beteiligten sich noch eine ganze Reihe von Rednerinnen und Rednerinnen: Kerzine, Naturheilkünstlerinnen und Massenmitglieder. Sie alle stimmten im wesentlichen der Verurteilung des Vorgehens der ärztlichen Landesvereine zu. Nur Dr. med. Wescher hielt die vorliegende Angelegenheit nicht für so sehr erheblich, denn den im Auslande approbierten Kerzinnen — meinte er — sei ja jetzt Gelegenheit gegeben, auch in Deutschland die Staatsprüfung abzulegen und sich dadurch den männlichen Kollegen in jeder Hinsicht gleichzustellen. Darauf antwortete Fräulein Dr. med. Sigocinski, daß dies doch nicht so leicht auszuführen sei. Rednerin habe vor 11 Monaten beim Kultusministerium ein Gesuch um Rechtsprüfung in Oesterreich und Latein und Zulassung zur Staatsprüfung eingereicht, aber vor 14 Tagen habe sie die Antwort erhalten, daß die Verhandlungen über ihr Gesuch noch nicht abgeschlossen seien.

Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution, welche das Vorgehen des Geschäftsausschusses der ärztlichen Landesvereine gegen die Massenärztinnen bedauert und die Hoffnung ausspricht, daß der Ausschluß von weiteren Schritten in dieser Angelegenheit absehen möge, da es doch ein Akt der Loyalität sei, daß den

Verhimmeln während der Uebergangszeit zur Ablegung ihres Staatsexamens in Deutschland die Möglichkeit der Ausübung des Koffenprograis nicht genommen werde.

Die Petitionskommission des Reichstags hat beantragt, über die Petition des Bundes deutscher Frauenvereine in Leipzig auf eine einheitliche Gestaltung des deutschen Vereins- und Versammlungswesens wie eine Gleichstellung der Frauen auf diesem Gebiet, die bereits mehrmals

auf der Tagesordnung stand, ohne zur Verhandlung zu kommen, zur Tagesordnung überzugehen. Dagegen wird der Abgeordnete Richter beantragen, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu übergeben.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt. Pletschmann. Eignet sich nicht zur Aufnahme.

H. S. Duldung. Gibt es nicht. - R. Berlin. Ein gegen jemand (Schwebendes Verfahren wegen Hausfriedensbruch hindert nicht, doch derselbe zum Abgeordneten gewählt werden kann.

Köbeln. Das Jüten Ende Dezember 1899 gemachte Gehalt kann nicht mehr widerrufen werden, es ist ihr Eigentum geworden. - Confin. Sie dürfen Ihre Confin behalten, wenn Sie nicht. - S. 2. 30. Wenn Sie einen Vorteil davon haben: ja. - Melien S. J. 1. Ja. 2. Nein, der Arbeiter kann von der Polizei verlangen, das viele die Karte dem Arbeitgeber abnimmt und ihm übergibt. - W. S. Das ist zu spät.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 2. März.  
Opernhaus. Tennhäuser und der Gängerzug auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Deutsches. Der Probefandibot. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leipzig. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Harold. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Ein Kieferngehäusnis. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Friedrich. Anfang 8 Uhr.  
Westen. Der Bärenhäuter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Im Dummelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neubau. Die Dame von Wexlau. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen. Drei Paar Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Zeiss. Senare, die Gräberbraut. Anfang 8 Uhr.  
Belle Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.  
Victoria. Bertines Bilder. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Die Tante von Paris und der Probefandibot. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verführte Welt. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Hochheilen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage. Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.  
Zandstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Von den Alpen zum Vesuv.  
Im Götteraal: Dr. P. Schwahn: Geologische Wirkungen des Wassers und Windes. Täglich abends 8 Uhr (erwähnte Preise): Ganne Nite oder die Mitte Vabel.

### Schiller-Theater

(Wagner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Fröschweller. Schauspiel in 4 Akten von H. v. Wengel und Ferdinand Runkel. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Prophezei. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: In Behandlung. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Raubenlärche.

### Central-Theater

Die Puppe. (La Poupée). Evette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ed. Hahn und Sturges. Musik von Ed. Hahn. Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée). Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Fiedermans von Johann Strauß.

### Thalia-Theater

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenerstr. 72/73. Täglich: Niefenacherfolg! Im Himmelhof. Thalia, Thielcher, Belmerding, Junfermann, Baumüller. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

### Carl Weiss-Theater

Dr. Frankfurterstraße 132. II. Volksvorstellung. Parkott 1.10 H. Lenore, die Gräberbraut. Anfang 8 Uhr. Sonnabend, zum 1. Male: Von Stufe zu Stufe. - Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kostüppchen. Keine Briefe.

### Metropol-Theater

Täglich um 9 Uhr 20: Verkehrte Welt! mit der hochoriginalen Weiber-Parade. Vorher: Das große März-Specialitäten-Programm: The 8 Diamonds, Deltorelli Trio, Fred Gillet, Sandor Trio, Georg Kaiser, The Dayton, Mary Wolf u. c.

### W. Noacks Theater

Brünnchenstraße 16. Mutter und Sohn. Schauspiel in 4 Akten von Gustave Duchesne. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

## Urania

Taubenstraße 18/19. Im Theater abends 8 Uhr: "Von den Alpen zum Vesuv". Hörsaal: Dr. P. Schwahn: Geologische Wirkungen des Wassers und Windes. Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

## Passage-Panopticum

Gestartet 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Neueste Sensation! Katakomben zu Palermo. Anatomisches Museum. Dienstags für Damen. Passage-Theater. 15 erstklassige Debüt. Vorstellung von 7 bis 10 1/2 Uhr.

## CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu! Ein Riese der englischen Armee Sergeant Th. Dalroy 2 m 30 cm hoch! Oberbayerische Sänger und Schuplatler-Gesellschaft.

## Belle-Alliance-Theater

Täglich: Gastspiel d. Hofchauspieler E. Richard Robins! Die Reise nach Amerika. (Parochialgastspiel Erfolg der Saison). Sonntag, nachmittags 3 Uhr (erwähnte Preise): Ganne Nite oder die Mitte Vabel.

## Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. heute Freitag, den 2. März, wegen Privatfeierlichkeiten geschlossen. Morgen Sonnabend, den 3. März: Gr. Bockler-Jubiläum-Fest. Extra-Vorstellung und Tanz. Viele Ueberraschungen mit Preisverteilung. - Größt. Wiederanstreten des Directors Wilhelm Fröbel in der unverwundlichen Gongschuldrücke Der seltsame Zwieselmann. Hauptdarsteller: Dr. Schiller u. Fröbel. Auftritte der durchweg neuengagierten Kunst-Specialitäten: Lorenz, Berggärtner und Gutschneide und gütig.

## Apollo-Theater

! Neue Debüt! Ritterlos bestirte Hunde. Fieslos Miniatür: Terzett. Lucy Nonon, französische Comédienne. Die 3 Harwenig, Drahtseilkünstler. Nonamarioffo russisches Genie. Brothers Braas, Gaußkünstler. Charles Hänsche, Mimiker. Messiers-Kosmograph, Transpaal-Bilder. Im Reiche des Indra. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

## Reichshallen

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

## Wiederanstreten von Frig Steidl

## W. Noacks Theater

Brünnchenstraße 16. Mutter und Sohn. Schauspiel in 4 Akten von Gustave Duchesne. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzfränzchen.

## Cirkus Busch

Nur noch kurze Zeit! Heute Freitag, 2. März, abends 7 1/2 Uhr: Humor. Klown-Gala-Abend. Zum 113. Male: Die Camorra. Außerdem: Klowne, Konfuzius, Reiten, 100 R. Brümie, Menuette à cheval. Das Alberto Luzzio Trio, unübertreffliche Akrobatik.

## Cirkus Schumann

Heute Freitag, den 2. März, abends präc. 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung. Ganz exquisites Programm. Kollofaler Erfolg der neu engagierten Kunstkräfte. Unter anderem: II. Debut des phänomenalen Reitlehrers Mrs. Wilkes Loyd genannt der fliegende Jodee. Die neuesten Anzeigen unerreicht dabeistanden Original-Dressuren des Directors Alb. Schumann, der Schöpfer und Erfinder aller neuen Dressuren, seiner Kunstwerke Kunst, Akrobatik und Kunststücke mit ihren neuesten Entwürfen und Intermezzen. Zum Schluss, zum 28. Male: Dr. Faust.

## Gala-Vorstellung

Ganz exquisites Programm. Kollofaler Erfolg der neu engagierten Kunstkräfte. Unter anderem: II. Debut des phänomenalen Reitlehrers Mrs. Wilkes Loyd genannt der fliegende Jodee. Die neuesten Anzeigen unerreicht dabeistanden Original-Dressuren des Directors Alb. Schumann, der Schöpfer und Erfinder aller neuen Dressuren, seiner Kunstwerke Kunst, Akrobatik und Kunststücke mit ihren neuesten Entwürfen und Intermezzen. Zum Schluss, zum 28. Male: Dr. Faust.

## Dr. Faust

Eine romantisch-phantastische Handlung in 3 Abteilungen von Paul Kellermeister A. Stern. Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr: im Weihnachtsbazar. Abds. 7 1/2 Uhr: Dr. Faust. Rollen: 1. und frei.

## Sanssouci

Kottbuserstr. 1a. Freitag und Sonnabend: Keine Soirée. Sonntag, den 4. März: Hoffmanns Norddeutsche Sängerkreis. Grossartiges Programm. Nach der Soirée: Tanzkränzchen. Sonnabend: Keine Soirée.

## Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Guthausstr. 46, Berlin. Preisliste: 46, weißer, extra Kommoder, perennierender Bettfedern, 10 bis 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

## Charlottenburg

M. Schmerberg (3407) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter. Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerordentlich billigen Preisen. Optische Artikel. Christliche werden schmerzlos geschliffen.

## Sirischfleisch

25, 30, 40 Pf. Blatt 50 Pf. Reentler, Wildschwein, Kaninchen, Gänse, Hühner, Enten, Tauben. A. Ritschl, Dresdenerstr. 61

## Berliner Prater

Nationen-Allee Nr. 7-8. Sonnabend, den 3. März 1900: 2. Stiftungsfest, verbunden mit Gr. Wiener Maskenball, veranstaltet vom Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter. Zahlstelle Berlin III. Um 12 Uhr: Demaskierung. Nach derselben Kaffeepause, ausgefüllt mit Gesang und komischen Vorträgen. Anfang 8 Uhr. Die Musik wird von Civilmusikern ausgeführt. Bittes sind bei den Mitgliedern der Ortsverwaltung, sowie in den mit Plakaten versehenen Lokalen zu haben. Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen. (32/6) Die Ortsverwaltung.

## Oscar Arnold, Hut-Engroslager

nur Dresdenerstr. 116. Herrenhüte, weiß, 1.50 2.-, 2.50 3.-, 3.50 4.-, 4.50 5.-, 5.50 6.-, 6.50 7.-, 7.50 8.-, 8.50 9.-, 9.50 10.-, 10.50 11.-, 11.50 12.-, 12.50 13.-, 13.50 14.-, 14.50 15.-, 15.50 16.-, 16.50 17.-, 17.50 18.-, 18.50 19.-, 19.50 20.-, 20.50 21.-, 21.50 22.-, 22.50 23.-, 23.50 24.-, 24.50 25.-, 25.50 26.-, 26.50 27.-, 27.50 28.-, 28.50 29.-, 29.50 30.-, 30.50 31.-, 31.50 32.-, 32.50 33.-, 33.50 34.-, 34.50 35.-, 35.50 36.-, 36.50 37.-, 37.50 38.-, 38.50 39.-, 39.50 40.-, 40.50 41.-, 41.50 42.-, 42.50 43.-, 43.50 44.-, 44.50 45.-, 45.50 46.-, 46.50 47.-, 47.50 48.-, 48.50 49.-, 49.50 50.-, 50.50 51.-, 51.50 52.-, 52.50 53.-, 53.50 54.-, 54.50 55.-, 55.50 56.-, 56.50 57.-, 57.50 58.-, 58.50 59.-, 59.50 60.-, 60.50 61.-, 61.50 62.-, 62.50 63.-, 63.50 64.-, 64.50 65.-, 65.50 66.-, 66.50 67.-, 67.50 68.-, 68.50 69.-, 69.50 70.-, 70.50 71.-, 71.50 72.-, 72.50 73.-, 73.50 74.-, 74.50 75.-, 75.50 76.-, 76.50 77.-, 77.50 78.-, 78.50 79.-, 79.50 80.-, 80.50 81.-, 81.50 82.-, 82.50 83.-, 83.50 84.-, 84.50 85.-, 85.50 86.-, 86.50 87.-, 87.50 88.-, 88.50 89.-, 89.50 90.-, 90.50 91.-, 91.50 92.-, 92.50 93.-, 93.50 94.-, 94.50 95.-, 95.50 96.-, 96.50 97.-, 97.50 98.-, 98.50 99.-, 99.50 100.-

## Frühstücks-Suppen

Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Wärze stets vorrätig bei Reinhold Paulke, N., Strelitzerstr. 8, Ecke Anklamerstrasse.

## Todes-Anzeige

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein guter Mann, unser Vater, Groß- und Vizegouverneur, der Hofmar

## Hermann Lange

am 27. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Reimendorferstraße 18a, ans nach dem Sebastian-Kirchhof statt.

## Die trauernde Witwe

nebste Kindern. Ceto-Krankenkasse der Zattler und verw. Gewerbe. Am 28. Februar ist verstorben das Mitglied

## Adolfo Nesmerack

(beschäftigt bei R. Friedrich) an Lungen- und Nierenkrankheiten im Alter von 24 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs in Weissenhofe aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

## Unterstützungsverein aller in der Subbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Titiale Berlin. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

## Emil Nenhaus

am 27. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs in Weissenhofe aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

## Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter in Charlottenburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

## Richard Kaiser

Arbeiter, am 27. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 3. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Büttcherstr. 18, nach dem Friedhof Friedrichs (Wägenfeld) statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

## Hutlager

3,45 A. Rosenblum 3,45. Eröffnung der 8. Filiale Spandauer Brücke 6 am Gadenischen Markt. Erste hiesige Filiale: Friedrichstraße 91/92.

## Prima Schnitzel

a Pfd. 1 Mark, Linsen a Pfund 45 Pf. Schubert, Prinzenstr. 25.

## Redacteur gesucht

Die Stelle des I. politischen Redacteurs an unserer Zeitung ist vakant und baldigst zu besetzen. Bewerber wollen ihre Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Thätigkeit umgehend an den Verlag der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Dresden-A., Zwingerstr. 22, richten.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Sonntag, den 4. März cr., vormittags 10 Uhr: Einseker-Versammlung bei Herzberg, Alte Jakobstr. 75. Tages-Ordnung: Verhandlungsangelegenheiten. Regelung der Einseker-Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Vertrauensmänner und die Geschäftsk. Kommission haben pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Möbelpolierer!

Heute, abends 8 Uhr, Große Frankfurterstraße Nr. 117: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung wird dafelbst bekannt gemacht. Die Streikkommission.

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Montag, den 5. März cr., abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Herrn Graumann, Naunhoferstraße Nr. 27. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Joël über: Wissenschaft und Weltuntergang. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, so schnell wie möglich mit den Maskeubillets abzurechnen. Der Vorstand.

## Centralverband der Elektromonteur u. Berufsgen.

Deutschlands. Sektion I. Sonnabend, den 3. März, abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Restaurant (Tunnel), Sophienstr. 5. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Ingenieurs Herrn P. M. Gromps „Ueber technische Fortschritte“. 2. Erledigung von Anträgen zum Delegiertentag. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollegen willkommen. Der Vorstand. J. A.: Hr. Abraham, Wilmersstr. 1.

## Hausdiener, Packer u. Kutscher

in der Holzbearbeitungs-Industrie, Möbelgeschäften und Möbelfabriken. Freitag, den 2. März cr., abends 9 Uhr: Große Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c. Tages-Ordnung: 1. Die Lohnbewegung der Holzarbeiter und deren Einwirkung auf unsere Lage. 2. Diskussion und Beschlußfassung. Der Vertrauensmann. J. A.: Martin.

## Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend. Sonntag, den 4. März 1900, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske, Gredaderstr. 33: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl des Vergütungskomitees und Festlegung der Vergütung. 3. Bericht der Statutenberatungskommission. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Beschließen und Fragekasten. Beiträge werden nur zwischen 10 bis 11 angenommen. 33/13 Der Vorstand.

## Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I, Berlin (Putzer). Sonntag, den 4. März, vormittags 11 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Helmreich über: Das neue Bürgerliche Gesetzbuch in besonderer Berücksichtigung der Arbeitsverträge. 2. Wahl der Hilfsarbeiter, Untersuchungskommission und Lohnkontrolleure. Im Auftrage der örtlichen Verwaltung.

## Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter

Deutschlands, Zahlstelle Berlin I. Sonntag, den 4. März 1900, vormittags 10 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokal Alte Jakobstraße Nr. 75 (oberer Saal). Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent: Genosse Jahn. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

## Filzhüte für Herren

neue Form, 1.50 und 2.00, hochfeine Muster, 2.25 u. 2.50, cyrfeine 3.00 bis 4.00 im Hut-Engroslager Prinzenauerstr. 20, 2 Tr. (2886) Kaufmann: u. Kutscherhüte, Gutscherhüte und Chapeaux-claques in größter Auswahl.

## Masken-Garderobe

Größte Auswahl. Billigste Preise. Verein. Preisermäßigung. Fr. Panknin, Crandauerstraße Nr. 178 II. Adalbertstraße 91, Ecke Crandauerstraße.

## MAGGI

stets vorrätig bei Reinhold Paulke, N., Strelitzerstr. 8, Ecke Anklamerstrasse.



Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

9. Sitzung vom Donnerstag, den 1. März, nachmittags 5 Uhr.

Es haben wiederum Ausführgewahlen stattgefunden, u. a. für den Antrag Lüben betr. die Bewilligung von 50 000 M. für einige nach Paris zur Besichtigung der Weltausstellung zu entsendende städtische Beamte, Techniker und Arbeiter bzw. Handwerker. In diesem Ausführgewahl ist die sozialdemokratische Fraktion durch den Stadtverordneten Singer vertreten.

Für die allgemeine städtische Betriebs-Krankenkasse, welche voraussichtlich am 16. April ins Leben treten wird, sollen in der ersten Etage des Hauses Wollstr. 72 für jährlich 2900 M. auf drei Jahre die erforderlichen Räume gemietet werden.

Ueber eine Reihe von Rechnungen, sowie über den Jahresabschluss der Kanalisationswerke und Rieselfelder für 1898 referiert namens des Etatsauschusses Stadtv. Borgmann. Die Decharge wird erteilt, die Etatsüberschreitungen werden genehmigt. Hierauf werden einige Berichte des Petitionsausschusses erstattet.

Die feiner Zeit von dem Vorsitzener Hertel auf Blankenfelde in Accord engagierten Arbeiter Dumbden, Kranke und Sipelt haben wegen schlechter Behandlung durch den Vorsitzener die Arbeit unter dem Kommando desselben nicht fortsetzen wollen. Darauf ist ihnen von der Kanalisations-Verwaltung die aus Lohnabzügen gebildete Kaution von je 30 M. als versallen vorzuenthalten worden. Sie petitionieren um die Unterstützung ihrer auf Herausgabe der Kauttionen an den Magistrat gerichteten Bitte, und die Ausführgewahl hat Uebereinstimmung zur Verurteilung beantragt.

Stadtrat Marggraff: Mit solchen nicht anständigen, sondern nur auf Zeit engagierten Schmittern werden Verträge seitens der Stadtverwaltung geschlossen; es ist allgemein üblich, ihnen für die Vertragserfüllung Kauttionen aufzuerlegen, um die Verhaltung vor Zufälligkeiten dieser Art, namentlich in der Erntezeit, sicher zu stellen. Die Betreffenden hatten an einer Wahl teilgenommen und lehrten nachher im Gegensatz zu den übrigen Mannschaften der betreffenden Kolonne nicht zu ihrer Arbeit, Mühenausnahmen zurück, sondern blieben in der Kneipe sitzen. Der Vorsitzener hat sie hart angefallen, aber sie nicht für immer, sondern bloß für den betreffenden Tag weggeschickt. Nachher hat der Administrator zweien von ihnen auf ihre Bitte ein Zeugnis über ihre Thätigkeit ausgestellt. Einige Monate später hat ein Bürgermeister a. D. Säume als Vertreter von drei der Betreffenden sich für die Zurückzahlung der Kauttionen verwendet, ist aber von der Kanalisations-Deputation und vom Magistrat abgewiesen worden. Im Interesse der Disziplin kann nur die Ablehnung des Ausführgewahls empfohlen werden.

Stadtv. Singer: Der Herr Stadtrat hätte sich wohl etwas vorsichtiger geäußert, wenn er sich nicht hätte auf das Dekret stützen können, welches wir hier auf unsere Plagen gefunden haben, und welches besagt, daß zwei große Fraktionen sich für die Ablehnung des Petitions entschieden haben. Es wundert mich, daß gerade von den Arbeitern verlangt wird, unmittelbar nach der Wahl wieder an die Arbeit zu gehen, da doch ziemlich allgemein so ein Wohltat als ein halber Rubeltag angesehen wird. Das Verbrechen, daß die Leute noch ein Glas Bier getrunken haben, ist doch wahrlich nicht so groß, um sie dafür durch Einbehaltung der Kaution zu strafen. Diejenige Partei im Reichstag, der auch die Mehrheit dieser Versammlung immer noch angehört, hat seiner Zeit im Reichstag gegen solche Einbehaltung der Kaution gestimmt, und mit Recht. Diese Einbehaltung ist durchaus unmoralisch, und ich halte es für sehr bedauerlich, daß der Berliner Magistrat einen Zwang ausübt, welcher bei den Agrariern als Mißbrauch der ökonomischen Uebervornahme gebrandmarkt wird. Die Agrarier werden überhaupt über diese Stellungnahme des Magistrats überaus erfreut sein. Heute wäre der Abschluß eines solchen Vertrags durch das Bürgerliche Gesetzbuch unmöglich gemacht, welches solche Verträge als gegen die guten Sitten verstößend, als Wuchererträge bezeichnet. Sie haben die Wahl, ob Sie die Bitte, diese 90 Mark zurückzugeben, unterstützen, oder aber, ob Sie dem Magistrat beitreten wollen, womit Sie etwas thun würden, was nach dem Bürgerlichen Gesetz auch gegen die guten Sitten verstößt; Sie werden sich hoffentlich die Entscheidung noch überlegen. Wie die Disziplin leiden soll, wenn die Zurückzahlung erfolgt, vermag ich nicht einzusehen. Die prinzipielle Bedeutung der Frage reicht sehr weit. Trifft die Versammlung auf die Seite des Magistrats, so stellt sie sich auf den Standpunkt der schlimmsten Ausbeuterbetriebe. (Stürmische Lurche und Unterbrechungen.) Die gezielte Vorschrift ist f. B. angenommen auf Betreiben der Agrarier, welche die Landarbeiter an die Scholle fesseln wollen. Will sich die städtische Verwaltung Berlins einer solchen moralischen Degradation aussetzen?

Stadtv. Marggraff: Ich habe keine Verfügung hier vorgenommen. Rücksichtlich und nach meiner ganzen Gewohnheit habe ich mich zur Sache geäußert; habe ich dafür die Zustimmung von zwei großen Fraktionen, so ist mir das natürlich sehr angenehm. Der Magistrat und die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben dasselbe warme Herz für die Arbeiter, wie Sie (die Sozialdemokraten) es zu haben behaupten. Wir sind ihnen aber nicht bloß mit Worten zu Munde, sondern wir sorgen besser für sie mit Thaten. Herr Singer ist die Veranlassung, daß die Petition hierher gebracht ist. (Hört, hört!) und Sehr gut! Herr Singer schreibt an den Herrn Säume in sehr freundschaftlicher Weise, er möge sich doch an die Versammlung wenden, der Schritt werde wohl nicht erfolglos sein. (Sehr gut!) Es ist nur in der Ordnung, wenn die Versammlung gerechten Petitionen entspricht. Die heutigen Verträge sind auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs abgeschloffen. Die Kauttionen sind mit monatlich 10 M. vom Lohn einbehalten worden. Wir werden stets unsere Schuldigkeit thun, wir werden sie trotz Herrn Singer thun! (Beifall.)

Stadtv. Lüben beantragt Uebereinstimmung zur Tagesordnung. Die Mitkolonne der 4 Mann sei gerade am meisten über deren Verhalten entrüstet gewesen. Die Herren Singer und Genossen sprächen vom grünen Tisch und hätten keine Ahnung von den wirklichen Zuständen draußen. Mit dem guten Herzen konnte man nicht weiter. Was er als Privatmann vielleicht thäte, könne er als Behörde nicht verantworten.

Stadtv. Wallach: Herr Singer hat die Sache auf ein ganz anderes Gebiet hinübergespielt. Hätte die Verwaltung den Leuten die 90 M. zurückgegeben, so wäre es gut gewesen (Hört, hört!); heute aber liegt die Sache anders, nachdem man gegen die Verwaltung solche Vorwürfe erhoben hat. Mit akademischen Erörterungen nach Art des Herrn Singer hat die Sache nichts zu thun. Die ganze Autorität der Verwaltung und des Magistrats wird untergraben, wenn hier nachgegeben wird.

Stadtv. Singer: Wenn Herr Wallach meint, es wäre ganz gut gewesen, wenn der Magistrat durch die Zurückzahlung die Sache aus der Welt geschafft hätte, so giebt er mir in der Sache recht, während er jetzt den Standpunkt heraufschreit. Solches Verhalten entbehrt gänzlich der Logik. Die Herren wollen die Autorität des Magistrats stützen. Weshalb sollen aber Willkürsgründe, denen sonst die Versammlung stets sehr zugänglich ist, nicht auch Arbeitern gegenüber gelten? Was diese Frage mit der Disziplin zu thun hat, ist mir unerfindlich. Vom Lohn eines Landarbeiters monatlich 10 M. abzuziehen, ist durchaus ungerechtfertigt, die Leute können einen so hohen Betrag nur auf Kosten der Ernährung ihrer Familie entbehren. Jetzt werden solche Verträge nicht mehr geschlossen, weil sie nicht mehr geschlossen werden dürfen. (Sehr gut!) Was man am 1. Januar 1900 als Verstoß gegen die guten Sitten nicht mehr machen kann,

darf man nicht aufrechterhalten, wenn man es ein halbes Jahr vorher gemacht hat, am wenigsten darf es der Berliner Magistrat. Als 1869 das Lohnbeschlagnahmegesetz gemacht wurde, hat der liberale Prof. v. Bar eine derartige Bestimmung als gegen die guten Sitten verstößend bekämpft. Eigensinn ist es, was den Magistrat leitet. (Vorsteher Dr. Langerhans: Herr Singer, das dürfen Sie vom Magistrat nicht sagen!) Er will seinen Standpunkt beibehalten, mag auch Willkür und Menschlichkeit darüber zum Teufel gehen! (Große Lurche.) In dem vorliegenden Fall verpüre ich von dem warmen Herzen des Magistrats für die Arbeiter nichts. In dem erwähnten Brief von mir wird leider das Billigkeitsgefühl der Versammlung überhäht. (Redner verliest den Brief.) Ich habe auch dem Magistrat bitter unrecht gethan, wenn ich glaube, für ihn werde das Votum der Versammlung Bedeutung haben. Sonst habe ich die Angelegenheit in der denkbar objektivsten Weise behandelt. Als Stadtverordneter freue ich mich, wenn aus der Bürgerkraft mein Rat gewünscht wird. Ich habe den Brief an Herrn Säume geschrieben, nachdem sich dieser an mich gewendet hatte mit der Anfrage, was auf die abschlägigen Bescheide zu thun sei. Nicht ich habe die Sache auf das politische Parteigebiet hinübergespielt. Wir sollten das formelle Recht nicht benutzen, um arme Arbeiter um 30 M. zu schädigen.

Durch Annahme eines Schlußantrags wird der weiteren Debatte ein Ende gemacht. Stadtv. Rosenow erklärt zur Geschäftsordnung, daß seine Gruppe selbstverständlich nach ihrer politischen und wirtschaftlichen Anschauung für den Ausführgantrag gesprochen haben würde und stimmen wird.

Der Referent Stadtv. Hugo Sachs hebt noch hervor, daß die Mitteilung, die Worte des Vorsitzeners seien keine Kündigung gewesen, ein Novum sei (Hört, hört!), im Ausführgewahl nichts davon verlaute.

Zu namentlicher Abstimmung wird der Ausführgantrag mit 70 gegen 36 Stimmen abgelehnt; die Versammlung geht zur Tagesordnung über.

Die Petition des Magistrats-Bureauassistenten Reiber um Wiederanrechnung eines Dienstjahres will der Ausschuh ebenfalls dem Magistrat zur Verurteilung überweisen wissen; die Mehrheit geht aber wiederum zur Tagesordnung über. (Auf des Stadtv. Singer: Fraktionsdefekt, neue Firma! — Stadtv. Rosenow: Und keine schlechte! Heiterkeit.)

Denselben Beschluß entgegen dem Ausführgantrag faßt die Mehrheit bezüglich der Petition einiger Magistratssekretäre um Gleichstellung im Dienstalter mit ihren vom Militärdienst befreiten Ehemännern. Der Vorlage wegen Errichtung eines Pflegehauses für Ehepaare auf dem Grundstück der Siedenanstalt in der Großstraße hat der eingesezte Ausschuh zugestimmt; die Versammlung beschließt ohne Debatte im gleichen Sinn.

Zum Bericht des Magistrats über die Wasserkalamität vom 17. Dezember v. J. vertritt Stadtv. Dr. Paul einen Antrag, über die künftige Wasserreinigung Verlust in gemischter Deputation zu beraten. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Verwaltung keine Schuld treffe, daß die Verunreinigung in der Hauptsache von den Abwässern einer Zerpulverfabrik in Erster Herrührte. Angesichts der Perspektive, die sich hieraus ergebe, sei der Antrag auf schleimige Niederlegung einer gemischten Deputation gerechtfertigt.

Stadtv. Dr. Freudenberg: Wir stimmen diesem Antrage zu. Mit dem erstatteten Bericht können wir dagegen nicht ganz zufrieden sein. Nicht bloß das Wasserwerk Ziegel sondern auch das Müggelseewerk arbeitete unter sehr unglücklichen Verhältnissen. Der Direktor der städtischen Wasserwerke konstatiert in dem Bericht, daß eine Schädigung der Gesundheit durch das verunreinigte Wasser nicht entstehen konnte. Das können wir nur bedingt zugeben. Wenn auch keine Vergiftung, so konnte die Verunreinigung mit Karbol und so weiter doch erhebliche Gesundheitsstörungen erzeugen, da gerade Karbol in so starker Verdünnung die Entwicklung der Hefenpilze sehr begünstigt. Auf keinen Fall ist das Müggelseewasser als hygienisch durchaus einwandfrei anzusehen. Ueber macht der Magistrat gar keine Vorschläge für die erforderliche Abhilfe. Mit dem bloßen Sämeden des Wassers durch Probennehmer wird doch die Zuführung verunreinigten Wassers in die Stadt durchaus nicht unmöglich. Wir brauchen zur Versorgung Berlins mindestens 30 000 Kubikmeter Wasser täglich aus dem Müggelsee, auch wenn dieses falsch ist. Wir müssen also eine gemischte Deputation haben, deren Aufgabe sein wird, die Rückkehr zum Tiefdrucksystem möglichst zu beschleunigen.

Stadtv. Kuhlmann bittet den Magistrat, dem Ersuchen der betr. Fabrik in Erster auf nochmalige genaue Untersuchung auf ihre Kosten zu entsprechen. Von einer gemischten Deputation lasse sich zur Zeit ein Erfolg nicht erwarten.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation über die Frage der Wasserreinigung zu beraten, vom Stadtv. Paul auf Anregung des Stadtrats Haack vorläufig zurückgezogen, vom Stadtv. Rosenow wieder aufgenommen und nunmehr abgelehnt.

Die Vorlage betr. die für 1900 in den städtischen Gaswerken und am Gasdrehenystem erforderlichen Erneuerungs- und Erweiterungsarbeiten wird genehmigt.

Der Centralverein für Arbeitsnachweis kommt mit seinen Lokalkomitees, den 5 Stadtbahnbogen am Alexanderplatz, nicht mehr aus. Andererseits beabsichtigt die Landes-Versicherungsanstalt Berlin aus Anstaltsgeldern ein Gebäude für den Zweck des Arbeitsnachweises als einer Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtung zu errichten und dem Centralverein zu vermieten. Grunderwerbs- und Baukosten sind auf 800 000 M. veranschlagt; die jährliche Miete soll 20 000 M. betragen.

Der Magistrat will „mit Rücksicht auf das Interesse, welches die Stadtgemeinde an einem gut organisierten und gut funktionierenden Arbeitsnachweise hat, und in Erwägung, daß der Arbeitsnachweis wohl in städtische Verwaltung übernommen werden möchte, wenn die freie Vereinsfähigkeit verlagert“, dem Antrage des Centralvereins stattgeben und ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Centralverein für Arbeitsnachweis für den Fall, daß die Landes-Versicherungsanstalt Berlin ein Arbeitsnachweisgebäude errichtet und dasselbe dem Centralverein für Arbeitsnachweis vermietet, für die Dauer eines zehnjährigen Mietvertrags an Stelle des bisherigen Jahresbeitrags von 8000 M. ein jährlicher Zuschuh bis zur Höhe von 20 000 M. gewährt werde.

Stadtv. Lüben beantragt Ausführgewahl.

Stadtv. Koblenzer: Wir haben dagegen nichts einzuwenden, wollen aber die Bedingung daran knüpfen, daß der Nachweis demnachst ohne Einschränkung erfolgt. Dem Ersuchen des Vereins ist nach unsrer Meinung stattzugeben. Der Verein ist ja schon bisher von der Stadt subventioniert worden und die Arbeiter machen in steigendem Maße von diesem Nachweis Gebrauch. Da der Verein auch weiterhin mit der Mitwirkung der Arbeiter selbst im weitesten Umfange rechnet, allmählich auch das Unternehmertum einfließt, daß auch mit den Arbeitern sehr erfolgreich zusammengearbeitet werden kann, stehen wir der Sache unparteiisch gegenüber. Der Hauptbeitrag wird aber schließlich von den arbeitslosen Arbeitern selbst in der Höhe von 20 Pf. erhoben; sollte diese wegfallen, möchte auch die Subvention noch etwas erhöht werden.

Stadtrat Kamslau: Die freiwilligen privaten Beiträge von 7000 M. beden bei weitem das Bedürfnis nicht. Die 20 Pf. Einschreibegelb wären kaum zu entbehren. Von Verstädtlichung des Nachweises ist keine Rede.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh. Schluß 9 Uhr.

In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Etats-Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung wurde bei der zweiten Lesung des Etats für das gewerbliche Unterrichts- und eine Resolution angenommen, nach der die Ruratoren der Hochschulen dem Unterricht im kaufmännischen Rechnen und in der Buchführung besondern Wert beilegen sollen. Der Stadtschulrat trat für diese Resolution ein, mit deren Hilfe er einen größeren Druck auf die Meister ausüben könne, damit sie ihren Lehrlingen auch die für diese Kurie nötige Zeit freigeben. Beim Etat der Desinfektions-Anstalt wurde von einer Seite die Unentgeltlichkeit der Wohnungs-Desinfektion angeregt. Der Vertreter des Magistrats glaubte dieser Forderung mit dem Hinweis widersprechen zu müssen, daß schon jetzt 63 Proz. sämtlicher Kosten niedergeschlagen würden, daß aber die Befürchtung vorhanden sei, daß mit der Einführung der unentgeltlichen Desinfektion auch die Reinigung der Wohnungen von Wanzen und Schwaben verlangt werden würde. Stadtv. Borgmann wünschte für die Desinfektoren und Arbeiter eine feste Lohnskala anstatt des bisherigen Zustandes, der es vom Wohlwollen der vorgesetzten Beamten abhängen lasse, ob eine Lohnzulage gewährt werden solle. Stadtv. Bruns hält die in den diesjährigen Specialstats vorgesehene Lohnaufbesserung für bei weitem nicht ausreichend. Der Magistrat habe gar kein Recht, sich mit besondern Wohlwollen für die Arbeiter zu brüsten, zumal er nur dem Zwang gehorchend an die Aufbesserungen herangegangen sei. Auch die für die Desinfektoren vorgeschlagene Lohnhöhung genüge keineswegs. Allerdings seien im Etat für diesen Zweck 808,50 M. vorgesehen; das bedeute aber pro Kopf und Tag eine Zulage von etwa 10 Pf. Auch die Behandlung der Arbeiter lasse viel zu wünschen übrig. Bei dem geringsten Verstoß gegen die Disziplin erfolgten Bestrafungen durch zeitweisen Ausschuh von der Arbeit und Entlassung. Der Magistrat hält die Bezahlung für ausreichend, die Behandlung als im Interesse des Dienstes erforderlich. Nur einmal sei ein Arbeiter wegen seines Verhaltens entlassen und später auf seine Witten wieder eingestellt worden. Die Arbeitszeit der Wohnungsdesinfektoren betrage, die Fahrten abgerechnet, etwa 4 Stunden.

Bei dem Etat der Heimstätten für Genesende beantragte Stadtv. Bruns eine Resolution, nach der dem Mangel an Plätzen durch Aufstellen von Sommerbaracken abgeholfen werden soll. Die Vornormungen zu den Heimstätten sind so zahlreiche und die Wartezeit ist so lang, daß eine große Anzahl der Rekonvaleszenten die Aufnahme in die Anstalt nicht abwarten können. Bis zur Fertigstellung der neuen Heimstätte vergehen noch etwa vier Jahre. Der Ausschuh lehnte die Resolution ab.

Lebhafte Auseinandersetzungen gab es noch bei Titel II der Ausgabe für verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, der 65 000 Mark zur Beihilfe für die Sanitätswachen, die Berliner Rettungsgesellschaft und die Unfallstationen verlangt. Einigen Mitgliedern des Ausschusses war der Beitrag für die Unfallstationen zu gering bemessen und sie wünschten Erhöhung dieses Zuschusses.

Stadtv. Borgmann war der Meinung, daß die Unfallstation keine Einrichtung sei, die den öffentlichen Interessen diene, und er fand den vom Magistrat geleisteten Zuschuh für nicht zu niedrig bemessen. Von einer Seite wurde darauf hingewiesen, daß nach wiederholt geäußerten Ansichten der Direktoren der städtischen Krankenhäuser die in den Unfallstationen angelegten Verbände häufig sehr mangelhaft seien, so daß die Verbände sogar hätten abgenommen werden müssen, weil sie unrein gewesen wären, und daß die Unfallstationen für unsere Krankenhäuser keine Entlastung bedeuteten.

Stadtv. Borgmann regte beim Etat der Park- und Gartenverwaltung an, ob nicht in unsern öffentlichen Parks unentgeltliche Konzerte veranstaltet werden könnten, wie dies in einer Reihe sächsischer Städte schon geschieht. Unre Verwaltung sollte sich einmal mit diesem Plan befassen. Die Auflassung Borgmanns ist, wie das bei unsern Musikern nicht anders erwartet werden konnte, auf lebhaften Widerstand gestoßen. Man hat geglaubt, der Anregung mit dem Hummer auf die Lustgarten-Konzerte entgegen zu treten; man befürchte ähnliche Szenen in unsern Parks. Wir wollen hoffen, daß die Verwaltung sich nicht dadurch von vornherein abschrecken läßt, die gestellte Frage einmal ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Beim Krankenhause in der Gitschinerstraße soll der Weisliche 200 M. mehr Remuneration erhalten. Stadtv. Borgmann beantragte die Streichung der Mehrforderung. Der Magistrat begründete die Erhöhung der Position damit, daß früher der Weisliche nur sehr wenig beansprucht habe und daß auch 600 M. noch sehr wenig sei. Der Ausschuh beschloß nach dem Antrag des Magistrats, die übrigen Etats werden ohne wesentliche Debatte nach dem Entwurf angenommen. Nächste Sitzung: Freitag.

Lokales.

Flugblattverteilung in Moabit. Die Parteigenossen, welche gewillt sind, Sonntag bei der Flugblattverbreitung im 44. Kommunalwahlbezirk zu helfen, werden gebeten, sich früh 8 Uhr bei Johann Pfarr, Pultitzer, 10, zu melden. Der Vertrauensmann.

Die Parteigenossen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises veranstalten am Sonntag, den 18. März, mittags 12 Uhr, eine Versammlung im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, in der Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine über die Bedeutung des 18. März sprechen wird.

Zur Lokalfrage. Am 3. März feiert der Rauchklub „Storfer Tabak“ seinen Wiesenball in Grünau bei Herrn Lindenhahn. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß das Lokal zu Versammlungen nicht mehr zu haben ist.

Die Lokalkommission.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung hat die Kanalisations-Verwaltung dem Rudmes-tränge, den sie sich in den letzten Monaten erworben hat, ein neues Blatt eingefügt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem eine Petition von drei ehemaligen Rieselfeld-Arbeitern, denen eine Kaution von je 30 M. einbehalten worden war, weil sie nach Ansicht der Verwaltung das Arbeitsverhältnis widerrechtlich gelöst hatten. Die Arbeiter baten unter Darlegung des Sachverhalts um nachträgliche Rückgabe der Kaution. Der Petitions-Ausschuh war nach Prüfung ihrer Angaben zu dem Ergebnis gelangt, der Versammlung aus Billigkeitsgründen die Ueberweisung der Petition an den Magistrat zur Verurteilung zu empfehlen. Gegen diesen Vorschuh wandte sich Stadtrat Marggraff mit Entrüstung. Billigkeitsgründe, sagte er, dürften in dieser Angelegenheit nicht geltend gemacht werden, nur die Rücksicht auf die Disziplin, die durch Nachgiebigkeit gefährdet werde, dürfe maßgebend sein. Unserm Genossen Singer fiel die Aufgabe zu, diesen an das Agrariertum Oheidiens erinnernden Standpunkt nach Gebühr zu brandmarken. Herr Marggraff räumte in seiner Antwort das „warme Herz“, das der Magistrat und die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung stets für die städtischen Arbeiter gehabt haben und stets haben werden. Die Mehrheit der Versammlung empfand das Verschämbende der ganzen Angelegenheit so wenig, daß sie an die Seite des Herrn Marggraff trat und gleich ihm ihr „warmes Herz“ für die städtischen Arbeiter durch Ablehnung des Ausführgantrags, also durch Zurückweisung der Petition betätigte.

**Die Einleitung der Marken für die Invalidenversicherung**

hat bei der Lohnzahlung zu erfolgen. Nach dem neuen Invalidenversicherungsgesetz können aber die Versicherungsanstalten bestimmen, daß die Arbeitgeber befugt sein sollen, zu anderen als den Lohnzahlungs-Terminen die Marken beizubringen. Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt Berlin hat nun den nachstehenden Entwurf einer diesbezüglichen Verordnung dem hiesigen Magistrat, dem Gewerbeamt, den Vertretern der Kaufmannschaft und dem Central-Ausschuß kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine zur gutachtlichen Aeußerung zugehen lassen:

I. Arbeitgeber, welche mindestens 100 versicherungspflichtige Personen beschäftigen, kann auf Antrag widerruflich gestattet werden, die Marken für die von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen erst in der letzten Woche jedes Kalender-Quartals, oder sofern das Arbeits- oder Dienstverhältnis früher beendet wird, bei Beendigung desselben, einzuliefern.

II. Der Antrag ist bei dem Vorstände der Landes-Versicherungsanstalt, Berlin O., Klosterstr. 41 zu stellen. Wird dem Antrag stattgegeben, so wird dem Antragsteller ein Erlaubnischein ausgestellt; die Befugnis zur Verwendung der Marken zu den oben genannten Terminen beginnt erst mit Aushändigung des Erlaubnischeins. Der Erlaubnischein ist so aufzubewahren, daß er jeder Zeit dem Kontrollbeamten der Versicherungsanstalt bei etwaigen Kontrollen vorgezeigt werden kann.

III. Dem Reich, den Bundesstaaten, den Kommunalverbänden und sonstigen öffentlichen Verbänden und Körperschaften kann die unter I. erwähnte Befugnis ohne Beschränkung auf eine bestimmte Zahl beschäftigter versicherungspflichtiger Personen erteilt werden; auch kann der Termin für die Verwendung der Marken bis auf die letzte Woche des Kalenderjahres erstreckt werden. Die Bestimmungen unter II. finden Anwendung.

Dem Standpunkt der Arbeiter wird sich im allgemeinen nichts dagegen entgegenstellen lassen, wenn die Unternehmer die Pflicht des Markenlebens erleichtert wird. Nur hat die Behörde Vorkehrungen zu treffen, daß ein etwa entstehendes Risiko auf keinen Fall den Arbeiter zur Last fällt. Im Bauunternehmertum z. B. giebt es der unruhigen Skantionen so viele, daß dringende Vorsicht geboten ist; wie oft schon sind Unternehmer, die ihre Arbeiter um die Krankenkassen-Beiträge beschwindelt haben, gerichtlich bestraft worden. Kommen solche gefährlichen Arbeitgeber, die nebenher bemerkt, sich gewöhnlich durch ein patriotisches Geschrei nach Arbeiternebelung hervorbringen, der Behörde mit Schreiben um Erleichterung des Markenlebens, so ist äußerste Vorsicht geboten und die Gewährung der Erlaubnis von Stellung einer entsprechenden Kaution abhängig zu machen.

Eins noch. Der Entwurf ist verschiedenen Unternehmervereinigungen zur Begutachtung vorgelegt worden. Es wäre nicht mehr als in der Ordnung gewesen, wenn man ihn ebenfalls einigen aus dem Vertrauen der Arbeiter heraus entstandenen privaten Organisationen, also der hiesigen Centralkommission der Krankenkassen und der Gewerkschaftskommission unterbreitet hätte. Der Vorstand der Landesversicherung-Anstalt hat alle Ursache, sich bei der Arbeiterklasse nicht in einen Aufbruch zu bringen, wie ihn die preussische Regierung sich mit heiligem Bemühen glücklich erworben hat.

**Die Berliner Armen**

Charakterisiert der unter der Presse befindliche Verwaltungsbericht des Magistrats in der folgenden Weise: „Das schnelle Emporblühen unserer Stadt, die erfreuliche Zunahme ihres Wohlstands — wie in allen modernen Großstädten, so auch in Berlin — nicht frei von Schatten. Durch die sich täglich mehrenden Arbeitsangelegenheiten unserer industriellen und sonstigen Unternehmungen, durch die bei den hiesigen Truppenstellen alljährlich zur Entlassung kommenden Reservisten, von denen ein großer Teil hier verbleibt, wird eine Unzahl von Arbeitskräften nach Berlin gezogen, welche den Verhältnissen der Großstadt wirtschaftlich nicht gewachsen sind. Zum großen Teil mittellos und mit den hiesigen Verhältnissen unbekannt, finden diese Zugzüge entweder überhaupt keine Beschäftigung oder gehen derselben wieder verlustig, weil sie den an sie gestellten Anforderungen nicht entsprechen können. Diese Arbeitslosen verfallen schließlich dem Laster oder sie fallen der Armenpflege anheim und bilden einen großen Teil unserer Hilfsbedürftigen. Ein anderer Teil der aus den Provinzen angezogenen Personen, denen es gelingt, hier festen Fuß zu fassen, suchen die vorhandenen wirtschaftlichen Gelegenheiten dadurch auszunutzen, daß sie ihre hilfbedürftigen Eltern und Verwandten nach sich ziehen, und diese, nachdem sie dieselben einige Zeit unterhalten haben, der Armenpflege zur Last fallen lassen; auch sie tragen so zur Vermehrung der Hilfsbedürftigen bei. Auf der anderen Seite über die Gelegenheit, hier schnell und leicht Geld zu verdienen, sowie die Sucht nach Reichtum und Genuß nicht minder ihre verhängnisvolle Wirkung. Zahlreiche Unternehmer, Geschäftsleute und Spekulanten, welche es nicht verstehen, die sich ihnen darbietenden günstigen Erwerbsofferten mit Mäßigkeit auszunutzen, verfallen der Verarmung, sinken von Stufe zu Stufe und werden schließlich zu Bettlern. Hierzu kommen die vielen Erstgeborenen, welche entweder ihren Beruf verstoßen oder auf andre Weise — mit oder ohne eigenes Verschulden — Schiffbruch gelitten haben und dem Elend und der Armut verfallen. Alle diese bilden neben den ortsingesessenen Armen, Kranken und Siechen das große Heer der Hilfsbedürftigen unserer Stadt.“

Diese Moralphase der jatten Jugend lieft sich wie ein Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“.

**Der Polizeipräsident macht bekannt:** Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß die Firma S. Hanff u. Sohn, Jüdenstraße 30/37, das von ihr verlegte Tagebuch für Heiligenscheine und Passivante auf Karten und Prospekten als das allein richtige und polizeilich vorgeschriebene hinstellt. Demgegenüber bemerke ich, daß ich in meiner Bekanntmachung vom 8. Dezember v. J. lediglich darauf hingewiesen habe, daß das von der Firma Hanff u. Sohn hergestellte Tagebuch den Anforderungen der Heiligenscheinordnung vom 25. Juli vorigen Jahres im § 3 zu b entspricht, daß aber selbstverständlich jedes andre, auch ein von dem Heiligenschein selbst angelegtes Tagebuch zugelassen ist, sofern es nur den Vorschriften des § 3 zu b der Heiligenscheinordnung entspricht.

**Die meisten Soldaten-Selbstmorde** pflegen erfahrungsgemäß in die erste Rekrutenzeit zu fallen. Im Volke wird dies vielfach darauf zurückgeführt, daß die noch ungeübten jungen Leute sich nicht der besten Behandlung seitens der älteren Kameraden erfreuen, weil einzelne Vorgesetzte die ihnen zur Verfügung stehenden Disziplinarmittel in einer Weise anwenden, daß von denselben auch die älteren Jahrgänge betroffen werden. Natürlich ist dies nicht die einzige Ursache der Rekruten-Selbstmorde; psychologische Vorgänge mannigfacher Art wirken dabei mit. Jeder hat dieser Tage wieder einmal ein Rekrut seinem Leben ein Ende zu machen versucht. Wie wir erst nachträglich erfahren, sprang am Sonnabend der Rekrut Franz Krenner in selbstmörderischer Absicht vom Dache der Garde-Rüstkammer in der Chausseestraße. Er brach sich beide Beine und zog sich schwere innere Verletzungen zu. — Vielleicht erkundigt sich der Herr Kriegsminister einmal nach den Ursachen dieses Selbstmordversuchs.

**Mit einer dunklen Persönlichkeit** beschäftigt sich der Erkennungsdiens der hiesigen Kriminalpolizei. Es handelt sich um einen Mann, der am 7. Januar d. J. in Augsburg bei einem Einbruch festgenommen wurde und sich für einen im Jahre 1847 zu Stettin geborenen Kaufmann Matthes Köhler ausgab. Diese Personalangaben haben sich als falsch herausgestellt und es besteht der dringende Verdacht, daß der angebliche Köhler irgendwo ein schweres Verbrechen verübt hat und deshalb seinen wirklichen Namen verheimlicht. Zwei Heimatsheime, die er bei sich führte, lauten auf Hermann Martin Kristen, Kunstmalers aus Wiesbaden, geboren am 19. Juli 1835, zu Frankfurt am Main, und Wilhelm Martin Klauen, Bildhauer, geboren am 19. Juli 1847 zu Kassel. Außerdem fand man bei ihm Drechseleisen, namentlich eine große Anzahl neuer Schlüssel und Schlüsselbäume. Der Festgenommene giebt zu, mehrmals vorbestraft zu sein, unter anderem

wegen Hoteldiebstahls mit 4 Jahren Zuchthaus. In den letzten 11 Jahren will er als Kommissionär und Fremdenführer in London gelebt haben und von dort im Oktober v. J. nach Deutschland gekommen sein. Der angebliche Köhler ist etwa 37 bis 40 Jahre alt.

**Strafenperrung.** Die Diederhofenerstraße von der Belforterbis zur Tresowstraße wird behufs Reupflasterung vom 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Ein schwerer Verdacht** richtete sich gegen die Frau des Gastwirts B. in der Rechnerstraße, die von einem Bäckergehilfen Krawatzki, der im Hause verkehrte, denunziert worden war, daß sie ihn zur Tötung ihres Gatten habe überreden wollen. Die Gastwirtsfrau sowie der Bäckergehilfe wurden polizeilich festgenommen, jedoch gestern wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Denunziation hat sich als hinfällig erwiesen.

**Ohne Urlaub** haben sich drei Mann vom 48. Infanterie-Regiment zu Münster von ihrem Truppenteil entfernt. Einer von ihnen wurde vorgestern hier im Osten der Stadt bei seinen Eltern ermittelt, von der Polizei der Kaiserarmee des Alexander-Regiments übergeben und von dieser in den Militärarrest nach der Lindenstraße gebracht. Von dort holte ihn gestern ein Sergeant zum Regiment zurück.

**Die Maul- und Klauenseuche** bei den Röhren des Kollereibeherrschers Bräggemann, Waldstraße 51, ist erloschen, dagegen ist die Seuche bei dem Röhren des Kollereibeherrschers Raud, Triftstraße 10, neu ausgebrochen.

**Auf dem Grabe ihres Vaters** hat sich die 34 Jahre alte Lehrerin Martha Egger erschossen, die mit ihrer Mutter, einer Witwe Habermann, verwitwet gewesen Egger, in der Mhländstr. 185/187 zu Charlottenburg wohnte. Fräulein Egger war eine angelegene Lehrerin und hatte außer ihrem Amt an einer Gemeindefchule im Norden Berlins noch eine Privatstellung in einer gräflichen Familie. Sie hatte während der Ferien auf Reisen zu begleiten pflegte. Mißbilligungen in der Schule führten schließlich zu ihrem Auscheiden aus dem Amte. Hierin ist die Veranlassung zum Selbstmord zu suchen. Fräulein Egger ging am Dienstag von Hause weg und kehrte nicht zurück. Ihre Mutter suchte sie überall vergeblich, bis man sie gestern nachmittags gegen 2 Uhr auf dem Georgenkirchhof an der Landberger Allee als Leiche wiederfand. Die Lebensmüde hatte sich hier auf dem Grabe ihres Vaters durch einen Revolversehuss in die rechte Schläfe getötet.

**Mit Gas vergiftet und erhängt** hat sich in der vergangenen Nacht der 23 Jahre alte Cigarrenhändler Ernst Kahlhoff aus der Teltowstr. 26. Kahlhoff betrieb seit 2 1/2 Jahren mit seiner Mutter, die Witwe ist, ein Ladengeschäft und schloß in einer Stube hinter dem Laden, während die Mutter in der Teltowstr. 32 wohnte. Als Frau Kahlhoff gestern morgen um 7 Uhr zum Geschäft kam und die Türhüter aufschloß, strömte ihr Gas entgegen. Nachdem, die sie nichts Gutes ahnend, zu Hilfe rief, öffnete die Fenster und drangen dann in den Laden ein. Man fand den jungen Mann als Leiche vor. Er hatte Ritzwachsend den Gashahn geöffnet und sich dann an der Aulie der Leuchte erhängt. Kahlhoff befand sich seit einem Vierteljahr in Zahlungsunvermögen und scheint deshalb Hand an sich gelegt zu haben.

**Und den Nachbarorten.**

**Parteilangelegenheiten aus den Nachbarorten.** Wilmsdorf, Halensee: Die für Freitag angekündigte Flugblattverbreitung kann umhindef halber erst am Sonnabend von den bekannt gegebenen Lokalen aus stattfinden. — Der sozialdemokratische Verein Johannisthal-Nieder-Schöne-meide hält seine Mitgliederversammlung am 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Mertins ab. — Waldmannsluf: Sonntagsnachmittag 4 Uhr spricht in einer Volksversammlung bei Frau Genoffe Markowit über die Kommunalwahlen.

**Den Parteigenossen in Friedrichshagen** zur Kenntnis, daß am Montag, den 5. März, nachmittags von 5-8 Uhr, für die dritte Wählerklasse die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung stattfinden. Da die zu wählenden Bevordneten Hausbesitzer sein müssen, ist es nicht möglich, im ersten Bezirk einen Kandidaten aufzustellen, und fordern wir die Genossen auf, sich dort der Wahl zu enthalten, im zweiten Bezirk aber bis auf den letzten Mann für unsere Kandidaten, den Eigentümer Friedrich Albrecht, Rahndorferstraße 6, die Stimme abzugeben. Das Wahllokal befindet sich im Eiseller. Das Wahlkomitee.

**Der Gemeinde-Etat von Groß-Lichterfelde** für 1900 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1.181.500 M. Die Gemeindef-Einnahmen betragen wie bisher 120 Proz., worin die Kreissteuern enthalten sind. Die Gemeindef-Einnahmen einschließlich der Kreissteuern sind mit 683.118 M. in Aufschlag gebracht. Die einmaligen außerordentlichen Einnahmen betragen sich auf 450.500 M. Die dauernden Ausgaben betragen für Straßenbau z. 49.172 M.; Straßenbeleuchtung 46.452 M. für das Um-mannung werden gefordert 41.681 M., für die Kanäle 27.342 M., für die Volksschulen 112.473 M. Ferner sind für zwei Schulärzte 1200 M. angeseht. Der Armen-Etat ist verhältnismäßig sehr gering dotiert, er beträgt 19.630 M. für Verzinsung und Amortisation der Schulden sind 141.370 M. notwendig. Die Kreissteuern betragen sich auf 123.320 M. Unter den einmaligen außerordentlichen Ausgaben befinden sich auch 25.000 M. für den Bau einer Kirche, welche als Wahrzeichen frommer und christlicher Gesinnung der Herren Gemeindevertreter auf der Dorfkant ersehen soll. Der Bau einer Volksschule kostet 46.000 M.; für den Erweiterungsbau der Realschule sind 32.000 und den Bau des Amtsgerichts 270.000 M. eingestellt. — Während in den meisten Gemeindevertretungen der Etat zu den leibhaftigsten Diskussionen und An-regungen Veranlassung giebt, flößen in unserm Dorparlament die Verhandlungen über denselben wie ein schlammiges, verstickendes Wasserlein dahin. Das wird freilich erst anders werden, wenn Vertreter der Arbeiterklasse ins rote Haus gewählt werden und dort im Interesse der Steuerzahler vom Rechte der Kritik den zweckdienlichen und ausgiebigen Gebrauch machen.

**Zur Frage der Eingemeindung von Friedenau in Schöneberg** hat jetzt der Minister des Innern an den Regierungspräsidenten zu Potsdam folgenden, dem Schöneberger Haus- und Grundbesitzer-Verein in Abschrift zugefertigten Bescheid ergehen lassen: Bei eingehender Prüfung der Sachlage habe ich nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die gebotenen Rücksichten auf die wirtschaftliche Lage der Landgemeinde Friedenau und auf die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen dieser Gemeinde und der Stadt Schöneberg oder andre überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls die kommunale Vereinigung dieser beiden Gemeindebezirke zur Zeit dringend erfordern. Unter diesen Umständen ist auch den vom Kreis Teltow zur Begründung seines Widerspruches gegen den Eingemeindungsplan erhobenen Bedenken eine besondere Bedeutung beizumessen. Es erscheint nicht angängig, ohne zwingende Notwendigkeit schon im gegenwärtigen Zeitpunkt, während dieser Areits die durch das Aufheben der jetzigen Stadtkreise Nizdorf und Schöneberg hervorgerufenen Schwierigkeiten noch nicht hat vollkommen überwunden können, wiederum durch eine erneute Verflechtung seines Bezirks in seine fernere geordnete Entwicklung störend einzugreifen. Ich sehe daher für jetzt davon ab, den Eingemeindungsplan weiter zu verfolgen und ersuche die Beteiligten mit entsprechendem Bescheid zu versehen.

**Vermittelt** wird seit dem 20. Februar der Dreher Otto Pöllneroth aus der Wiltshofstraße 22. Pöllneroth ist von mittlerer Statur, trägt dunkle Samurdröcke und ist mit dunkelblauem Leberzieher und schwarzem Kammgarn-Anzug bekleidet. Wer etwas über den Verbleib des Vermittelten mitzuteilen will, wird gebeten, dem nächsten Polizeibureau Anzeige zu erstatten.

**Die Gleichlegung der Ferien** der Berliner Gemeindefschulen mit den Ferien der höheren Lehnanstalten hat den Regierungspräsidenten zu Potsdam veranlaßt, die Orts-Schulbehörden der Berliner Bezirke an die schon vor mehreren Jahren ergangene Ver-

fugung zu erinnern, daß in diesen Orten die Ferien-Ordnung sich der Berliner anschließen soll, damit in der Reichshauptstadt und den benachbarten Bezirken die Ferien einheitlich stattfinden. Demzufolge werden nun in den betreffenden Bezirken die Ferien vollständig denen Berlins gleichgelegt werden.

**Gerichts-Beilage.**

**Als eine rachsüchtige Handlung** stellte sich die Anzeige des Barbiers Elminowski dar, wonach der Schankwirt Schneider sich des Tölbens von Glücksspielen schuldig gemacht habe. Im gestrigen Termine vor dem Schöffengericht behauptete der Zeuge Elminowski auch, daß der Angeklagte Schneider im Jahre 1898 nicht nur geduldet habe, daß seine Gäste „Reine Tante, deine Tante“ spielten, sondern daß derselbe sich sogar zweimal selbst an dem Spiel beteiligt habe. Der Beschuldigte bestritt dies mit aller Entschiedenheit. Der Zeuge Elminowski sei im verflochtenen Herbst von ihm wegen Hausfriedensbruchs angezeigt und bestraft worden. Jetzt wolle er sich rächen. Es traten acht einwandfreie Zeugen auf, welche unter ihrem Eide bezeugten, daß der Wirt wiederholt den Gästen die Karten weggenommen habe, wenn er bemerkte, daß ein unerlaubtes Spiel gespielt wurde. Der Zeuge Elminowski sei derjenige gewesen, der stets zum Glücksspiel angereizt habe. Wenn der Angeklagte an den Tisch getreten sei, habe Elminowski die Karten so gegeben, als ob es gespielt werde. Einige Zeugen bezeugten ferner, daß Elminowski sich dahin geäußert habe, er werde nicht eher ruhen, bis er den Schankwirt Schneider zu Grunde gerichtet habe. Der Angeklagte legte dem Gerichtshofe auch Schriftstücke vor, woraus hervorging, daß Elminowski ihn während der letzten 3 Monate nicht weniger als achtmal wegen der verächtlichsten Vergehen und Uebertretungen angezeigt habe. Nun handelte es sich um die Verteidigung des Zeugen Elminowski, die nach dem Geleite erfolgen mußte. Der Vorsitzende wies ihn darauf hin, daß ihm die beschworenen Aussagen von acht Zeugen gegenüberstünden und daß er sich der Gefahr aussetze, wegen Meineids in Haft genommen zu werden. Nun konnten dem Zeugen Bedenken, er erklärte schließlich, den Schwur nicht leisten zu wollen, blieb aber dabei, daß er die Wahrheit gesagt habe. Der Staatsanwalt beantragte, den Zeugen wegen Eidesverweigerung in eine Geldstrafe von 50 M. zu nehmen. Auf's neue begann eine lange Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Zeugen, die schließlich damit endete, daß der letztere sich zur Leistung des Eides bereit erklärte unter dem Vorbehalt, daß er sich möglicherweise in Betreff seiner belastenden Berechnungen mit Bezug auf den Angeklagten geirrt habe. In dieser Form leistete der Zeuge den Eid und entzog sich dadurch einer großen Gefahr. Der Angeklagte Schneider wurde freigesprochen, da der Aussage der Zeugen Elminowski irgend welcher Wert nicht beizulegen sei.

**Der „Harmlosen-Prozess“** wird am 16. d. M. vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen. Wegen das am 21. Oktober vorigen Jahres von der vierten Strafkammer des Landgerichts I gefällte freisprechende Urteil hat bekanntlich der Staatsanwalt Revision eingelegt. Von den drei Angeklagten wird v. Kröcher unter Assistenz seines Verteidigers Dr. Schwandt persönlich den Termin in Leipzig wahrnehmen.

**Vermischtes.**

**Das Linienschiff „Sachsen“** geborgen. Die Abschleppung des gestrandeten Linienschiffs „Sachsen“ durch die „Warttemberg“ ist, wie aus Kiel berichtet wird, gestern morgen gelungen. Die „Sachsen“ lief in die Kaiserwerft ein.

**Explosion.** In der Schlesienschen Zündhütchen- und Spreng-fabrik Fabrik in Alt-Bermt fand im Laboratorium eine Explosion statt. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei schwer verletzt. Trotz des herrschenden Sturms gelang es nach mehreren Stunden, das Feuer zu löschen.

**Ueberschwemmungen.** Infolge fortgesetzter Regengüsse sind in Böhmen-Leipa die niedrig gelegenen Stadtteile sowie mehrere Nachbarorte fast ganz unter Wasser. Durch die reichende Strömung wurden die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Da die Städte aufwärts, u. a. Riesen, gleichfalls unter Wasser stehen, sind bedeutende Wassermengen im Anzuge. Infolge von Dammschleppungen treffen sämtliche Züge verspätet ein.

**In ganz Nordrußland** haben ungewöhnlich starke Schneefälle und Schneeverwehungen, wie seit Jahren nicht mehr, stattgefunden. Viele Dörfer sind verfallen und viele Menschen sind im Schnee umgekommen. Der Bahnverkehr ist unterbrochen. Zum Frühjahr werden große Ueberschwemmungen befürchtet.

**Marktpreise von Berlin am 20. Februar 1900**

nach Ermittlungen des hgl. Volkswirtschaftsamt.

Ware	Maß	Preis	Ware	Maß	Preis
Weizen	D. Str.	15.10	Schweinefleisch	1 kg	1.60
Roggen	„	14.10	Rindfleisch	„	1.70
Winterweizen	„	13.90	Hammelfleisch	„	1.60
Wintergerst	„	16.00	Butter	2 kg	2.60
„ mittel	„	14.10	Eier	60 Stück	6.00
„ gering	„	13.30	Karpfen	1 kg	2.20
Nachschrot	„	4.00	Kalb	„	2.50
Hafer	„	6.80	Lamm	„	2.50
Erbsen	„	10.00	Gänse	„	2.00
Wicken	„	10.00	Enten	„	2.00
Wassermöhren	„	45.00	Parfide	„	1.60
Wermut	„	70.00	Schote	„	2.80
Kartoffeln, neue	„	7.00	Fleite	„	1.40
Rindfleisch, Kalb 1 kg	„	1.60	Rindfleisch	per Schod	12.00
„ do. „	„	1.20	„	„	3.00

\*) Entschelt pro Tonne von der Centralkaffe der Verein. Land-wirtschaftlichen - Kaffeehandels - und ungarnen vom Polizeipräsidenten für den Kaffeecentner. \*) Nicht-handelsfähig.

**Produktenmarkt vom 1. März.** Getreide. Heute entwickelte sich ein verhältnismäßig lebhaftes Geschäft, doch blieb die Tendenz ungleichmäßig. Weizen war von vornherein im Preise abgeschwächt auf wehende Preisänderungen aus New-York und Chicago, und wesentliche Verbilligung der reichlich vorhandenen Warenarten kam nicht zu Stande. Bei uns gab der Artikel 0.50 M. nach. Roggen, für welchen von außerhalb kein Angebot vorlag, erholte recht sehr, konnte sich jedoch nicht voll behaupten, da die Käufer größte Reserve beobachteten. Hafer wurde wenig umgesehen. Rüböl behauptete seine letzten Preise. — Am Spiritusmarkt trat der Verkauf einen ziemlich lebhaften Charakter. loco hier zog 0.10 M. an. Schandelt wurden 25.000 Liter mit 47.70. Die heutige Lageraufnahme ergab 12.007 Tonnen Weizen (- 483 gegen 1. Februar) und 885 Tonnen Roggen (- 140). Eier-Bericht vom 1. März. Normale Eier je nach Qualität von 2.85-3.05 M. per Schod. Ausortierte keine Ware je nach Qualität von 2.60 bis 2.70 M. per Schod. Kalkstein je nach Qualität von 0.90 bis 0.90 M. per Schod. Tendenz: ruhig.

**Witterungsübersicht vom 1. März 1900, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (0-6)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. (0-6)
Schwabmünde	757	SW	4	Schnee	-4	Hannovers	—	—	—	—	—
Darmstadt	762	SW	5	heiter	-4	Bergerstr.	—	—	—	—	—
Berlin	758	SW	2	heiter	-4	Sant	770	CRD	3	wolfig	4
Wiesbaden	763	R	4	mollert	-1	Aberden	773	R	3	bedeckt	3
München	758	SW	5	Schnee	-3	Paris	763	RD	3	bedeckt	4
Wien	756	SW	3	Schnee	-2	—	—	—	—	—	—

**Wetter-Prognose für Freitag, den 3. März 1900.** Bleibend heiter, zeitweise wolfig und fast mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.